



1. Juli 1932

MAX COHEN · AUF DEM EUROPAWEG?

HEINRICH Brüning hat in der deutschen Schicksalsfrage, der Verständigung mit Frankreich, verlagert. Nirgends ist ihm so viel Vertrauen entgegengebracht worden wie in den Sozialistischen Monatsheften. Fast jedem seiner Schritte wurde hier die denkbar günstigste Auslegung gegeben, in der Annahme, daß seine Maßnahmen Teile eines konstruktiven europäischen Gesamtplans seien, der mit dem hier aufgestellten, durch Deutschland und Frankreich zu vollziehenden europäischen Aufbauplan im wesentlichen übereinstimmte. Die Zielsicherheit, die diesen Reichskanzler am Anfang seiner Tätigkeit auszeichnete, hat leider nicht auf die Dauer vorgehalten, und die bei seinen Besuchen in Paris und London beginnenden Abirrungen von dem Weg der direkten deutsch-französischen Verständigung auf den Englandweg mußten bereits damals bedenklich stimmen. Da sie aber sehr wohl auch der Versuch eines klarblickenden und energischen Staatsmanns sein konnten dem deutschen Volk zu demonstrieren, daß grade dieser Weg nicht gangbar sei, und nur der direkte Weg nach Paris übrigblieb, so wurde hier bis zuletzt die Möglichkeit offengelassen, daß Brüning die außenpolitischen Tatsachen immer noch so klar erkenne, wie es am Anfang seiner Kanzlerschaft der Fall zu sein schien. Jedoch, er hat zuletzt das getan, was er grade nie tun durfte: Er hat sich in seinem außenpolitischen Handeln von innenpolitischen Rücksichten leiten lassen. An der mit seinem starren *Nein* vertretenen Politik des Alles-oder-Nichts ist er in Wirklichkeit gescheitert, noch bevor er in Lausanne die Probe darauf machen konnte. Dieses Nein, das man ihm heute in den Blättern der Linken nachrühmt, war durchaus ein Zwillingsbruder des Kühlmännchen Niemals aus dem Jahr 1917 und ein Beweis dafür, daß ihm die letzte Entschlußkraft fehlte das entscheidende Hindernis für den deutschen und europäischen Neuaufbau aus dem Weg zu räumen. So wie Richard Kühlmann damals als kaiserlicher Staatssekretär des Äußern sich dadurch ins Unrecht setzte, daß er das Selbstbestimmungsrecht der Elsäßer und Lothringer ignorierte, hat Heinrich Brüning sich ebenfalls ins Unrecht gesetzt, indem er durch sein letztes Verhalten seine Wiederaufbaupflicht gegenüber Europa verletzte, die ohne eine Zusammenführung Deutschlands und Frankreichs nicht gelingen kann.

Die Regierung von Papen, die uns weltanschaulich mindestens ebenso fern, in sozialen Grundanschauungen sogar noch ferner steht als die Regierung

Brüning, da sie die Mitarbeit der Arbeiterklasse überhaupt nicht wünscht, hat in der Außenpolitik doch, wenigstens im Anlauf, den richtigen Weg eingeschlagen. Sie legte sich in der Regierungserklärung nicht von vornherein auf das starre Brüning'sche Nein fest, und es war für unsere ganze innere Situation charakteristisch, daß die meisten Blätter der Linken (unter ihnen eine Zeitung, die eine gute außenpolitische Vergangenheit hat) ihr gerade diese Haltung zum Vorwurf machten und sich nun als extreme Hüter der "nationalen Belange" gebärdeten, die sie offenbar dadurch verletzt glaubten, daß die verschiedenen außenpolitischen Möglichkeiten für Deutschland offen blieben. Der neue Reichskanzler, Franz von Papen, schien immerhin zu erkennen, daß deutscher Wiederaufstieg nur im Rahmen kontinentaleuropäischer Zusammenarbeit erreicht werden kann, und daß die deutsch-französische Zusammenarbeit unentbehrliche Voraussetzung dafür ist. Eine gute Vorbedingung zur Erreichung dieses Ziels bringt er jedenfalls mit sich: Er ist der erste deutsche Reichskanzler der Nachkriegszeit, der nicht ängstlich auf angelfächliche Zustimmung sehen zu müssen glaubt; kann er doch in England wie in Amerika auf besondere Zuneigung ohnehin kaum rechnen. Es wäre ein wichtiger Fortschritt, wenn in der deutschen Außenpolitik englische Unterweisungen keine Rolle mehr spielten. Freilich, starke angelfächlich orientierte Kräfte suchen ihn zu verhindern. Wurde doch im Rundfunk am 25. Juni aus Lausanne berichtet, daß dort in Journalistenkreisen von einer Besorgnis gesprochen werde, mit der man die Möglichkeit einer direkten deutsch-französischen Verständigung ins Auge fasse, durch die sich dritte Mächte benachteiligt fühlten. Gegen diese Widerstände gilt es nun sich durchzusetzen. Wer das unternimmt, hat alle Wirtschaftsvernunft auf seiner Seite.

Man hat (und dazu sollte auch die belgisch-holländische Zollverständigung anregen) den Weg einer engen deutsch-französischen Wirtschaftskooperation zu suchen, auf dem die formale Reparationslösung in den Hintergrund rückt. Durch ein solches Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs für den Wiederaufbau Europas würde dem Wort von den Kompensationen ein produktiver Sinn gegeben: Es wären das in Wahrheit Kompensationen, und nicht allein für Frankreich, das seine verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen hatte, sondern für die ganze Kriegsverwüstung in allen Ländern des europäischen Kontinents, damit auch für Deutschland selbst. England, das sich seine Reparation gleich nach Kriegsbeendigung vorweggenommen hat, und die Vereinigten Staaten von Amerika, der eigentliche Kriegsgewinner, mögen Kompensationsmöglichkeiten solcher Art sehr kühl gegenüberstehen: für Deutschland und die übrigen Festlandsstaaten wären sie eine Rettung. Ein Beweis dafür, wie wenig man begriffen hat, daß nur dieser Weg aus dem Elend herauszuführen vermag, sind die Minen, die dem Reichskanzler von Papen gelegt wurden, als er mit dem französischen Ministerpräsidenten ins Einvernehmen zu kommen schien. Die Deutsche Tageszeitung, von der man als Vertreterin der deutschen Landwirtschaft eine andere Haltung erwarten durfte, und in der sonst sachliche Fragen sachlich beurteilt werden, führte den eigentlichen Angriff, obwohl grade auch die deutsche Agrarproduktion, der Kern rationaler Wirtschaft, und damit diese überhaupt, bei einer deutsch-französischen Zusammenarbeit sehr gut fahren würde.

Nur durch große, umfassende Wirtschaftsabmachungen kann der Reparationsstreit aus der Welt geschafft werden. Sollte alles an einer Abschlußzahlung hängen bleiben, so würden (nachdem Edouard Herriot den Vorschlag unseres

französischen Genossen Léon Blum angenommen hat eine unparteiische Kommission mit der Untersuchung der Höhe bisher geleisteter Zahlungen zu betrauen) gewisse, von Frankreich zu finanzierende Sachlieferungen eine Wirtschaftsankurbung bringen, die als Übergang zu einer wiederansteigenden Wirtschaftsentwicklung Deutschland selbst Vorteil brächte. Aber nicht auf diese Reparationsreglung im engern Sinn kommt es an. Sondern darauf, ob es gelingt die gemeinsame deutsch-französische Plattform zur unverzüglichen Inangriffnahme des Wiederaufbaus der gesamteuropäischen Wirtschaft zu finden. In Frankreich war solcher Wille zum Wiederaufbau des Kontinents bereits seit langem vorhanden, gleichviel, welche Regierung grade das Staatsschiff führte. In dieser Sache ist es in der Tat nicht von Belang gewesen, ob dort das Kabinett mehr rechts oder mehr links gerichtet, ob es vom nationalen Egoismus etwas stärker oder etwas schwächer geleitet war; und zwar deshalb, weil das nationale Interesse Frankreichs, das vornehmlich durch die Sorge um die Sicherheit des Landes bestimmt ist, mit dem Aufbau Kontinentaleuropas zusammenfällt. Wenn Frankreich bereit ist sich mit Deutschland zu verständigen, so ist das alles andere als eine von Großbritannien inspirierte Politik, wie das der deutschen Leserschaft von den meisten Linksblättern eingeredet wird. Diese (mit beharrlicher Unbefangenheit wiederholte) Behauptung stellt die Wahrheit auf den Kopf. Nicht England, das den Kontinent in der Nachkriegszeit entzweien half, arbeitet für jene Verständigung. Wohl aber Frankreich, das einen befriedeten Kontinent braucht. Die Initiative Edouard Herriots, die Energie, mit der er diese französische Politik weiterzuführen bestrebt ist, setzt das ins helle Licht. »Frankreich hat«, wie der französische Ministerpräsident nach einer Meldung der Berliner Zeitung am Mittag am 27. Juni der Presse erklärte, »in Genf und in Lausanne ein ganzes Programm zum Wiederaufbau Europas vorgetragen.« Es ist daher von der größten Wichtigkeit, daß die europäischen Aufbaupläne auch von der deutschen Politik richtig aufgenommen und durch eigne Ideen weitergeführt werden. Das Reichswirtschaftsministerium hat allem Anschein nach Vorschläge ausgearbeitet, die sich als Anknüpfungspunkte für ein deutsch-französisches Zusammengehen bewähren können. Die Berufung des Leiters der Handelsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, des in solchen Verhandlungen erfahrenen Ministerialdirektors Hans Posse, nach Lausanne zeigt, daß es jetzt auf praktische, schnell durchführbare Anregungen ankommt.

Dabei werden die Fragen des Donaugebiets eine bedeutende Rolle spielen. Man wird der französischen Idee des Zusammenchlusses der Donaulaaten auch vom deutschen Standpunkt aus zustimmen müssen. Natürlich hat Deutschland ein großes Interesse daran, daß er in der richtigen Weise vorgegenommen, daß der Tardieuplan, der, soweit bekannt geworden ist, gegenseitige Präferenzen der Donaulaaten unter einander und einseitige Präferenzen der kontinentaleuropäischen Mächte zugunsten der donauländischen Agrarausfuhr vorsah, nach mancherlei Gesichtspunkten hin ergänzt und ausgestaltet wird. Man wird den berechtigten deutschen Interessen am besten dadurch entgegenkommen, daß die Donaulaaten den europäischen Großmächten ebenfalls Präferenzzölle einräumen, die keineswegs bei den selben Waren zu erfolgen brauchen, bei denen die Donauländer sie einander gewährt haben. Dadurch wäre die befürchtete Schlechterstellung deutscher Waren gegenüber den tschechoslowakischen vermieden, und der Weg für die verstärkte Ausfuhr agrarischer Erzeugnisse aus dem Donaugebiet nach Deutsch-

land geebnet (das sich dann freilich auch verpflichten müßte seinen Zuschußbedarf dorthin und nicht etwa aus Amerika zu beziehen). Frankreich kann unmöglich wünschen deutsche Industrieerzeugnisse von den Donauländern fernzuhalten, die steigende Mengen ihres agrarischen Überschusses nach Deutschland verkaufen möchten. Frankreich hat vielmehr wegen seiner in den Donaustaaten investierten Kapitalien ein starkes Interesse daran, daß sich deren Wirtschaftslage durch verstärkten Absatz ihrer Agrarprodukte so schnell wie möglich bessert. Die deutschen und die französischen Interessen laufen hier, wenn man sie objektiv-wirtschaftlich (und nicht ressentimental-politisch) betrachtet, durchaus parallel. Man kann daher auf diesem Gebiet sehr schnell zu einer Einigung gelangen. Dann wird die Wirtschaftsordnung des Donaugebiets ein wichtiger Baustein der Wirtschaftsordnung Europas sein.

Die wirtschaftliche Zusammenfassung der europäischen Länder wird, das muß angesichts der neuesten Hooveraktion doppelt unterstrichen werden, zugleich eine sehr viel bessere Friedenssicherung sein als alle Versuche einer sogenannten Abrüstung. Die Frage der Friedenssicherung ist auf dem bisher von Deutschland eingeschlagenen angellächlichen Weg nicht zu lösen: Keine Abrüstung schützt Europa vor neuen kriegerischen Auseinandersetzungen. Frankreich hätte in einem neuen Krieg selbst dann nichts zu gewinnen, wenn es ihn gewänne. Was Deutschland aber zu verlieren hätte, das kann man in dem neuen instruktiven Schriftchen Erich Ludendorffs Weltkrieg droht nachlesen; Ludendorff versteht immerhin einiges mehr von militärischen Dingen als alle jene, deren wortreiche Tapferkeit lediglich ihrer politischen Unkenntnis entstammt. Nur die Schaffung neuer politischer und wirtschaftlicher Tatsachen, wie sie durch eine wahrhafte deutsch-französische Verständigung herbeigeführt werden können, gibt eine wirklich sichere Friedensgewähr. Und nur durch die Herbeiführung einer solchen neuen Lage wird man dem verchiedenen Recht auf dem Gebiet der Rüstungen und der Landesverteidigung ein Ende machen und es erreichen können, daß auch Deutschland wieder auf Grund eignen Ermessens über seine Wehr entscheidet.

Zum letztenmal vielleicht bieten die Verhandlungen in Lausanne sowohl wie in Genf die Möglichkeit das drohende Unheil abzuwenden, das immer schneller näherrückt. Nur von einem Punkt aus kann das Schickal Deutschlands noch gemildert werden, und nur derjenige hätte ein Recht die hier immer wieder empfohlene Methode der Verständigung mit Frankreich abzulehnen, der eine andere vorzuschlagen wüßte. Die Lage ist ganz ähnlich wie damals im Weltkrieg, da verblendete Regierer und Politiker die Zerschlagung des russischen Reichs betrieben, obwohl es nicht schwer war zu erkennen, daß diese uns den einzigen Ausweg verbaute, auf dem wir heil aus dem schweren Kampf hätten herauskommen können. Auch damals wurde in den sozialistischen Monatsheften gefragt, ob einer einen andern Ausweg kenne, und gefordert, daß die zur Verständigung mit Rußland notwendigen Konsequenzen durch eine Ostorientierung gezogen würden. Das hat man nicht getan sondern Anbiederungsversuche an das Angellächselntum unternommen. Sie führten im Krieg ebensowenig zum Erfolg wie in der Nachkriegszeit, in der diese falsche und verderbliche Außenpolitik fortgesetzt wurde. Wird die Regierung von Papen Einsicht und Kraft genug haben die Schwenkung durchzuführen, die das kategorische Gebot der politischen und wirtschaftlichen Vernunft ist? Obwohl diese Regierung innenpolitisch Maßnahmen trifft, die auch der zu weitgehender Tolerierung Bereit (Tolerierungspolitik ist anschei-

nend Maxime innenpolitischer Weisheit geworden) unter keinen Umständen zu billigen vermag, wird doch ihre außenpolitische Haltung entscheiden. Allerdings wird sie Erfolge hier nur dann erzielen können, wenn ihr Chef sich nicht durch innenpolitische Angriffe auf seine Außenpolitik aus dem Gleichgewicht bringen läßt und ruhig auf das Ziel: die deutsch-französische Zusammenarbeit unter allen Umständen herbeizuführen, lossteuert. Die Nachrichten aus Lausanne, die am 28. Juni über die Haltung der deutschen Delegation nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Berlin eintrafen, ließen vermuten, daß der Aufenthalt in Berlin zu einer Panne geführt hat. Hoffentlich wird der außenpolitische Wagen in der Verhandlungspause doch noch einmal (und diesmal gründlich) repariert. Wie soll man es aber verstehen, wenn zum Beispiel der Vorwärts, der sich vorher über Papens angeblich allzu großes Entgegenkommen an Frankreich national entrüstet hatte, nun am 28. Juni darüber klagte, daß der Reichskanzler »national aufgeputzt« worden sei und eine »prononziert schneidige« Sprache geführt hätte? Wenn er, wie der Vorwärts am Abend des selben Tages anmerkte, durch den »Aufruhr der deutschen Presse« gegen die veröhnlichen Worte in seinem Matininterview im Endeffekt veranlaßt wurde »wieder den starken Mann zu markieren«, so hat sich doch grade der Vorwärts in besonderer Weise bei diesem »Aufruhr« hervorgetan. Wir dürfen aber keinesfalls die aus innenpolitischen Gründen gebotene Gegnerschaft gegen die neue Regierung auf die Außenpolitik projizieren, wenn sie eben im Begriff ist den richtigen Weg zu gehen.

Es sind in diesen 1½ Jahrzehnten schon manche Anläufe gemacht worden, aber immer erlahmte bald die Energie, da die letzte Einsicht fehlte. Diesmal scheint es beinahe, als ob die Einsicht vorhanden ist. Aber der Zwischenfall des letzten Juniwochenendes droht sie wieder ganz zu verdunkeln. Doch grade auf Klarheit und unbeirrbar Konsequenz kommt alles an. Nur auf dem Europaweg kommen wir zur Sicherung der deutschen Zukunft, von der vor allem auch das Geschick der deutschen Arbeiterklasse abhängt. Es wird sich zeigen, ob Lausanne 1932 der Anfangspunkt dieses Weges wird.

CARL MIERENDORFF · DIE RETTUNG DEUTSCHLANDS

WIRD Deutschland gerettet werden? Schüsse, die nächtens durch die Straßen Berlins peitschen, und blutige Zusammenstöße in Köln, Essen, Breslau und an anderen Orten zeigen, daß die Saiten bis zum Zerreißen gespannt sind. Der Sturz der Regierung Brüning hat den Nationalsozialisten neuen Mut gemacht. Noch mehr aber gewisse Zusagen, die, wie in der Öffentlichkeit behauptet wurde, ihnen bei der Regierungsbildung gegeben worden seien, die aber dem Reichsinnenminister der Regierung von Papen angesichts der immer bedrohlicher werdenden Lage höchste Verlegenheit bereiten sollen. Mit Sorge und Verwunderung hat man von dem großzügigen Liberalismus dem Parteienwesen gegenüber Kenntnis genommen, der plötzlich an der obersten Stelle des Reichs zum Ausbruch gekommen ist. Die Folgen dieser Entfesselung lagen auf der Hand. Welchen Umfang sie auch immer erreichen mögen: die Verantwortung dafür trägt ein Kabinett, das da glaubt, man könne ohne Gefahr Fesseln sprengen, die nur mit größten Anstrengungen während der letzten Jahre dem von der Demagogie aufgepeitschten Haß und dem Drang zum Exzeß angelegt werden konnten.

Wird Deutschland gerettet werden? Die süddeutschen Länder haben unter bayrischer Führung eine Haltung von vorbildlicher Energie eingenommen. Auch die neue Reichsregierung kann oder sollte den Länderregierungen für ihre entschiedene Haltung nur dankbar sein. Mit einem Schlag wurde es klar, wohin die nationalsozialistische Demagogie führt. Der Bestand Deutschlands, die Einheit des Reichs ist in Gefahr geraten. Es zeigt sich erneut, daß die Grundlage der Reichseinheit in der Garantie für die Freiheit der Staatsbürger besteht, die nur die demokratische Verfassung gibt. Wer heute an diese tastet, gefährdet darum das Reich. Es ist kein Zufall, daß die Führung gegen alle Diktaturgelüste und Staatsstreichversuche (seien die Formen, in die sie gekleidet werden, auch scheinbar noch so milde) in den Händen von Ministern und Ministerpräsidenten liegt, die dem politischen Katholizismus angehören. Das Zentrum als die Vertretung einer Minderheit ist naturgemäß aufs höchste an dem Bestand der Demokratie interessiert, um so mehr, wenn die an Stelle der Weimarer Verfassung drohende Willkürherrschaft nur allzu deutlich die Züge des protestantischen Hitlerpastors nordischer Prägung trägt. Man hat Zweifel gehabt, ob die Taktik des Zentrums richtig war dem Kabinett von Papen sofort mit schärfstem Widerstand zu begegnen und ihm sofort eine parlamentarische Tolerierung zu verlagern. Tatsächlich blieb dem Zentrum bei der jähen Zuspitzung der innenpolitischen Situation durch den plötzlichen Sturz des Kabinetts Brüning gar keine andere Wahl als die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in der katholischen Welt zur Abwehr der drohenden Staatsstreichgefahr, die bei dem Druck der nationalsozialistischen Bewegung in jeder Rechtsregierung gegeben ist. Die Durchführung dieser Mobilisierung ist dem Zentrum vorzüglich gelungen. Schon nach wenigen Tagen stand der Öffentlichkeit vor Augen, daß die deutsche Innenpolitik in das Stadium getreten ist, in dem es auf Biegen oder Brechen geht, und daß der politische Machtkampf sich nunmehr in dem Zeichen der Formel vollzieht, die lautet: Wer die Verfassung bricht, zerbricht das Reich. Es ist sicher ins allgemeine Bewußtsein gedrungen, daß die Partie so steht. Der Wille der süddeutschen Länder mit der alten demokratischen Tradition im Kern ihrer Bevölkerung steht hinter dieser entschlossenen Verteidigung der Weimarer Demokratie, die mit allen verfassungsmäßigen Mitteln erfolgt.

Wird Deutschland gerettet werden? Ein Hoffnungsstrahl kam aus Hessen bei den Landtagswahlen am 19. Juni. Auch hier gelang es nicht den Nationalsozialismus zum Stehen zu bringen. Entgegen allen noch so fein ausgeklügelten "Beweisen", die bestimmte Grenzen für das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmziffer errechnen zu können glaubten, sind die Nationalsozialisten in Hessen auf rund 44 % der Gesamtstimmziffer gekommen. Sie haben noch über das Ergebnis beim 2. Gang der Reichspräsidentenwahl hinaus, der ihnen hier schon mehr Zuwachs als nur die Duesterbergstimmen brachte, neue Stimmen gewonnen, und sie hätten diesmal Hessen unzweifelhaft in ihre Hand bekommen, wenn nicht die Sozialdemokratie im letzten Augenblick zum erfolgreichen Gegenstoß ausgeholt hätte. Nur deshalb gelang es den Nationalsozialisten nicht die absolute Mehrheit im Landtag zu erreichen. Sie erhielten zwar 32 Mandate, aber auch, wenn die 3 bürgerlichen Abgeordneten (1 Deutschnationaler, 1 Landbündler und 1 Deutschvolksparteiler) ihnen helfen, dürfte es ihnen unmöglich sein ohne das Zentrum die nach der hessischen Verfassung für die Wahl des Staatspräsidenten erforderliche absolute Mehrheit von 36 Stimmen zusammenzubringen.



UNTER heftige Wahlerfolg ist aber keineswegs, wie es in der Presse hieß, eine Folge der neuen Oppositionsstellung, die von der Sozialdemokratie nach dem Sturz der Regierung Brüning bezogen wurde. Nicht die Befreiung von den Fesseln der Tolerierung gab ihr die Wucht zu dem erfolgreichen Vorstoß, sondern die neuen Waffen taten es, mit denen sie in Gestalt der Anwendung ganz neuer Propagandamethoden diesmal in den Kampf zog. Der Erfolg Adolf Hitlers ist kein politischer sondern lediglich ein Propagandaerfolg. Das Wort des Kapitänleutnants Hellmuth von Mücke »Das Beste an der Partei ist die Reklame« trifft den Nagel auf den Kopf. Wenn wir Hitler schlagen wollen, müssen wir ihn deshalb auf dem Gebiet der Propaganda übertreffen. Von dieser Überlegung ausgehend hat die heftige Sozialdemokratie ein völlig neues System in der politischen Agitation durchgeführt. Die Parole lautet: Heran an die politisch Inaktiven, die unsere Versammlungen nicht besuchen, unsere Zeitungen nicht lesen und unsere Flugblätter nur mit höchstem Mißtrauen betrachten! Sie sind nämlich in der überwiegenden Mehrzahl und geben darum den Ausschlag, weil sie im Besitz des gleichen Stimmrechts wie die politisch Aktiven sind. Erkenntnisse der psychologischen Wissenschaft liegen dieser neuen Propagandamethode zugrunde, exakte Berechnungen, die mit erstaunlicher Promptheit bei der praktischen Erprobung bestätigt wurden.

Worum es sich im einzelnen handelt, braucht in diesem Artikel nicht auseinanderzusetzen zu werden. Grundlegende Ausführungen dazu hat Genosse Sergej Tschachotin am 9. Mai in den Sozialistischen Monatsheften gemacht. Tatsache ist jedenfalls, daß die Offensive der heftigen Sozialdemokratie mit Symbolkrieg und Außenpropaganda im Zeichen der 3 Freiheitspfeile, des Freiheitsgrußes, des Freiheitsrufs und des neuen Freiheitsbanners, das auf rotem Grund auch die 3 weißen Freiheitspfeile zeigt, zu einer beispiellosen Aktivierung der Massen zu unseren Gunsten geführt hat. Mit dem Ergebnis, daß, von dieser Aktivierung angepackt, zahllose Wähler, die gleichgültig geworden oder zur Sozialistischen Arbeiterpartei und zur Kommunistischen Partei abgesplittert waren, in die Reihen der Sozialdemokratie zurückgekehrt sind. Andererseits hat die Wucht des in ungeheuren Massenaufmärschen zum Ausdruck gebrachten Freiheits- und Kampfwillens der in der Eisernen Front zusammengefaßten Werktätigen aller Schichten denen wieder zu selbständiger Haltung Mut gemacht, die dem Nationalsozialismus unter dem Druck seiner Einschüchterung bereits verfallen schienen. Ein gradezu klassisches Beispiel dafür liefert das Wahlergebnis in der Stadt Darmstadt, wo die Sozialdemokratie infolge dieser Propaganda nicht nur die einzige Gewinnerin mit etwa 12 % Stimmen war, sondern wo auch die eklatanten Verluste der bürgerlichen Parteien (zirka 1800 Stimmen) nicht mehr den Nationalsozialisten zugute kamen sondern ins Nichts zurückfielen, vermehrt durch weitere 600 Stimmen, die die Nationalsozialisten unmittelbar einbüßten. Hätte die Zeit gereicht, um im ganzen Land die neue Methode ebenso restlos zur Anwendung zu bringen wie es leider nur in Darmstadt geschehen konnte, so wäre auch in anderen Bezirken die gleiche durchschlagende Wirkung erzielt worden.

Gelingt es diese neuen Methoden bei der Reichstagswahl im ganzen Reich anzuwenden, so wäre die Hoffnung gegeben in gleicher Weise wie in Hessen die Sozialdemokratie zu einem guten Erfolg zu bringen und den Nationalsozialismus nicht ohne Widerstand weiter ins Kraut schießen zu lassen. Jedoch wird dies nur gelingen, wenn man mit der selben Exaktheit und

organisatorischen Präzision wie in Hessen zu Werk geht, wo das Geheimnis des Erfolgs darin bestand, daß die Durchführung der neuen Propagandamethode unter ständiger scharfer Kontrolle und im Rahmen einer bis zum letzten Propagandaleiter und Propaganda Stoßtrupp sorgfältig durchgeführten Organisation erfolgt ist, damit der einmal angekurbelte Motor während der Zeit des Wahlkampfes ständig auf der höchsten Tourenzahl blieb. Solche Umstellung in der Propaganda erscheint manchem alten Anhänger der Sozialdemokratie ungewöhnlich und fordert ihn zum Widerspruch heraus. In Wahrheit betritt die Sozialdemokratie aber mit der Einführung der neuen Kampfweise keine neue Bahn. Sie kopiert auch nicht nationalsozialistische Methoden. Sie nimmt vielmehr eine gute alte sozialdemokratische Tradition wieder auf. Wurden doch schon in der Frühzeit der Partei im politischen Massenkampf derartige Mittel von ihr angewandt. Sie schuf nicht nur die straff organisierte Massenpartei sondern auch bis dahin unbekannte Mittel der Werbung wie die rote Fahne als Parteisymbol, die rote Nelke als Abzeichen und auch die einheitliche Bekleidung ihrer Anhänger. Was heute die Uniform ist, war in jenen Jahren der Schlapphut, die rote Krawatte des sozialdemokratischen Parteigängers. Ganz zu schweigen von der Anrede Genosse, die die selben massenpsychologischen Wirkungen hatte. Die Nationalsozialisten haben in diesen Dingen nur die italienischen Faschisten kopiert. Diese wiederum haben es von den Bolschewisten gelernt, deren große Kunst der Massenpropaganda unmittelbar aus jenen sozialdemokratischen Quellen stammt und von ihnen mit Hilfe der modernen Psychologie weiter entwickelt worden ist.

Wissenschaft und Arbeiterklasse haben in dieser Erneuerung der Propagandamethoden ein neues Bündnis geschlossen, von dessen tiefgreifender Bedeutung Ferdinand Lassalle schon in seiner berühmten Rede Die Wissenschaft und die Arbeit so richtig gesagt hat: »Die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden, das ist das Ziel, dem ich, solange ich atme, mein Leben zu weihen beschloßen habe.« Karl Marx hat die Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie mit der Wissenschaft vermählt. Das gab ihr damals die ungeheure Stoßkraft und wurde die Ursache ihres gewaltigen Vormarsches. Wenn sich heute die Arbeiterbewegung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Massenpsychologie bedient, so vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß. Kann sein, daß die Verbindung dieser beiden Elemente die Rettung Deutschlands jetzt herbeiführen hilft: in einem Augenblick, der im höchsten Maß gefahrdrohend geworden ist.



DER Schöpfer dieses halsbrecherischen Zustands heißt Heinrich Brüning. Man muß dies deutlich sagen, um der Brüninglegende entgegenzutreten, die im Entstehen begriffen ist. Diejenigen Leute, die Heinrich Brüning nach seinem Sturz jetzt in den Himmel zu heben suchen, tun ihm damit keinen Gefallen. Das Glück eines heroischen Abgangs bewahrte ihn vor dem offenen Fiasko seiner Politik. Diese Feststellung fällt denen um so schwerer, die ihm beim Beginn seiner Reichskanzlerschaft alle Chancen gaben zu zeigen, was er ist und konnte. Keiner hatte so wie Heinrich Brüning die Möglichkeit zu staatsmännlichem Handeln. Keinem ist die öffentliche Meinung der Republikaner, auch seiner Gegner, so entgegengekommen wie ihm, keinem war die Lage so günstig. Wie hat er sie genutzt? Man konzidiert ihm gern, daß in ihm zum erstenmal

ein starker Wille zum Handeln ans Ruder kam, ein Wille zum sachlichen Handeln, der manchmal sogar bedeutende Formen annahm. Allein, handelte Heinrich Brüning auch politisch *richtig*? Die in ihm den Staatsmann gesucht haben, stehen heute schwer enttäuscht da. Zwar schritt er innenpolitisch scheinbar von Sieg zu Sieg, und er zwang seine Gegner zur allgemeinen Überaschung parlamentarisch immer wieder in die Knie. Aber es waren Pyrrhussiege. Das Erbe, das er hinterließ, liegt heute vor uns: 6 Millionen Erwerbslose, eine kritische außenpolitische Situation, in dem Land selbst ungefähr 40 % der Wähler, wenn nicht mehr, im Lager der nationalsozialistischen Demagogie. Dort, wo der Staatsmann hätte beginnen müssen, hörte der Politiker Brüning auf. Mit Stolz wies er stets auf seine Unabhängigkeit von den verfassungsmäßig verantwortlichen Parlamenten hin. Tatsächlich aber begab er sich in eine Abhängigkeit von unverantwortlichen Kräften. Er darf nicht klagen, wenn er von diesen Kräften dann weggefegt wurde.

Die Probe auf den Staatsmann wird in der Außenpolitik gemacht. Heinrich Brüning hat sie nicht bestanden. Nur eine zielsichere, mit den wirtschaftlichen Wirklichkeiten rechnende und auch die geistig-ethischen Kräfte der Völker erkennende Außenpolitik (die für Deutschland nichts anderes sein kann als eine Kontinentaleuropapolitik) hätte seinen innenpolitischen, wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen System geben können. Ohne sie blieben sie ein wirres Konglomerat, in jeder Einzelheit unvertretbar. Es schien, als wollte sich Heinrich Brüning nach dem Fiasko der Aktion für eine Deutsch-Österreichische Zollunion selber die Richtung geben. Das war, als er am 23. Juni 1931 nach der Verkündung des Hoovermoratoriums an den Rundfunk trat und demonstrativ die Wendung nach Frankreich hin machte. Es war der erste und einzige richtige Schritt seiner Außenpolitik. Um so bitterer mutet es an, daß alles, was darauf folgte, so geartet war, daß seitdem das Wort in Umlauf kommen konnte, er habe sich später dahin geäußert, jener Schritt sei der »einzige Fehler« seiner ganzen Politik gewesen.

Denn die Rettung Deutschlands besteht im Frieden mit Frankreich. Die Wendung, die die Verhandlungen auf der Laufanner Konferenz am 24. Juni nahmen (bis auf einen Tag genau ein Jahr nach jener Brüning'schen Rundfunkrede), entfachte aufs neue die Hoffnung, daß Deutschland, seine Einheit und seine Demokratie, gerettet werden wird. Was Heinrich Brüning nicht wollte: mit Frankreich über die Reparationsfrage zu einem Kompromiß der Verständigung kommen, Franz von Papen hat es verflucht. Er betrat ganz unbelastet das Laufanner Operationsfeld. Ihn fesselten nicht Erklärungen vor Volk und Presse, die den Weg Brünings seit dem Januar 1932 kennzeichneten. Trotzdem hat er es nicht leicht, denn eine Linie der konstruktiven Zusammenarbeit mit Frankreich einzuschlagen und vielleicht gar durchzuhalten, mit einem Auswärtigen Amt zur Seite, das in der anglophilen Tradition lebt und webt, erfordert Überzeugungskraft und Entschlossenheit; ganz zu schweigen von der Tatsache, daß ihm die deutsche Presse in ihrer antifranzösischen Einheitsfront die Lösung dieser Aufgabe bis ins Unerträgliche erschwert. Die Einzelheiten des Plans, der in der deutsch-französischen Besprechung am 24. Juni den Ausgangspunkt der Unterhaltung gebildet hat, sind nicht bekanntgegeben worden. Sie dürften sich, nach den Zeitungsmeldungen zu schließen, auf dem Boden bewegt haben, der in den Sozialistischen Monatsheften seit geraumer Zeit als die Basis einer solchen deutsch-französischen Annähe-

rung bezeichnet wurde: wirtschaftliche Kooperation, Organisierung der europäischen Märkte als Wirtschaftseinheit, im Mittelpunkt Ausbau der über-national-binneneuropäischen Kartelle. Für die endgültige Erledigung der von Deutschland übernommenen Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung wären in diesem Rahmen keinesfalls Geldzahlungen sondern nur Sachleistungen mit Hilfe französischer Kredite als Industrielieferungen für den Ausbau der französischen Kolonien, der Saharabahn und so weiter möglich. Es ist zu vermerken, daß Léon Blum am 29. Juni im Populaire diesen Gedanken bekräftigte: Deutschland solle die eventuelle Restzahlung in Form von Sachlieferungen oder durch Erstellung gelernter Arbeiter leisten. Den produktionschädigenden Reparationskonflikt in Maßnahmen zum Neuaufbau unseres Kontinents umzuwandeln muß das Ziel sein.

Auch die politischen Fragen können in diesem Geist geregelt werden. Nach der Mitteilung der französischen Presse handelt es sich dabei um Gedankengänge von der Art wie »Verzicht auf Revision der Friedensverträge, Garantie für den Frieden, Verzicht auf die Anschläge gegen die französischen Verteidigungsstreitkräfte«. Ein dauernder Verzicht auf Revision unhaltbarer oder überholter Vertragsbestimmungen kann natürlich weder verlangt noch erwartet werden. Wohl aber ein Verzicht auf eine besondere Revisionspropaganda während eines bestimmten Zeitraums, damit die Verständigung Wurzel schlagen kann. Und wenn in diesem Zusammenhang auch der in der Presse genannte Gedankengang der Militärkonvention zwischen Deutschland und Frankreich tatsächlich erörtert werden sollte, so wäre diese Möglichkeit nicht a limine auszuschließen. Sie birgt jedenfalls keine Gefahr in sich, weil die französische Wehrpolitik der Nachkriegszeit immer nur auf Sicherungs-, nie auf Offensivablichten eingestellt ist. Von einem Angriff auf Rußland kann natürlich bei einem Kabinett Herriot nie und nimmer die Rede sein.

SOLLTEN die Hoffnungen auf eine deutsch-französische Verständigung auch diesmal wieder zunichte werden, so bestünde wahrlich kein Anlaß zur Freude. Auch nicht zur Schadenfreude bei den politischen Gegnern des Kabinetts Papen. Im Gegenteil, die Klugheit würde an uns das Gebot stellen mindestens mit vorschnellen Urteilen zurückzuhalten. Es ist bedauerlich, daß manche sozialdemokratischen Blätter, nachdem sie einmal durch die unglückliche intransigente Reparationspolitik der Gewerkschaften auf die glatte Negation eingeschworen sind, in dieser Situation es sich nicht nehmen ließen von nationaler Würdelosigkeit zu sprechen, als dieser Kanzler der Rechten ernsthaft an die deutsch-französische Verständigung heranzugehen versuchte. Sie sollten lieber aufmerksam lesen, wie sich das Straßburger sozialdemokratische Organ, dem das Schickal beider Völker am Herzen liegt, zu den Verhandlungen über »Europas Schickal in Lausanne« äußert. »Nur durch gegenseitige Konzessionen können Erfolge erzielt werden«, schrieb die Straßburger Freie Presse am 20. Juni, und sie führte dann, den Kern der Sache treffend, aus: »Bleibt also noch der Wiederaufbau Europas . . . Frankreich ist von der Zwecklosigkeit isolierter Maßnahmen überzeugt und fordert die Ausarbeitung eines Gesamtplans internationaler Zusammenarbeit, der auf alle von der Weltkrise oder der Verminderung der Reparationszahlung betroffenen Länder anzuwenden ist . . . Bald wird es sich zeigen, ob die von Frankreich empfohlenen vernünftigen Lösungen der Mäßigung und der Gerechtigkeit über den Egoismus der Staaten siegen können.«

Die Laulanner Konferenz hat in wenigen Tagen mit aller Deutlichkeit die Situation geklärt und gezeigt, wo die harten Punkte liegen. Selbst die Frankfurter Zeitung mußte am 21. Juni ihren Lesern von der Tatfache Mitteilung machen: »Der Gegenatz ist in erster Linie ein deutsch-französischer, aber Herr MacDonald, der sich gestern auf seine Vermittlerrolle berufen hat, scheint einseitigen der französischen These insofern zuzuneigen, als er die Ansicht vertrat, daß Deutschland sich wenigstens zu gewissen Konzessionen in der Reparationsfrage bequemen müsse. Diese Auffassung, daß Deutschland nicht auf einer hundertprozentigen Lösung bestehen darf, findet man in englischen Kreisen weit verbreitet.« Auf den Ausgleich dieses deutsch-französischen Gegenatzes kommt es also an, und auf nichts anderes. Auch nicht auf den pompös aufgemachten Abrüstungsvorschlag Herbert Hoovers, der den Stempel der Wahlagitation auf der Stirn trägt. Solche Schritte dienen, wie die Dinge heute liegen, nur der Erhöhung der Verwirrung und nicht der Lösung eines so komplizierten Problems wie das der Friedensicherung heute ist. Wenn Deutschland den Mut zu der durch die Regierung von Papen in Lausanne mindestens verfluchten konstruktiven außenpolitischen Lösung faßt (ein Versuch, der durch starke Mächte der Innenpolitik zurzeit unterbrochen, aber noch nicht aufgegeben ist), und wenn alle diejenigen, die sich bisher traditionell zu einer allgemeinen Verständigungspolitik bekannt, und die jetzt als Sozialisten erkannt haben, daß die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus in Europa die Organisierung des Vereinigten Europäischen Kontinents ist, ihren oft verkündeten Aufbauwillen in unmittelbare Tat umsetzen, könnte die Rettung Deutschlands in letzter Stunde vielleicht doch noch gelingen.

JULIUS KALISKI · DER WEG ZUR SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFT

INEN Sprung ins Dunkle nannte man in den Jahren von 1918 bis 1932 die Forderung einer sozialistischen Plan- und Aufbauwirtschaft, man hoffte, daß schließlich alles von selbst sich einrenken und ausgleichen würde. Diese kleinliberale Vorstellung paarte sich gut mit einem Scheinradikalismus, der den Verzicht auf verantwortliche Aktivität einschloß. So wurde der Boden für eine orgiastische Wirtschaft vorbereitet, deren Exzesse man lange als Äußerungen selbstvertrauender Kraft bewunderte. Inzwischen ist dieses Paradies der Wirtschaftsführer verödet, aus den Oasen in der Wüstenei haben sich die Kapitäne Reserverate für ihre eignen Interessen geschaffen und unabhängig von der von ihnen geführten Wirtschaft gemacht. Eine mechanische Konzentration verschärfte die Folgen der hemmungslosen Expansion in Industrie und Handel. Wer sich dieser Entwicklung entgegenstellte, galt als unklug, anmaßend und ruhestörend. Auf allen Seiten, leider auch in der Arbeiterklasse. Spät, sehr spät ist hier eine Umkehr erfolgt, erst in einer Zeit, in der die Möglichkeit direkter und unmittelbarer Beeinflussung von Aktionen und Maßnahmen durch die Vertretungen der Arbeiterklasse geschwunden ist. Indessen wäre das im Grunde doch nur eine zeitweilige Erschwerung des Erfolgs einer entschlossenen Umkehr. Solche Entschlossenheit kann nur von einer Erkenntnis ausgehen, die sich nicht scheut überall neu zu beginnen, wo die Vergangenheit verlagert hat. Niemand darf sich und sein Tun oder Unterlassen beschönigen wollen, man muß von unten auf ganz neu anfangen.

Gute Ausichten auf eine solche Wendung ichienen bis in die jüngsten Tage hinein nicht zu bestehen. Vielleicht bessern sie sich jetzt durch den Entschluß der Freien Gewerkschaften sich für einen Umbau der Wirtschaft einzusetzen, um der drohenden Gefahr eines vollständigen Zusammenbruchs zu begegnen. Der Wille dazu, nicht das Programm, das ihm dienen soll, rechtfertigt diese Hoffnung. Die Gesellschaft muß die »Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel« haben. Davon gehen die von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund gemeinsam aufgestellten und am 23. Juni veröffentlichten Leitsätze aus. Sie verlangen eine systematische Stärkung der Massenkaukraft, die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung, Verkürzung der Arbeitszeit mit der steigenden Produktivität der Arbeit bei sofort gesetzlich durchzuführender 40-Stunden-Woche, Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für öffentliche Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit. Dieser Zusammenfassung traditioneller Forderungen der Arbeiterbewegung, die in allen ihren Nachkriegsmanifesten erhoben wurden, folgen dann Abschnitte über Industrie und Handel, Kredit- und Bankwesen, Agrarpolitik, Außenhandelspolitik, schließlich Aufbau der Planwirtschaft. Aus alledem seien die wesentlichen Punkte wiedergegeben, wobei die Stichworte wie im Original hervorgehoben sind:

»Die *Schlüsselindustrien* sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und *in Gemeinbesitz* zu überführen. Die *Bodenschätze* und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft *zum Nutzen der Allgemeinheit* planmäßig bewirtschaftet werden. In erster Linie sind zu *verstaatlichen*: der gesamte *Bergbau* einschließlich der Nebenbetriebe, die *Eisenindustrie* einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die *Großchemie*, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die *Zementindustrie*. Die *Energie- und Verkehrswirtschaft* ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand überzuführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen. Alle *Kartelle* und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein *Staatliches Kartell- und Monopolamt* zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in *Konsumgenossenschaften* zu fördern. . . Die *Banken* und sonstigen Kreditinstitute sowie die *Versicherungsgesellschaften*, insbesondere die *Lebensversicherungen* als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu *verstaatlichen*. . . Bereits in der Übergangszeit müssen die *Kredite planmäßig verteilt* und in die Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein *zentrales Bankenamt* zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht. . . Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch *Staatliche Handelsmonopole* sowie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch *Staatliche Maßnahmen* und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das *Fachwissen* fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von *Produktivenossenschaften* unterstützen. Der nicht mehr lebensfähige *Großgrundbesitz* ist in Bauerland oder in genossenschaftliche Großbetriebe *umzuwandeln*. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der *Auswahl der Siedler* sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede *Subventionierung* des Großgrundbesitzes ist *einzutellen*. Das Großgrundeigentum ist in *Gemeinbesitz* zu überführen.«

Aus dem sehr allgemeinen Programm der Außenhandelspolitik ist die Forderung bemerkenswert, daß »der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden« müsse. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und ihrer Leitung soll eine »zentrale Planstelle« betraut werden:

»Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankenamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankenamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der *Demokratisierung der Wirtschaft*. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Überwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die *berufenen Vertreter der Arbeitnehmer* angemessen zu beteiligen.«

In der bürgerlichen Presse wird die in diesem Programm geforderte Wirtschaft wohlwollend als Staatskapitalismus bezeichnet. Dem wird man beipflichten können; allerdings mit der Einschränkung, daß das gewollte staatskapitalistische System weder einheitlich noch allgemein gedacht ist. Über die Tragweite der Verstaatlichungsforderungen scheinen sich die Verfasser des Programms Täuschungen hinzugeben. Vielleicht dient ihnen die Sanierung der Schwerindustrie nach den Beschlüssen der Regierung Brüning als eine Mahnung gegen eine Überföchtung der bloßen Verstaatlichungsaktionen. Daß die erwähnte Sanierungsabsicht mit einer Rettung der Aktieninteressen des Großaktionärs Friedrich Flick verbunden war, ändert den prinzipiellen Charakter der Sanierung an sich nicht.

Was Verstaatlichung nicht vermag, kann auch auf anderen Gebieten deutlicher Wirtschaft mit Erfolg studiert werden. Ganz abgesehen von dem grundlegenden Irrtum, Verstaatlichung, auch größten Umfangs, einer Sozialisierung gleichsetzen zu wollen. Hans Staudinger, der als Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe eine führende Stellung in staatlichen Betrieben einnimmt, hat in einer hier bereits angezeigten sehr lesenswerten Schrift ein paar Feststellungen getroffen, deren Kompetenz wohl zu besonderer Beachtung Veranlassung geben sollte:

»Es ist ja erstaunlich, daß selbst heute noch, in einer Zeit gewaltiger Konzern- und Kartellbildung, die privaten Wirtschaftskreise sich nahezu geschlossen im Kampf gegen die öffentliche Unternehmung zusammenfinden, obwohl das Eigeninteresse der nicht kartellierten Unternehmergruppen sie im Kampf gegen die Übermacht der gebundenen privaten Wirtschaft an die Seite der öffentlichen Wirtschaft drängen müßte. Gefühlsmäßige Gegnerschaft und falsche Vorstellungen über ihre Funktion und ihre Aufgaben in der nächsten Zukunft haben diese Stellungnahme der öffentlichen Unternehmung gegenüber beeinflußt. Daß öffentliche Wirtschaft gleichbedeutend mit sozialisierter Wirtschaft sei, daß sie in Bälde auch auf diejenigen Produktionszweige übergreifen könnte, in die sie bis heute noch nicht vorgedrungen ist, das sind die Befürchtungen, welche die Gesamtheit der privaten Unternehmer in der grundsätzlichen Ablehnung aller Wirtschaftsbetätigung der öffentlichen Hand vereinigen. In Wahrheit hat sich die öffentliche Unternehmung ganz organisch in das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem eingefügt; sie hat weder das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage der Wirtschaftsbetätigung angegriffen noch die kapitalistische Wirtschaftsrechnung über den Haufen geworfen. Innerhalb des Rahmens der geltenden Produktionsverfassung sucht sie bestimmte Gefahren, die aus dem radikalen Erwerbstreben der Privatwirtschaft, vor allem den zunehmenden Konzentrationstendenzen, erwachen, im Interesse der Gesamtheit zu bekämpfen. Sie ist damit ein notwendiger Bestandteil des kapitalistischen

Wirtschaftssystems im Zeitalter des Monopolkapitalismus geworden, gerade weil sie selbst größtenteils Monopolwirtschaft ist. Aber sie kann, wenn sie ihrem Wesen treu bleibt, ihre Monopolmacht nur in den Dienst der ganzen Volkswirtschaft stellen. Nicht Sicherung von Gewinnen auf Kosten der übrigen Wirtschaftszweige, sondern Produktionssteigerung und -verbesserung bei Niedrighaltung der Preise zum Nutzen der Gesamtheit ist ihre Grundtendenz.¹

So gewiß staatliche Unternehmungen auf manchen Gebieten erwünscht sind, der Umbau der Wirtschaft wird durch eine erweiterte Verstaatlichung auch größeren Umfangs nicht bewirkt werden können. Sozialistisch ist das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften keineswegs, es wird es auch nicht durch Kartell-, Banken- und Monopolämter, schließlich auch nicht durch eine zentrale Planstelle, die schon deshalb nicht von zentraler Wirksamkeit sein kann, weil ihr auch im besten Fall nur ein Teil der Wirtschaft unterstellt wird.

Mit dem Programm der Gewerkschaften soll nun der Sprung unternommen werden, den man früher nicht wagen durfte, weil er vermeintlich ins Dunkle führte. Seit Ende 1918 hat sich diese Dunkelheit zweifellos erheblich verdichtet, so daß sich die Frage aufdrängt, warum damals unmöglich war, was jetzt möglich sein soll. Gegen die Inangriffnahme von fachlich fundierten Plänen für einen Umbau der Wirtschaft wurde in den ersten Jahren nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der Einwand ins Feld geführt, daß es der Arbeiterklasse an der politischen Macht fehle. Das war in jeder Beziehung unrichtig. Die politische Macht der Arbeiterklasse war damals mehr als ausreichend, um Maßnahmen grundsätzlicher Art durchzuführen, ein ernsthafter Widerstand hätte sich auch gar nicht erhoben; im Gegenteil, eine sozialistische Lösung wäre von dem größten Teil der Nation mit Begeisterung aufgenommen worden. Daß dabei die politische Herrschaft der Arbeiterklasse ungemein stark befestigt worden wäre, bedarf keiner Betonung. Sozialistische Wirtschaft setzt voraus, daß die Arbeiterklasse ihre Aufgabe als Trägerin der Produktion übernimmt und ausführt, daß die Produktion mit allen zu ihr gehörenden Wirtschaftskomplexen in den Dienst und unter die Kontrolle der Gesellschaft gestellt wird. Mit dieser sozialistischen Notwendigkeit decken sich alle Erfordernisse zur Erhaltung von Staat und Gesellschaft, damit ist sie erfüllungsreif. Nach den Folgen des Kriegs war der Umbau der Gesamtwirtschaft der einzige Weg zur Rettung der Produktivität der Wirtschaft und zur Erholung der Nation. Aus dem Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte sind die Richtlinien für die Entwicklung schon in der Kriegszeit durch die Forderung vorgezeichnet worden: Einschränkung der Industriebasis und Ausdehnung der Agrarbasis unter Steigerung der Produktivität. Sofort nach dem Waffenstillstand ist hier der Plan für eine Umgestaltung der Wirtschaft veröffentlicht und in den neugeschaffenen Institutionen der Arbeiterklasse, vor allem in dem Arbeiterrat von Groß Berlin und auf dem 2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 8. bis zum 14. April 1919 in Berlin tagte, vertreten worden. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verschlossen sich diesem, vom Rätekongreß mit großer Mehrheit angenommenen Programm, sie haben bis zur Stunde in ihren Organen den Massen sowohl die Grundlagen als auch die Einzelheiten jener Forderungen vorenthalten.

Das tut auch eine Schrift, die kürzlich im parteiamtlichen Dietzverlag erschien, und die die »Geschichte und Verwirklichung einer Idee«, nämlich der

1) Siehe *Staudinger Der Staat als Unternehmer /Berlin 1932/ Seite 87 bis 88.*

»sozialistifchen Planwirtschaft«, beschreiben will. Der darin gegebene Bericht über planwirtschaftliche Bestrebungen beginnt mit Joseph in Ägypten und endet mit der Aufzählung aller Belanglosigkeiten der Pseudosozialifizierung. Über den Kampf gegen Rudolf Wissell weiß der Verfasser dieses zu sagen: »Der Haupteinwand gegen diese Pläne wurde von Hilferding mit den Worten formuliert: »Wissells gebundene Planwirtschaft hat mit dem Sozialismus nur das gemeinam, daß sie angeblich planmäßig sein soll. Von Sozialismus ist darin keine Spur, sondern der ganze Plan geht dahin den Unternehmer in seiner Kapitalisteneigenschaft zu erhalten. Er ist Übertragung der "Arbeitsgemeinschaft" unmittelbar auf das wirtschaftliche Gebiet. Er läuft darauf hinaus ein gesetzmäßig erleichtertes kapitalistisches Kartell zu schaffen.« Dieser Einwand war unbedingt richtig, und nicht gegen die Einwände, die gemacht wurden, kann man das Wissellsche Projekt verteidigen, sondern nur gegen die Tatenlosigkeit der Kritiker. Das Besserwissen im guten Sinne fehlte nicht, aber das Besserhandeln blieb aus. Nur so ist es auch zu erklären, mit welcher Heftigkeit Wissell die Polemik für seine Gedankengänge führte. Insbesondere warf er seinem Amtsnachfolger Robert Schmidt vor, daß er nicht einmal die von ihm selbst ursprünglich geforderten Monopole für Petroleum, Spiritus, Getreide und Tabak verwirklicht habe.«²

Was die Schrift über das vollständige Ausbleiben des »Besserhandelns« sagt, trifft die Sache. Sonst aber bringt sie wenig. Sie krankt an einer geistigen Unfruchtbarkeit, den einzigen sozialistifchen Plan eines Wirtschaftsumbaus umgeht sie durch Verschweigen. Bei etwas sorgfältigerer Arbeit hätte ihrem Autor nicht verborgen bleiben können, daß jene Wissell-Moellendorffschen Planwirtschaftsentwürfe zeitlich dem hier konzipierten Gesamtplan für den Umbau der Wirtschaft folgten und substantiell darauf hinausliefen, daß ein Teil unseres Programms ausgeführt werden sollte. Die unsachliche und heftige Art des gegen den Genossen Wissell gerichteten Kampfs ist unerklärlich, wenn man nicht annehmen will, daß die Gegnerschaft dem Bewußtsein schwerer Unterlassungslünden und eignen Unvermögens zur Gestaltung neuer Produktionsformen entsprang. Dieser Kampf richtete sich gegen das auch von Rudolf Wissell vertretene sozialistifche Prinzip.

Mit erfreulicher Konsequenz steht Werner Sombart in seiner neuesten Schrift zu der Auffassung, daß eine echte Planwirtschaft das Merkmal der Totalität tragen muß. Daß ein anderes Merkmal einer vollkommenen Planwirtschaft die Einheitlichkeit sein muß, und daß eine Planwirtschaft ohne das Merkmal der Mannigfaltigkeit nicht gedacht werden kann. Diese ergibt sich aus der Anpassung der Wirtschaftsformen an den Wirtschaftszweck oder an die eigenartigen Anforderungen der einzelnen Wirtschaftszweige:

»Diese aber sind erheblich grundverschieden: Landwirtschaft und Gewerbe, Handel und Verkehr bedürfen im großen verschiedener Gestaltung und im einzelnen erst recht: Außen- und Binnenhandel, Groß- und Einzelhandel, Großstadt- und Kleinstadthandel, Handel mit jedem Gegenstande: jeder stellt grundverschiedene Anforderungen an seine Organisation: wie soll ein Wirtschaftssystem diesen gerecht werden können? So wird also jede vollkommene Planwirtschaft, wenn anders sie ihre Aufgabe die Wirtschaft sinnvoll zu gestalten erfüllen will, das Nebeneinanderbestehen und Ineingreife einer bunten Fülle von Wirtschaftsformen und Wirtschaftssystemen vorsehen müssen. . . Wenn wir in dieser Weise eine Planwirtschaft richtig verstehen, so ist in ihrem Rahmen auch die Alternative, um die man so erbittert kämpft: Privateigentum oder Kollektiveigentum?, ebenso hinfällig wie die andere, verwandte: Privatwirtschaft oder Kollektivwirtschaft? Es handelt sich nämlich vernünftigerweise gar nicht um ein Entweder-oder sondern nur um ein Sowohl-als auch: Privateigentum und gesellschaftliches Eigentum, Privatwirtschaft und gesellschaftliche Wirtschaft werden neben einander bestehen können, nein: bestehen müssen.«³

2) Siehe *Frieder Der Weg zur sozialistifchen Planwirtschaft* /Berlin 1932/ Seite 25.

3) Siehe *Sombart Die Zukunft des Kapitalismus* /Berlin 1932/ Seite 27 bis 29.

Mit dieser Zusammenfassung seiner Ansichten, die Sombart, wie er betont, seit Jahren an verschiedenen Stellen vertreten hat, schließt er sich den hier seit 1918 scharf formulierten Grundlagen eines Umbaus der Wirtschaft⁴ durchaus an. Er glaubt, daß die zukünftige Gestaltung der Wirtschaft den Wissenschaftler, der sich damit begnügen muß festzustellen, was *ist*, nichts angehe. Diese Beschränkung des Aufgabenkreises der Wissenschaft will uns doch etwas sehr bequem dünken. Niemals kann vermeintliche Objektivität der Pflicht entheben den Aufbau der Wirtschaft auf Grund des als richtig anerkannten Grundrisses zu entwerfen oder zu untersuchen, wenn andere ihn als Plan vorzeigen. Die Wissenschaft begründet nicht solchen Verzicht.

Nach unseren Forderungen ist für jeden Wirtschaftszweig, jede Gewerbeart, jeden Beruf auf der Basis der Selbstverwaltung ein korporativer Zusammenschluß als Wirtschaftsgemeinschaft zu bewirken, und das in jeder Großgemeinde oder jedem Kreis, in jeder Provinz, in jedem Land, so daß schließlich die Gemeinschaft im Reich hergestellt werden kann. Innerhalb dieser korporativen Bindung bleibt die Selbständigkeit jedes einzelnen Betriebs bestehen, unter Wahrung des Rechts der Korporation die zur Führung und Sicherung der Wirtschaft notwendigen Anordnungen zu beschließen und durchzuführen. In jeder einzelnen Wirtschaftsgemeinschaft sind beide Gruppen, sowohl Betriebsleiter als auch Arbeiter und Angestellte, paritätisch vertreten. Die zentralen Wirtschaftsgemeinschaften bilden den Wirtschaftsrat des Reichs, der unmittelbar die Schaffenskräfte der Nation umfaßt und ebenso unmittelbar jeden einzelnen Wirtschaftskreis und jeden Beruf durch seine Entscheidungen erreichen kann. Nur auf dieser Grundlage ist eine Vertretung der Leistung zu schaffen. Diese Vertretung der Leistung muß als oberste Stelle der Wirtschaftsführung neben den Reichstag als Vertretung der Zahl, neben die Kammer des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gleichberechtigt als Kammer der Arbeit treten. Als Widerspiegelung des Lebens der Nation entsteht so ein Zweikammersystem: der Reichstag gewählt, die Kammer der Arbeit aus den Delegierten der einzelnen Wirtschaftsgemeinschaften gebildet. Zu den schon erwähnten Funktionen der Wirtschaftsgemeinschaften kommt auch die Aufgabe als Organ der Steuererhebung, wobei vornehmlich an eine einschneidende Vereinfachung der Steuerverwaltung unter Zugrundelegung der Umsatzsteuer gedacht ist.

Dieser Geschlossenheit eines Wirtschaftsaufbaus in den Bahnen marxistischer Geistes entnehmen jetzt die Nationalsozialisten einzelne Teile als System einer ständischen Gliederung. Alfred Pfaff skizziert es in einer Broschüre, die uns die Wirtschaft im sogenannten Dritten Reich vor Augen führen soll:

»Entsprechend der verschiedenen wirtschaftlichen Betätigung kann andererseits eine Gliederung nach den 5 großen Wirtschaftsständen: Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Gewerbe, Handel und Freie Berufe vorgelesen werden. Diese Stände werden dann sowohl im Reichswirtschaftsrat wie in den Wirtschaftsgebieten und in den Wirtschaftsbezirken durch ihre Ständekammern vertreten sein. In den Wirtschaftsbezirken und von da ab nach unten fortsetzend wird jeder Stand in die ihm eigentümlichen Berufs- oder Fachgruppen eingeteilt sein. So mögen die Berufsgruppen der Getreidewirtschaft, der Viehwirtschaft, des Garten- und Gemüsebaues und so weiter in ihrer Gesamtheit den Stand der Landwirtschaft umfassen. Die Gliederung der Industrie kann etwa erfolgen nach Bergbau, Eisenindustrie, Textilindustrie, Chemische Industrie und so weiter, Handwerk und Gewerbe wird zweckmäßigerweise nach den Erfordernissen des täglichen Bedarfs im Ernährungsgewerbe

4) Siehe darüber zuletzt Kaliski *Bankenherrschaft oder Wirtschaftsführung?*, Die deutsche Landwirtschaft im europäischen Aufbau, Wiedergutmachung als Selbsthilfe, Neugestaltung der Wirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 II Seite 848, 945, 1072, 1932 I Seite 26.

(Bäcker, Fleischer, Gastwirt und so weiter), in Bauhandwerk (Maurer, Tischler, Zimmermann, Schlosser und so weiter), Bekleidungsindustrie (Schneider, Schuhmacher, Waschanstalt, Friseur und so weiter) und endlich sonstiges Handwerk eingeteilt sein. Im Handel kann Aus- und Einfuhr, Großhandel, Einzelhandel und so weiter unterschieden werden. Zu den Freien Berufen gehören Ärzte, Juristen, Künstler und so weiter. Jede dieser Berufs- oder Fachgruppen wird somit durch ihre Berufskammer alle Fragen ihres eigenen Wirkungskreises zu behandeln haben, während sie ihre gemeinliche Vertretung in der ihnen jeweils übergeordneten Ständekammer finden.«⁵

Den Konstruktionsfehler des heutigen Betriebsrätesystems mit der Einrichtung von Betriebsräten des Einzelbetriebs behalten die Nationalsozialisten bei:

»Jeder in dem Werke arbeitende Beruf wird seine Vertreter in den Betriebsrat wählen, in gleicher Weise die Angestellten und die Arbeitgeber. Eine Parität in der Zahl kommt nicht in Betracht.«

Unorganisch in der Anlage muß die Fortführung des Aufbaus sehr schnell verlagern, weil sie sich von den Lebensnotwendigkeiten der Produktion entfernt. Aber selbst in verzerrter Form liegt darin die Anerkennung des auf breiter Grundlage zu errichtenden Neubaus der Wirtschaft.

Dieser Neubau wurde und wird hier seit Jahren in seiner richtigen Form gezeichnet, und ihm wird die Arbeiterbewegung zustreben müssen. In ihm sichert sich die Nation, aus der vollen Mitverantwortung der Arbeiterklasse für die Produktionsführung, auch die Heranbildung einer neuen Generation verantwortungsfreudiger Wirtschaftsführer. Sie entfesselt ihre Produktivkräfte zur Erzielung der besten Leistung, unter Wahrung der Würde jedes einzelnen Mitglieds der Volksgemeinschaft. Das ist der Weg zu einer sozialisierten Wirtschaft, zu einer sozialistischen Gesellschaft.

PAUL KAMPFFMEYER · EIN HALBES JAHRHUNDERT HINTER BISMARCK ZURÜCK



LS sich die neue Regierung des Deutschen Reichs in ihrer Erklärung vom 3. Juni 1932 dem deutschen Volk vorstellte, da klagte sie bewegt, daß dieses Volk »in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang« stände. Aus dieser Erklärung seien die folgenden charakteristischen Sätze hervorgehoben:

»Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen verflucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischer Denkers eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege des Kompromisses um der Parität willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.«

Das neue Ministerium, das sich offenbar im Vollbesitz der »unveränderlichen Grundätze der christlichen Weltanschauung« wähnt, ruft »in letzter Stunde«

5) Siehe Pfaff Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich /München 1932/ Seite 12.

zum Kampf gegen die »Zerfetzung atheiftifch-marxiftifchen Denkens« auf. Karl Marx ift nun im wefentlichen ein politifch-ökonomifcher Denker und Soziologe gewesen und hat fich höchftens in feinen ganz grünen Anfängen mit der Religionskritik befchäftigt. Die Abfaffung des "neuen und alten Glaubens" überließ er dem Staatserhaltenden, nationalliberalen David Strauß. Dem materialiftifchen "Kraft-und-Stoffel"tum der Ludwig Büchner und Karl Vogt hat er Zeit feines Lebens ferngeftanden.

Über die Flachheiten einer materialiftifchen Gottlofenbewegung fcheint die Reichsregierung in ihrem Studium des »atheiftifch-marxiftifchen Denkens« nicht hinweggekommen zu fein. Daß fich diese Bewegung mit keinem Schein von Recht auf Marx berufen kann, foll hier nur angedeutet werden. Marx fteht in fchärffter Oppofition zu Bakunin, der grundfätzlich einen Sturm gegen Gott und die Kirche entfesselte. Marx gründet in feiner Internationalen Arbeiteraffoziation eine »Arbeitergefellschaft«, in der fich die Bekenner aller Konfessionen die Hände zur Befreiung der Arbeiterklasse reichen; Bakunin ruft feine Alliance Internationale de la Démocratie Socialiste ins Leben, um gottesleugnerifche Anarchiften organisatorifch zusammenzufaffen. Der Atheismus wird zu einem wefentlichen Programmpunkt der Theorie und Taktik des Bakuninfchen Anarchismus. Bakunin gibt die Parole aus: Kein Herr, kein Gott. Die an Bakunin anknüpfenden Richtungen des Kommunismus und Sozialismus: der Sozialrevolutionarismus Johann Moft's, die unabhängige lozialiftifche Bewegung der Jungen, der Anarchofozialismus, haben eine ausgeprochen atheiftifche Tendenz gehabt.

Die Religion ift nach Marx durchaus nicht eine pfäffifche Erfindung, ein bloßer Pfaffentrug. Sie ift eine gefetzmäßige gefellfchaftliche Erfcheinung. Die »religiöfe Welt« ift nach Marx der »Reflex der wirklichen Welt«. In einer gefellfchaftlichen Welt von Warenproduzenten fei das Chriftentum mit feinem Kultus des abftrakten Menschen die entfprechendfte Religionsform. Das Entftehen und Werden bestimmter Religionsformen ift nach Marx durchaus nicht willkürlich, es ift durch den gefellfchaftlichen Lebensprozeß bedingt. Nur dann fchwindet der myftifche Nebelfchleier der Welt, wenn die Lebensverhältniffe, die »Verhältniffe des praktifchen Werkeltagslebens«, den Menschen »tagtäglich durchfichtig vernünftige Beziehungen zu einander und zur Natur darftellen«. Ob diese Beziehungen felbft unter der Herrfchaft frei vergesellfchafteter Menschen, also unter fozialiftifcher Herrfchaft, je den Grad vollftändiger, reftlofer Klarheit gewinnen werden, den Marx als ficher vorausfetzt, ift mehr als zweifelhaft. Die planmäßige Kontrolle und Beherrfchung der mit der Natur verknüpften Produktionsprozesse wird immer unvollftändig, lückenhaft bleiben. Die Grenzen der erkennbaren und vom vergesellfchafteten Menschen beherrfchten Natur werden fich wohl ftändig erweitern, aber fie werden niemals ganz verfchwinden.

Die Marxifche Grundanfchauung von der Bedingtheit der Religionsformen durch den gefellfchaftlichen Lebensprozeß wurzelt fo tief in der engern deutlichen Anhängerfchaft Marxens, daß diese nie zu einer antikirchlichen Bildftürmerei ermuntert hat. Ruffifche Abarten, man kann wohl auch fagen: Unarten, des "Marxismus" haben in der deutlichen Sozialdemokratie nie Bürgerrecht erworben. Die deutlichen fozialiftifchen Abhandlungen über Religion und Kirche haben fich immer durch einen hohen wiffenfchaftlichen Ernst ausgezeichnet. Religionspöttelei ift in diesen Schriften nie getrieben worden.

Und alle Versuche ein aggressives "Freireligiösentum" in das Parteiprogramm und in den politischen Kampf der Sozialdemokratie hineinzutragen sind schnell gescheitert. Von den ersten sozialdemokratischen Kongressen nach dem Fall des Sozialistengesetzes seien die heftigen Worte Wilhelm Liebknechts gegen das freireligiöse Pfaffentum in die Erinnerung zurückgerufen, leidenschaftliche Worte, die jeder antireligiösen Bewegung innerhalb der Sozialdemokratie von vornherein den Weg verlegen wollten. Liebknecht empörte sich über die bössartigen Verdächtigungen, die der Sozialdemokratie nachredeten, sie wolle als eine "Partei der Atheisten" dem Volk gewaltsam die Religion nehmen und die Kirche brutal unterdrücken. In seiner sichtbaren Erregung kam dem alten Liebknecht das sich in der sozialdemokratischen Bewegung lebendig regende religiöse Moment zum Bewußtsein. Begeistert und begeisternd sprach er diese Worte in die Versammlung hinein:

»Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet, den Glauben an die höchsten Ideale? Ist im Sozialismus nicht die höchste Sittlichkeit: Selbstlosigkeit, Aufopferung, Menschenliebe? Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig die schwersten Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen, uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, bloß um der Sache zu dienen, so war das auch Religion . . . Es war nur der Glaube an den Sieg des Guten und der Idee: die unerschütterliche Überzeugung, der feste Glaube, daß das Recht siegen und das Unrecht zu Fall kommen muß. Diese Religion ist uns niemals abhanden gekommen, denn sie ist eins mit dem Sozialismus.«

Hinter diesem religiösen Bekenntnis Wilhelm Liebknechts steht der Glaube an eine sittliche Weltordnung. Ob dieser kämpfenden Welt die Sittlichkeit von vornherein innewohnt, ihr also immanent ist, oder ob sie ihr erst durch einen außerweltlichen Gott offenbart ist, das bleibt sich in der Wirkung gleich. Das Resultat des Kampfes für ein hohes sittliches Ideal ist nach Liebknecht schließlich immer: der »Sieg des Guten«. Was hat der Glaube an diesen Sieg mit einem ethischen Materialismus gemein?

Es ist der neuen Reichsregierung offenbar unbekannt geblieben, daß der »atheistisch« »zersetzende« Marx auf das tiefste den religiösen Sozialismus unserer Tage beeinflußt hat. Der gut katholische Priester Wilhelm Hohoff in Paderborn war ein überzeugter Marxist, und sein ethisch-religiöser Kampf gegen den kapitalistischen Mammonismus erhielt eine besondere Federkraft durch das Kapital von Karl Marx. Hohoff, der seine Glaubensgenossen oft auf Herz und Nieren geprüft hatte, meinte schon, wie Karl Vorländer in seiner Marxbiographie berichtet, ob nicht in einem selbstvergeßenden und rein dem Dienst der Menschheit hingeebenen Sozialisten oder Kommunisten trotz allem vorgeblichen Atheismus mehr echtes Christentum, das ist Menschengefönnung, vorhanden sei als in manchem Kirchenchristen, der die offizielle breite Straße wandelt. Unter dem Einfluß des von Marx so stark bestimmten Sozialismus schlossen sich schon vor Jahren der Kaplan van den Brink und der Franziskaner Cölestine der Sozialdemokratie an. Mit dem beginnenden 20. Jahrhundert riefen die Marx'schen Schriften einen kräftigen Wellenschlag in der religiösen Bewegung der Schweiz hervor. Der Pfarrer Hermann Kutter verfaßte seine mit dem leidenschaftlichen Zorn eines Propheten des Alten Testaments geschriebenen Anklageschriften: Sie müssen, Gerechtigkeit, ein altes Wort für die modernen Christen, Wir Pfarrer, Die Revolution des Christentums. Weit über die Grenzen der Schweiz hinaus erschütterte der Pfarrer und Professor Leonhard Ragaz die Köpfe und Herzen religiöser Menschen durch seine Angriffe gegen den Kapitalismus. Er wurde das eigentliche

Zentrum der religiösen Bewegung in der Schweiz. Und ist der neuen Regierung ganz unbekannt, daß in den Sozialistischen Monatsheften seit einem Vierteljahrhundert das religiöse Moment im Sozialismus betont und herausgearbeitet wurde, daß ihm hier eine ganze Serie von Aufsätzen gewidmet ist, daß die Entwicklung der religiösen Bewegung hier in besonderen Rundschauendauernd behandelt wird? Von hier aus drang der religiöse Sozialismus in weitere Kreise der deutschen Sozialisten. Es bildeten sich Gefinnungsgemeinschaften. Von den Intellektuellen, die dafür arbeiten, nur einige Namen: Carl Mennicke, Paul Tillich, Günther Dehn, Eduard Heimann, Hermann Schafft. Es ist sehr bezeichnend, was der Pfarrer Emil Fuchs in dem Internationalen Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens über die Ideenrichtung dieses religiös-sozialistischen Kreises schreibt:

»In diesem deutschen Kreis tritt das Problem des Marxismus in den Mittelpunkt. Man sieht zunächst einmal die gewaltige Wahrheit der ökonomischen Geschichtsbetrachtung und die mächtige Gewalt der marxistischen Gedankenwelt über die sozialistische Bewegung. Ihr gilt es nun die Erkenntnisse, die von hier aus sich erschließen, zusammen zu legen mit den Mächten und Erkenntnissen geistiger Art, geistiger Bewegung und Tiefe, mit den Fragen und Gewalten, die im religiösen Leben und kirchlicher Organisation vor uns hingestellt werden und ins Gesellschaftsleben wirken... Für diese ganze Bewegung und alle ihre Mitarbeiter handelt es sich um eine vertiefte geistige Grundlegung der sozialistischen Bewegung, die aus dem Marxismus über ihn hinaus aufsteigt, neue Tiefen und Macht der religiösen Entscheidung ahnen läßt, scharf kritisch nach beiden Seiten hin, beide zu der in der Gegenwart geforderten Leistung geistig und erkenntnismäßig rüsten will.«

Emil Fuchs beleuchtet noch an einigen Stellen seines Aufsatzes die bahnbrechende Bedeutung Marxens für die religiöse Bewegung im Sozialismus. Marx hat das religiöse Gewissen mächtig geweckt und aufgerüttelt. Der deutsche religiöse Sozialismus vertritt nach Fuchs den Gedanken, daß »Karl Marx ein Führer zur Wirklichkeit ist, aus deren furchtloser Erkenntnis religiöse Erschütterung, christliche Frömmigkeit mit neuer Gewalt hervorbricht und in ganz anders gewaltiger Größe und Tiefe gegeben ist«. Marx ein Revolutionär und Vertiefer des religiösen Lebens. Wer hätte das gedacht, als er am 14. März 1883, also fast vor einem halben Jahrhundert, in London starb? Der Beurteiler und Nachprüfer der weltgeschichtlichen Arbeit eines führenden Kopfes darf sich eben nicht ängstlich an dessen wissenschaftlich formulierte Ideen klammern sondern muß vorurteilsfrei forschen, in welchem Umfang und in welcher Form diese Ideen anregend und befruchtend auf das ganze geistige Leben der Welt gewirkt haben.

LHRER Klage über den »atheistisch-marxistischen« Geist der Zersetzung schießt die Regierungserklärung einen regelrechten Angriff gegen den Staatssozialismus und den »Wohlfahrts«staat voraus. Sie wird bei diesem Ausfall kaum erwogen haben, daß der Marxismus an dem Aufbau dieses Staats in hohem Maß mitgeholfen hat. Wie kann sich der zersetzende Geist mit einer nach der Regierungserklärung so weit ausgreifenden Aufbauarbeit vereinigen? Und doch ist dem so. Die berühmten Abschnitte des Kapitals, die so gründlich die Bedeutung des Kampfs um den Normalarbeitstag würdigen, haben die deutsche Sozialpolitik geistig wesentlich gefördert. Von den Anträgen des Sozialdemokraten Jean Baptist von Schweitzer an beginnen die umfassenden sozialdemokratischen Arbeiterschutzanträge und Arbeiterschutzesentwürfe, die nach und nach die von der heutigen Regierung so heftig befehdete »Wohlfahrtsanstalt« entstehen ließen. Die in die Augen springenden Resultate der

englischen Fabrikgesetzgebung sollten nach Marx die Umwälzung des Kapitalismus human gestalten, sie sollten die Geburtswehen einer neuen Gesellschaft abkürzen und mildern. Deshalb trug Marx in seinem Kapital ihre Resultate so eingehend vor. Die »durch soziale Fürsorge geregelte Produktion« sollte »die politische Ökonomie der Bourgeoisie« erlösen. Kein deutscher Sozialist hat dann mit solcher Energie und so leidenschaftlich das Prinzip des Laisser-aller auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bestürmt wie Ferdinand Lassalle, der stärkste Anregungen von Karl Marx erhielt, obwohl er stets ein Politiker von Eigenwuchs war und blieb. Immerhin kann man sagen, daß Marx die Götzendämmerung des Manchesterturns und seines Staates mit heraufführen half. An die Lassalle'sche Kritik des Manchesterturns knüpft der deutsche Kathedersozialismus an. Und dieser kam vor allem zum Wort, als Bismarck die deutsche Sozialversicherung ins Leben rief.

Die deutsche Sozialversicherung war ein echtes Produkt der wirtschaftlichen und politischen Krise der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. In der Wirtschaftskrise jener Jahre glaubte Bismarck den Staat und die Gesellschaft besonders durch die umstürzlerische Sozialdemokratie bedroht. Seine Sozialreform war als positive Bekämpfung dieser Partei gedacht. Marx und Lassalle hatten den Klassencharakter des heutigen Staates plastisch-anschaulich gekennzeichnet. Bismarck wollte diese sozialdemokratische Lehre vom Klassenstaat durch sozialreformerische Taten bekämpfen. Der Staat sollte sich durch eine umfassende Fürsorgetätigkeit als eine Wohlfahrtsanstalt erweisen und damit der sozialdemokratischen klassenkämpferischen Propaganda den Wind aus den Segeln nehmen. In der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage 1880-1881 hieß es nämlich:

»Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welchen die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatsbehaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichtet sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vorteile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zuteil werden, dahin geführt werden den Staat nicht als eine lediglich zum Schutz der besser situierten Klassen der Gesellschaft erfundene sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen.«

In der spätern programmatischen Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 wurde direkt der Grundsatz aufgestellt, daß nicht nur die erkrankten Arbeiter, sondern auch die, die durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, »der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge« haben sollten »als ihnen bisher hat zuteil werden können«. Und hier bringt nun jene Kaiserliche Botschaft staatliche Wohlfahrtsideen zum Ausdruck, die ganz anders lauten als die »unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung«, die heute die Reichsregierung proklamiert. Es hieß nämlich in der Botschaft:

»Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwelns, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.«

Unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung und im Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens wollte nun die Kaiserliche Botschaft öffentlich-rechtliche korporative Genossenschaften aufbauen, die dem erkrankten, unfallverletzten, invaliden Arbeiter einen gesetzlichen Anspruch auf Fürsorge

fichern sollten. Der Staat wollte sich eben offen als Wohlfahrtsanstalt etablieren. Heute ist es vergessen, daß der liberale Manchestermann Ludwig Bamberger in der Sozialversicherung ein soziales Prinzip entdeckte, das bis auf den französischen Konvent zurückgeht. Die Motive zur Unfallversicherung, sagte er, seien mit »flammender und wild bewegter Feder« geschrieben. Den in diesen Motiven pulrierenden Gedanken könne man ebenso revolutionär wie human, modern, christlich nennen.

Das eine steht fest: Bismarck tat den ersten Schritt zu einer »Wohlfahrtsanstalt«. Und angesichts dieses fast revolutionären Schritts glaubte August Bebel, daß, wenn der Bundesrat ernsthaft auf dem Weg der Gesetzgebung fortfahren werde, auf dem jetzt die Unfallversicherung den ersten, freilich sehr schwachen Versuch bilde, dies eine vollständige revolutionäre Tätigkeit in ihrem Verlauf sein werde und sein müsse. Wilhelm Liebknecht sah in dem ersten Unfallversicherungsentwurf das Spitze Ende des Keils, das in die bürgerliche Gesellschaft eingetrieben werde, das dicke Ende werde schon nachkommen, ob Fürst Bismarck wolle oder nicht. Der Sozialdemokratie werde ein Dienst geleistet, denn dieses Gesetz sei ein Zeugnis »für die Wahrheit des sozialistischen Gedankens«. Der erste Unfallversicherungsentwurf schlug eine Reichsversicherungsanstalt mit Ausschluß der privaten Versicherungsunternehmungen vor, ein Vorschlag, der eigentlich volle Billigung nur bei der Sozialdemokratie fand; die bürgerlichen Parteien kehrten sich durchweg auch grundfätzlich gegen Reichszulchüsse, gegen solche "sozialistischen" Anläufe.

Aus den Reichstagsverhandlungen über die Unfallversicherungsvorlage erlieht man, daß sich mit dieser Vorlage tatsächlich ein völlig neues soziales Prinzip regte, ein Prinzip, das direkt als revolutionär und sozialistisch empfunden wurde. In der Tat wurde damals, wenn wir den ganzen ungewöhnlichen Vorgang in eine etwas sehr allgemeine Formel fassen, der Staat als Wohlfahrtsanstalt geboren: Er organisierte durch den staatlichen Zwangsversicherungsgedanken die öffentlichrechtliche Fürsorge für Millionen deutscher Arbeiter. Die ganze Sozialversicherung war aus einer politischen und wirtschaftlichen Krisenstimmung geschaffen worden. Bismarck wollte mit seiner Versicherungsgesetzgebung wirtschaftliche und politische Krisenzustände überwinden. Er betrachtete eben die erstarkende und durch die Not der Arbeiter geförderte Sozialdemokratie als ein ganz augenfälliges Symptom einer schweren Krise für Staat und Gesellschaft. Am 26. November 1884 bekannte er:

»Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, noch nicht existieren.«

Bismarck fand bei der damaligen geringfügigen Zahl organisierter Sozialdemokraten und Gewerkschaften (im Jahr 1881 waren nur 311 961 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden) vor einer relativ geringen »Gefahr«. Die damalige Wirtschaftskrise selbst bewegte sich im Verhältnis zur heutigen noch in zwerghaften Formen. Und doch war er zu tiefsten Eingriffen in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entschlossen. Heute aber, angesichts einer uferlosen Arbeitslosigkeit der Massen und im strikten Gegensatz zur vielmillionenköpfigen Arbeiterbewegung, macht die Regierung gegen den Wohlfahrtsstaat mobil, tastet sie die Bismarcksche Sozialversicherung an.

Das Kabinett von Papen will eine Regierung aller aufbauwilligen, staatsershaltenden, nationalen Kräfte sein. Eins der wichtigsten nationalen Probleme

Deutschlands war und ist aber die wirtschaftliche Verbindung deutscher Arbeiter mit dem Grund und Boden des deutschen Ostens. Genosse Arthur Schulz, der richtungweisende sozialistische Agrarwissenschaftler und Agrarpolitiker, der im letzten Kriegsjahr starb (ein uneretzlicher Verlust; grade in der Nachkriegszeit hätte er der Arbeiterbewegung wie der Landwirtschaft Deutschlands unschätzbare Dienste leisten können), schrieb im Jahr 1909:

»Das Großgrundeigentum in den östlichen Provinzen Preußens steht auf tönernen Füßen. Hunderttausende seiner Arbeiter, die es einst vom Grundbesitz ausschloß und damit von der mütterlichen Heimat Erde loslöste, sind in früheren Jahrzehnten nach Amerika gewandert, haben sich dort angesiedelt, vermehrt und jene amerikanische Getreidekonkurrenz mitgeschaffen, die den deutschen getreidebauenden Großgrundbesitz seit Jahrzehnten so hart bedrängt.«

Die landflüchtigen eigentumslosen Landproletarier wurden ein ergiebiges Ausbeutungsmaterial der kapitalistischen Großindustrie und trugen so zu der jetzt so verhängnisvollen Überindustrialisierung Deutschlands bei. In die leeren Landarbeiterkaten rückten slawische Wanderarbeiter nach.

Nur mit viel tieferegreifenden sozialreformerischen Mitteln als denen der Regierung Bismarck vor einem halben Jahrhundert könnte, allerdings nur in Verbindung mit einer konstruktiven Wirtschafts- und Außenpolitik, die Regierung von Papen die vernichtende wirtschaftliche und politische Krise Deutschlands beheben. Durch eine schroffe provozierende Form des Ausschlusses der wirklich schöpferischen nationalen Arbeiterelemente verschließt sie sich den Weg zum Aufbau eines politisch und sozial gesunden Deutschlands.

HARRI BADING · DAS AGRARPROBLEM DES DONAUGEBIETS

ZU den wichtigsten kontinentaleuropäischen Problemen, die der Lösung harren, gehört die Wirtschaftsgestaltung des Donaugebiets, das heißt der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Rumäniens, Jugoslawiens und Bulgariens. Wie kann den Wirtschaften dieser Staaten ein Aufschwung gegeben werden, damit dort der Verelendung der bäuerlichen Massen Einhalt getan wird? Über die Notwendigkeit einer schnellen Lösung dieser Frage herrscht völlige Übereinstimmung in Europa: Schon aus der Erkenntnis heraus, daß mit einer Besserung der Lage der agrarischen Bevölkerung dieses Gebiets auch der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Südosteuropa und den Industriestaaten unseres Kontinents gesteigert werden kann, und hierdurch die Möglichkeit besteht den stillliegenden europäischen Industrien neuen Aufschwung zu verleihen. Ein Ausbau der Handelsbeziehungen ist aber nur möglich, wenn die Kaufkraft dieser überwiegend bäuerlichen Gebiete, die durch die Agrarkrise so verheerend heimgesucht sind, gesteigert wird. Die Milderung oder Beseitigung der Wirkungen der Agrarkrise für Südosteuropa hängt nun an der Hilfestellung der europäischen Großmächte. Und hier liegt die Ursache aller Schwierigkeiten, die immer wieder und wieder alle Impulse zur Hilfe für das Donaugebiet erlahmen lassen. Klärung der Sachlage und Erzielung einer Einigung zwischen den widerstrebenden politischen Kräftegruppen muß grade darum jedem dringend notwendig erscheinen, der die Rettung der europäischen Wirtschaft in Maßnahmen sieht, deren Ziel eine Befriedung der europäischen Gegensätze und schließlich eine Kooperation der einzelnen Nationalwirtschaften Kontinentaleuropas ist.

Es war daher lehr zu begrüßen, daß der Deutsch-Französische Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialpolitik während seiner Ostertagung in Luxemburg, neben Fragen wie den deutsch-französischen Zollbeziehungen und dem Verhältnis zwischen Zollpolitik und Transferierungsmöglichkeit, das Agrarproblem und die Wirtschaftskrise Mitteleuropas in den Mittelpunkt seiner Diskussion stellte. Und es war besonders erfreulich, daß die Diskussion gerade dieses außerordentlich wichtigen Problems auch das stärkste positive Ergebnis zeitigte. Wenn zwar an dieser Tagung keine prominenten Staatsmänner oder Interessentenvertreter teilnahmen, sondern jüngere französische und deutsche Volkswirtschaftler und politisch interessierte Akademiker verschiedener Richtung, die lediglich, wenn sie auch in irgendwelchen Organisationen tätig sind, ihre eigne Meinung vertraten, so scheint es doch wertvoll über das zu berichten, was man dort erörterte, und wozu man kam.

Über die Ursachen der Agrarkrise Mittel- und Südosteuropas brauchte nicht lange diskutiert zu werden; hier herrschte völlige Einigkeit. Außer der allgemeinen Weltagrarkrise, die zu dem katastrophalen Niedergang der Preise geführt hat, ist die mitteleuropäische Agrarnot noch auf spezifische Ursachen zurückzuführen. Durch die Friedensverträge wurde die Donaumonarchie in einzelne handelspolitisch durch Zollschranken getrennte Teile zerlegt, so daß von den industriellen Märkten getrennte und noch dazu in sich zerplitterte agrarische Überschußgebiete entstanden. Die Schaffung mehrerer selbständiger, auf ihre Hoheitsausübung sehr bedachter Staaten hat auch die öffentlichen Lasten erheblich gesteigert, wozu noch vielfach die Überbesetzung der Behördenorganisation tritt. Die durchgeführte Agrarreform hat ferner mit der Zerschlagung der Großbetriebe die Produktivität und Exportfähigkeit beeinträchtigt, da die Bauern nicht über genügend Inventar und wirtschaftlich-technische Erfahrung verfügen, zumal die völlig unzulängliche Organisation des Bank- und Agrarkreditwesens, das Fehlen geordneter Beleihungsmöglichkeiten die Bereitstellung von Betriebskapital in notwendigem Ausmaß und zu erträglichen Zinssätzen verhindert, aber zu unsinnig hoher Verschuldung und Auswucherung der Bauern geführt hat. Hierdurch sind die südosteuropäischen Landwirte auf den mittel- und westeuropäischen Märkten durch die überseeischen Getreideproduzenten mit ihrer entwickelten Technik und Absatzorganisation verdrängt worden. Dazu kommt noch, daß in den Ländern mit bisher sehr hohem Einfuhrbedarf im Zug der Entwicklung und infolge des Agrarprotektionismus die eigne Produktion gesteigert ist, was zu einer erheblichen Verringerung der Einfuhrnotwendigkeit geführt hat. Schließlich hat der Wandel der Konsumgewohnheiten, der Rückgang des Brotkonsums, die Lage der Getreide exportierenden Länder erschwert.

Im Gegensatz zu der Erörterung der Ursachen der Agrarkrise wurden die Lösungsmöglichkeiten zunächst scheinbar ganz verschieden beurteilt. Von der Mehrzahl der deutschen Teilnehmer wurde das Absatzproblem, von der französischen Seite dagegen das Kreditproblem als das für die südosteuropäische Agrarkrise zentrale Problem herausgestellt. Die deutsche These wurde damit begründet, daß unmittelbar wirksame Eingriffe lediglich bei den Absatz- und Kreditfragen gegeben seien, da die politischen und betriebsorganisatorischen Tatsachen im besten Fall nur allmählich geändert werden könnten. Die Kreditverförgung sei aber deswegen gegenüber der Schaffung erweiterten Absatzes sekundär, weil bei Mangel an Absatz und daraus resultierenden ungenügenden Betriebseinnahmen eine Kreditgewährung sinnlos und außer-

dem gar nicht zu tragen sei. Dagegen wurde von französischer Seite zwar auch die Schaffung erweiterter Absatzmöglichkeiten als das dringendste Erfordernis bezeichnet, dabei aber, und zwar durchaus mit Recht, betont, daß eine bloße Erweiterung des Absatzfelds unter den gegebenen Verhältnissen auf die Dauer nicht genügen könne. Man müsse gleichzeitig auch die Konkurrenzfähigkeit der südosteuropäischen Landwirtschaft gegenüber der überseeischen verbessern. Der Bauer müsse instand gesetzt werden vollwertige, dem Bedarf der Industrieländer angepaßte Erzeugnisse zu produzieren und dabei seine Produktionskosten so weit herabzusetzen, daß er bei den von der Kaufkraft der Industriebevölkerung bestimmten Preisen noch eine ausreichende Rentabilität erziele. Notwendig sei also eine Entwicklung der Landwirtschaft, die aber nur mittels Kreditgewährung möglich ist. Es ist zweifellos richtig, daß eine anhaltende Verbesserung der Lage der südosteuropäischen Landwirtschaft nicht allein dadurch geschaffen wird, daß ihr einige Tausend Tonnen Getreide mehr abgenommen werden. Will man erreichen, daß der Südosten den Überseeestaaten gegenüber besteht, so ist es unbedingt erforderlich, daß die Erzeugung rationalisiert, die Einführung neuer technischer Methoden in die Landwirtschaft verstärkt, das Transportsystem entwickelt, und der Export planmäßig geregelt wird.

Aus dieser verschiedenen Stellung ergab es sich, daß deutscherseits bei der Erörterung der Frage des Gebiets, in dem das Absatzproblem gelöst werden kann, der Plan einer Zusammenfassung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten in einer Donauföderation abgelehnt wurde. Ein solches Gebilde würde das alte Wirtschaftsgebiet Österreich-Ungarns um ein paar ausgesprochen agrarische Überschußgebiete wie Altrumänien, Bessarabien, Altserbien und Mazedonien erweitern, abgesehen davon, daß die landwirtschaftliche Produktion der ehemaligen Zulußgebiete dieser Gesamtfläche Österreichs und der Tschechoslowakei unter dem Schutz der Zollmauern sich erheblich vergrößert hat. Da eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung in diesen beiden Ländern zugunsten der Verstärkung der Einfuhr aus den südosteuropäischen Staaten des Donaugebiets aus politischen Gründen nicht möglich ist, kann also die Donauföderation nicht in der Lage sein den in ihr erzeugten Überschuß zu verbrauchen. Österreich und die Tschechoslowakei könnten nicht einmal die Agrarüberschüsse Ungarns aufnehmen, so daß auch eine engere Kombination Tschechoslowakei-Österreich-Ungarn keine Aussicht auf eine sinnvolle Lösung biete. Zu einer dauerhaften Lösung könne man nur kommen, wenn es gelingt der erweiterten Produktionsbasis eine gleichgewichtige Absatzbasis zu schaffen. Da Großbritannien seinen Markt zunächst dem britischen Imperium offenhalten will, und Frankreich nur einen verhältnismäßig geringen Einfuhrbedarf hat, käme neben Italien hauptsächlich das Deutsche Reich als Abnehmer der südosteuropäischen Überschüsse in Betracht. Deutschland hätte den stärksten Einfuhrbedarf, so daß ohne dessen Einbeziehung die Absatzschwierigkeiten Südosteuropas nicht gelöst werden können. Auch von französischer Seite wurde betont, daß eine wirtschaftliche Donauföderation, die nur die Nachfolgestaaten umfaßt, in der Tat zwecklos sei; ohne Einbeziehung Deutschlands sei eine wirtschaftlich befriedigende Lösung des ganzen Problems nicht zu finden. Aber es wurde gleichzeitig, und dagegen läßt sich ja schwer etwas einwenden, die Forderung aufgestellt, daß auch Frankreich, schon im Hinblick auf seine starken Kreditbeziehungen zu Südosteuropa, unbedingt miteinbezogen werden müsse.

Aus diesen Gründen genügte den Franzosen auch nicht der von Deutschland eingeschlagene Weg, der mit den mit Rumänien und Ungarn abgeschlossenen Präferenzverträgen beschriftet ist. Die Beseitigung der Abblatznot durch Präferenzen mit einzelnen Staaten war von deutscher Seite als beste Lösung bezeichnet worden, weil das theoretisch günstigste Mittel: die Zollunion zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten, wegen der zu erwartenden und nach langen Verhandlungen vielleicht zu überwindenden wirtschaftspolitischen Widerstände praktisch zunächst ausscheiden mußte, ganz abgesehen davon, daß auch politische und völkerrechtliche Bedenken der Schließung einer Zollunion heute noch entgegenstünden. Demgegenüber könnten Präferenzverträge verhältnismäßig rasch in die Tat umgesetzt werden, zumal wenn man darauf verzichtet sofort ein multilaterales Präferenzsystem errichten zu wollen und sich auf bilaterale Präferenzen beschränkt. Auch würden solche vereinzelt Ausnahmen von der Meistbegünstigung im allgemeinen auf wesentlich geringere Widerstände stoßen als ein Präferenzsystem (welche Ansicht freilich durch die gegen das Inkrafttreten der Präferenzverträge zwischen Deutschland auf der einen, Rumänien und Ungarn auf der andern Seite erhobenen Einsprüche meistbegünstigter Länder bisher jedenfalls nicht bestätigt worden ist). Die Lösung der Abblatzfrage durch Präferenzen wurde aber nicht nur von französischer Seite sondern auch von einigen deutschen Teilnehmern lediglich als Notlösung angesehen. Denn auch dann seien, um eine genügend intensive Beeinflussung von Erzeugung und Abblatz zu erreichen, die Bildung und Einschaltung staatlicher Exportorganisationen unerlässlich. Die Abblatzorganisation muß auf jeden Fall ausgebaut werden, weil man in den Zulufgebieten, zum Beispiel Deutschland, dazu übergegangen ist Getreide nur noch in abgegrenzten Mengen, die je nach dem Ausfall der inländischen Ernte verschieden hoch festgesetzt werden, hineinzulassen und Lieferungsverträge über diese Getreidemengen durch staatliche oder halbstaatliche Organisationen abzuschließen. Solche Lieferungsverträge über verhältnismäßig große Warenmengen können aber auf der Angebotsseite nicht vom privaten Handel durchgeführt werden. Die Errichtung derartiger Organisationen und die Ermöglichung ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber den kreditstarken überseeischen Abblatzorganisationen ist selbstverständlich ohne Kredithilfe unmöglich. Es ist daher durchaus richtig, daß von französischer Seite eine Kreditgewährung für unumgänglich nötig gehalten wurde, die natürlich nicht aufs Geratewohl erfolgen dürfe sondern nur für solche Verbesserungen vorzunehmen sei, die die Erzeugung qualitativ auf den vorhandenen Bedarf ausrichte. Darum ist eine Planmäßigkeit der Kreditgewährung notwendig, die wiederum nur in einer planmäßigen Europawirtschaft, einer *économie dirigée européenne*, stehen müsse.

Die Notwendigkeit einer planmäßigen Kreditgewährung ergibt sich aus folgendem: Die deutsche Getreideproduktion hat sich in den letzten Jahren nicht unbedeutend verstärkt und deckt infolge des verringerten Brotkonsums in steigendem Maß den Bedarf. Die Weizeneinfuhr betrug im Durchschnitt der 3 letzten Wirtschaftsjahre 1,65 Millionen Tonnen, im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1927 dagegen 2,7 Millionen Tonnen; im laufenden Erntejahr sind sogar von August 1931 bis Mai 1932 nur 606 000 Tonnen eingeführt worden. Es besteht also geringe Aussicht, daß Ungarn und Rumänien noch sehr viel Weizen nach Deutschland verkaufen können, denn eine Steigerung der deutschen Ernte um 600- bis 800 000 Tonnen und damit die Erreichung der völligen Selbstversorgung mit Weizen ist keine Utopie mehr. Bei Futter-

getreide liegen die Exportausichten Südosteuropas etwas günstiger. Der Einfuhrbedarf Deutschlands betrug im Durchschnitt der 3 letzten Jahre 2,5 Millionen Tonnen. In diesem Erntejahr sind aber bis Mai auch nur noch 1,19 Millionen Tonnen eingeführt worden, während der gesamte Futtergetreideüberschuß der Donaufstaaten 2,5 bis 3,0 Millionen Tonnen beträgt. Die Erörterung der Frage der Umstellung der südosteuropäischen Landwirtschaft ist daher durchaus aktuell, und es war sehr gut, daß diese Frage auf der Luxemburger Tagung, wenn auch vielleicht nicht ganz ausreichend, zur Sprache kam. Es wurde dargelegt, daß in der für den Getreidebau besonders geeigneten ungarischen und rumänischen Tiefebene die Getreideproduktion erhalten bleiben müsse, und zwar, zur Ermäßigung der Produktionskosten, in Form des Großbetriebs. Es ergebe sich also für Rumänien die Aufgabe eine Zusammenfassung der Bauernbetriebe in irgendeiner Art durchzuführen. Weiterhin sei eine Ausweitung des Exports an Schweinespeck und -schmalz aus Ungarn und Jugoslawien nach Deutschland möglich. Bisher wurden diese Erzeugnisse hauptsächlich aus Amerika bezogen; ein Ersatz dieser Einfuhr durch Mehrerzeugung im Inland ist aber gar nicht wünschenswert, weil das fette Fleisch der Schmalz- und Speckschweine nur zu geringen Preisen verwertet werden kann. Schließlich besteht auch noch die Möglichkeit die Produktion an eiweißreichen Hülsenfrüchten, wie der Sojabohne, im Donaugebiet auszubauen, so daß die notwendige Bedarfsdeckung an Eiweiß innerhalb der kontinentaleuropäischen Landwirtschaft erfolgen kann. Da also aus der Bedarfslage die Notwendigkeit der Umstellung der südosteuropäischen Landwirtschaft hervorgeht, ist es zweifellos richtig, daß die Bedeutung des Kreditproblems, das ohne Frankreich nicht gelöst werden kann, nicht unterschätzt werden darf. Und so wurde von französischer Seite zum Schluß der Diskussion folgerichtig festgestellt, daß man übereinstimmend eine Lösung des mitteleuropäischen Problems ohne deutsch-französische Zusammenarbeit, das heißt in diesem Fall ohne Gewährung von Absatz und Kredit, für unmöglich halte.

Eine wirtschaftliche Einigung ist aber ohne die Lösung der politischen Probleme nicht herzustellen. Die Verwirklichung der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion Südosteuropas, ihre Anpassung an Markt und Standort ist an politische Voraussetzungen gebunden, die heute noch fehlen. Diese Erkenntnis war in Luxemburg sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite vorhanden. Die Feststellung, daß jede wirtschaftliche Lösung auf weite Sicht eine neue politische Willensrichtung und neue politische Formen voraussetze, war deshalb durchaus richtig. Der von Frankreich vorgelegte Donauplan muß daher trotz den ihm naturgemäß noch anhaftenden Mängeln, die auch von französischer Seite zugegeben wurden, in diesem Sinn gewertet werden. Von diesen Mängeln befreit und konstruktiv ausgestaltet, bildet er einen Teil des von Aristide Briand der öffentlichen Diskussion vorgelegten Europaplans. Geht man im Geiste europäischer Solidarität an die Beseitigung der Agrarnot im Donaugebiet, so führt der Weg schließlich zum Vereinigten Europäischen Kontinent. Auch die deutsche Not führt dahin, und so ist das Donauproblem auch ein deutsches Problem. Wird die deutsche Regierung von dieser Erkenntnis geleitet, so wird sie wohl danach trachten den Donauplan (der von Frankreich keineswegs fallen gelassen ist) auszubauen, aber sich nicht mehr in eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Lösung des Donauprobblems in gemeinsamer Arbeit mit Frankreich hineinmanövrieren lassen.

HERMAN KRANOLD · EMPIRESOZIALISMUS UND WELTSOZIALISMUS



GENOSSE Lord Sydney Olivier stellt aus Anlaß meines Artikels über das Ende des britischen Freihandels seine Ansichten über das Weltzuckerproblem und über den ideologischen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Schutzzöllen noch einmal dar¹. Er tut dies mit einer gradezu musterhaften Reinlichkeit und Deutlichkeit, gleichzeitig aber nichts übertreibend sondern mit allen erforderlichen Vorbehalten und Einschränkungen des Bereichs der beanspruchten Geltung eines Urteils. Für die deutschen Sozialisten ist der Aufsatz außerordentlich lehrreich: als Beitrag zur Kenntnis der Ideenlage im britischen Sozialismus; um so mehr lohnt es sich unsere Auffassung danebenzustellen.

Zunächst zur Zuckerfrage. Olivier spricht in seinem Aufsatz nur von dem Zustand, der in der Zuckerwirtschaft der Welt durch das Zusammenwirken des Finanzkapitalismus mit der ihm unterworfenen Wirtschafts- und Handelspolitik der kapitalistischen Regierungen entstanden ist. So weit wie diese Schilderung geht, wird man sie nicht bestreiten können. Schon vor dem Krieg bestand in der Welt eine außerordentlich reichliche Zuckerproduktion. Schon damals hatten die Regierungen der Zucker im Überfluß über den einheimischen Bedarf produzierenden Länder zur Förderung des Absatzes Ausfuhrprämien eingeführt; dadurch war schließlich eine solche Desorganisation des Weltmarkts in Zucker herbeigeführt, daß in der Brüsseler Zuckerkonvention von 1902 die Überzahl der Zucker exportierenden Länder sich verabredete mit dieser Politik Schluß zu machen². So wurde der Zuckerlibventionismus bis zum Kriegsausbruch in Grenzen gehalten. Die Zuckerproduktion neigte aber dauernd zum Übermaß, da die Regelung nicht alle Länder umfaßte, insbesondere Rußland ihr fernblieb, der Zuckerrübenanbau wegen seiner agrartechnischen Vorzüge eine Ausdehnungstendenz aufwies, und der Anbau sowohl der Zuckerrübe wie des Zuckerrohrs im Zeichen zunehmender Erträge bei intensiverer Wirtschaft stand. Durch den Krieg wurden aus der Weltverförgung die Hauptländer des Zuckerrübenanbaus: Deutschland, Österröich-Ungarn und Rußland, ausgeschaltet. Die Folge war bei den nicht blockierten Mächten starker Mangel an Zucker für Ernährungszwecke und im fernern Verlauf des Kriegs in völlig unerwarteter Weise auch für gewisse Munitionsfabrikationen. So gewann der Zuckerrohranbau in der kolonialen Welt einen gewaltigen Preisanreiz zur Ausdehnung der Anbauflächen und zur Intensivierung der Produktion. Als die Welt aus dem Krieg wieder auftauchte, stand die Produktion von Rübenzucker weit im Hintergrund. In der Kampagne 1913-1914 waren 55 % des Weltzucker verbrauchs vom Rohr und 45 % von der Rübe beliefert worden. 1919-1920 dagegen lieferte das Zuckerrohr 80 %, die

1) Siehe *Olivier* Eine sozialistische Kritik der Zuckerwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1932 I Seite 505. Für die ganze Erörterung sind als Material aus der schriftstellerischen Tätigkeit Oliviers heranzuziehen seine Bücher *White Capital and Coloured Labour*, neue Ausgabe /London 1929/ und *The Anatomy of African Misery* /London 1927/ sowie *Report of the West Indian Sugar Commission* /London 1930/. Dazu gehören meine beiden Aufsätze *Sydney Oliviers Vermächtnis* und *Das Ende der Freihandelsära*, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 II Seite 1230 und 1932 I Seite 409. Der weiterhin zitierte Aufsatz Oliviers aus den Schriften der Fabiergesellschaft ist zu finden in *Fabian Essays in Socialism*, neue Ausgabe /London 1920/ Seite 102.

2) Siehe hierzu vornehmlich *Schippel*, außer vielen Aufsätzen, vor allem die Bücher *Grundzüge der Handelspolitik* /Berlin 1902/ und *Zuckerproduktion und Zuckerprämien bis zur Brüsseler Konvention 1902* /Stuttgart 1903/; ferner *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* II und VIII /Berlin 1924 und 1928/ die Artikel *Ausfuhrprämien* und *Ausfuhrvergütungen* und *Zuckersteuer* (Verbrauchssteuer und Zuckerzoll).

Rübe 20 % des in der Welt verbrauchten Zuckers, und im ganzen war der Weltverbrauch im ersten Jahr nach dem Krieg kaum kleiner als im letzten Jahr vor ihm. In den folgenden Jahren erlebte nun die Rübenzuckerproduktion eine riefige Wiederausdehnung. Von 1919-1920 bis 1924-1925 stieg die Erzeugung von Rübenzucker von 3,3 auf 8,3 Millionen Tonnen. Gleichzeitig nahm aber die Rohrzuckererzeugung ebenfalls weiter zu, dergestalt, daß sich trotz einer Ausdehnung des Zuckerverbrauchs eine schnell zunehmende Überproduktion zeigte. 1923-1924 war die gesamte Zuckererzeugung 21,4 Millionen Tonnen gewesen, und verbraucht worden waren 21,2 Millionen Tonnen. 1929-1930 war die Erzeugung auf 28,2 Millionen Tonnen gestiegen, der Konsum aber nur auf 27 Millionen, und im Dezember 1929 drückte ein zu den schon damals sehr niedrigen Weltmarktpreisen unverkaufter Vorrat von mehr als 5 Millionen Tonnen auf den Markt.

Diese Gestaltung des Weltmarkts war durch allgemeine Rückkehr der Zuckerüberschüsse produzierenden Länder zum Exportprotektionismus herbeigeführt worden. Wenn vom Weltmarkt für Zucker gesprochen wird, muß nämlich hinzugefügt werden, daß die Länder, die Zucker frei hineinlassen, und in denen infolgedessen bloß die sogenannten Weltmarktpreise (eventuell zuzüglich einer rein fiskalischen Zuckerverbrauchssteuer) vom Konsumenten wirklich bezahlt werden, ein sehr kleiner Teil der wirklichen Welt sind. Alle Länder, die Zuckerüberschüsse erzeugen, haben sich gegen Zuckereinfuhr abgsperrt, zum Beispiel die meisten Gebiete des europäischen Festlands, Indien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Dann haben die Vereinigten Staaten und einige andere Länder für Zucker bestimmter Herkunft Einfuhrvergünstigungen gewährt. Es sind namentlich 3 Gebiete, die die Stellung von Kolonien der Vereinigten Staaten innehaben: Portorico, Hawaii und die Philippinen. Aus ihnen wird Zucker zollfrei nach den Vereinigten Staaten hereingelassen, die importierte Menge ist von 1919-1924 auf 1924-1929 im Fünfjahrsdurchschnitt um 58 % gestiegen. Auf den Philippinen hielt die Steigerung dieses zollfreien Absatzes mit der Steigerung der Erzeugung überhaupt nicht einmal ganz Schritt; ihre Zuckerproduzenten erscheinen also auf dem "freien Weltmarkt" mit einer weit größern Menge als früher. Das selbe gilt von Cuba, dem größten Zuckerproduktionsland der Welt. Cuba hat allerdings auch einen Zollvorzug in den Vereinigten Staaten, aber im Gegensatz zu den vorgenannten 3 Gebieten keine Zollfreiheit. Infolgedessen wurde ein Teil des bis dahin in den Vereinigten Staaten abgesetzten Zuckers cubanischer Herkunft aus dem bisherigen Markt verdrängt, so daß in dem angegebenen Fünfjahrsdurchschnitt die Zuckerproduktion Cubas nur um 22 % zunahm, der Teil seiner Produktion aber, der sich auf die freien Märkte ergoß, gleichzeitig um 57 % stieg.

In den letzten Wochen ging eine Erörterung durch die Presse, in der (im Stil jener Naivitäten, die uns eine Woche lang als Welthandelswoche in Berlin ferveriert wurden) dargelegt wurde, wie gemein der deutsche Zuckerkonsument ausgebeutet werde. In Deutschland kostete dank der deutschen Zollpolitik Zucker für den Zentner 32 Mark, während der selbe Zucker tschechoslowakischer Herkunft im Hamburger Freihafen mit 6 Mark für den Zentner gehandelt würde; 5½ mal den Weltmarktpreis müßten also die deutschen Zucker- verbraucher bezahlen, und der Unterschied sei eine Liebesgabe an die Zucker- rüben bauenden deutschen Großagrarien. Nun steckt zunächst einmal in jenem Zentnerpreis die deutsche Zuckersteuer, die der Staatskasse im Betriebsjahr

1929-1930 159 Millionen Mark lieferte und natürlich, wie andere inländische Verbrauchssteuern, mit dem ganzen Problem des Protektionismus nichts zu tun hat; netto beträgt der innerdeutsche Zuckerpreis nur noch etwa 20 Mark pro Zentner. Es ist nun ganz unfönnig diesen Preis mit dem Dumpingpreis zu vergleichen, zu dem die Tschechen ihre im Hamburger Freihafen lagernden Zuckerüberschußmengen loszuwerden versuchen. Sie können das nur, weil eben auch die Tschechoslowakei große Zuckerausfuhrprämien zahlt. Tatsächlich kostet Zucker in der Tschechoslowakei selbst netto Steuer sogar etwas mehr als in Deutschland, nämlich, wie Fritz Baade neulich mitteilte, zurzeit etwa 23 Mark für 50 Kilogramm. Diese Zahlen stimmen auch in sehr viel besserer Weise mit den Gelftehungskosten. Zur Gewinnung eines Zentners Zucker sind von deutschen Rüben, die ja einen besonders hohen Zuckergehalt aufweisen, etwa 8 Zentner erforderlich, und die Verarbeitung eines Zentners Rüben zu Zucker kostet in Deutschland im rohen Durchschnitt etwa 1 Mark, so daß also auf den Zentner fertigen Zuckers allein etwa 8 Mark Fabrikationskosten entfallen, zu denen dann noch der Kaufpreis für die Zuckerrüben tritt, der natürlich auch eine ganze Menge ausmacht. Dazu tritt im Fall der Tschechoslowakei noch die Fracht bis Hamburg. Da die Tschechen auch nicht zaubern können, ihre durchschnittlichen Kosten nicht viel anders sein werden als die Kosten der Rübenzuckererzeugung in Deutschland, geht daraus hervor, daß der im Freihafen Hamburg geforderte Preis nicht einmal die Fabrikationskosten voll deckt und für Fracht und Rübeneinkauf überhaupt nichts übrig läßt. Wenn Deutschland seine Rübenfelder und Zuckerfabriken zu opfern und seine dort beschäftigten Arbeiter auf die Straße zu jagen bereit wäre, hätte es gewiß zunächst einmal kurze Zeit das Vergnügen den Weltmarktzucker sehr billig zu bekommen, nämlich augenblicklich brutto Steuer etwa für 18 bis 19 Mark den Zentner. Aber es würde gleichzeitig im Lauf von 1 oder 2 Jahren den Weltmarkt in Zucker völlig umwälzen. Deutschlands Zuckererzeugung machte 1930-1931 2,5 Millionen Tonnen Rohzucker aus, das heißt das Doppelte des Überschusses der Welterzeugung über den Weltverbrauch. Die Marktlage würde sich also vollkommen umkehren, und Deutschland würde auf die Dauer gewiß nicht zu 6 Mark sondern zum Doppelten und Dreifachen des augenblicklichen Weltmarktpreises bedient werden; die dauernd zu erwartende Verbilligung des Zuckers in Deutschland würde für den Arbeiterhaushalt überhaupt kaum noch fühlbar sein und für das Pfund wahrscheinlich in einem Bruchteil eines Pfennigs sich ausdrücken. Nun ist der Zuckerverbrauch in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 1929-1930 23,2 Kilo gewesen. Für die 4köpfige Familie errechnet sich (selbst wenn man annimmt, daß der Arbeiter im Verbrauch den vollen Köpfdurchschnitt erreicht) der Jahresverbrauch also auf 93 Kilo. Nimmt man selbst an, daß auf die Dauer die freie Zuckereinfuhr nach Deutschland eine Verbilligung um eine volle Mark für den Zentner bringen würde, so würde diese Arbeiterfamilie im Jahr 1,86 Mark sparen. Und dafür wäre wieder ein viele Tausende von Arbeitskräften beschäftigender Wirtschaftszweig glücklich totgeschlagen.

Eine Frage für sich freilich ist es, ob nicht eine allmähliche Einschränkung des Zuckerrübenbaus in Europa auf das zur Zuckerautarkie ausreichende Maß angestrebt werden sollte. Auf längere Frist beurteilt, dürfte in der Tat die richtige Politik darin liegen, daß unser Kontinent sich auf dasjenige Maß von Zuckerrübenbau beschränkt, das zur Deckung des europäischen Zuckerbedarfs ausreicht; das Zuckerdumping Europas wird aller Voraussicht nach

mit dem Fortschreiten der Zeit eine immer kostspieligere und hoffnungslosere Sache werden. Grade hier aber kann eine sinnvolle Regelung offenbar erst beginnen, wenn eine kontinentale europäische Vereinbarung möglich ist. Es hat kaum Sinn, wenn das eine oder andere europäische Land auf eigne Faust seinen Zuckerrübenbau einschränkt, und dadurch nur die anderen, diese Taktik nicht mitmachenden europäischen Länder weitem Spielraum für sich gewinnen³. An sich sind heute zum Beispiel Deutschland und die Tschechoslowakei in der Zuckererzeugung über die Erfüllung der Autarkieforderung längst hinaus. Volkswirtschaftlich rechtfertigt sich das Zuckerdumping dieser Länder aus Erwägungen aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Außenhandelsbilanz und der landwirtschaftlichen Anbautechnik. Diese Vorteile zu opfern kann für das einzelne Land Europas nur dann Interesse haben, wenn dafür die Vorteile einer einheitlichen Zuckerwirtschaft im Vereinigten Europäischen Kontinent eingetauscht werden. Auch die Betrachtung dieser Frage führt also wieder mit zwingender Notwendigkeit zu der Forderung eines Wirtschaftsbunds der Staaten Kontinentaleuropas.

UNSERE Analyse der heutigen Produktions- und Absatzverhältnisse in der Weltzuckerwirtschaft führt also auf die Bejahung der Frage nach der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von protektionistischen Maßregeln zugunsten der Zuckererzeugung in den Überschußländern, namentlich auch in Europa, und dann zu der Einsicht, daß der Umfang dieses Schutzes in denjenigen Zuckererzeugungsländern, in denen nur die Rübe, nicht das Rohr angebaut werden kann, allmählich mindestens auf das Maß eingeschränkt werden sollte, das zur Aufrechterhaltung einer Zuckerproduktion genügt, die den einheimischen Bedarf an Zucker grade oder beinahe deckt.

Will man die Frage vom Standpunkt der englischen Arbeiterklasse beurteilen, so muß man noch 2 weiteren Umständen Rechnung tragen. Das britische Mutterland produziert nämlich heute nur in ganz untergeordnetem Umfang Zucker, seine Zuckerverforgung erfolgt heute so gut wie ausschließlich aus Übersee, und die britischkoloniale Produktion genügt dazu in ihrem heutigen Umfang nicht voll, es muß Rohrzucker (oder Rübenzucker) andern Ursprungs mit herangezogen werden, wenn die Bevölkerung der britischen Inseln weiterhin Zucker in den bisher gewohnten Mengen konsumieren soll. Olivier lehnt nun den Versuch eine Zuckerrübenproduktion auf den britischen Inseln aufzubauen und zu diesem Zweck Schutzmaßregeln durchzuführen vollkommen ab. Hierin wird man ihm unter allen Umständen recht geben müssen. Auch wenn man eine gewisse Reagrarisierung der britischen Landwirtschaft in nächster Zukunft für nötig hält, wird man doch als Mittel dazu die Entwicklung solcher Zweige und Formen der Landwirtschaft vorziehen, die gleichzeitig eine möglichst starke und eine möglichst gleichmäßig über die Zeit verteilte Beanspruchung des Arbeitsmarkts mit sich bringen, das heißt Vieh- und Geflügelzucht, Obstbau und gärtnerische Kulturen nach Möglichkeit bevorzugen. Die Frage nach britischem Zuckerprotektionismus schrumpft also, vom Standpunkt des Arbeiterinteresses, sofort und endgültig auf die Frage zusammen, ob im britischen Europa zugunsten der Zuckerwirtschaft der außer-

3) So hat sich während der Beschränkung des Kautschukzapfens in Britisch Malaya auf Grund des Stevensonplans nur das nicht mitspielende Niederländisch Indonisien auf dem Weltmarkt dieses Rohstoffes breit machen können. Man darf gespannt sein, welches Land sich als der Valorisationsgewinner des Chadburneplans erweisen wird.

europäischen Verlängerungen des britischen Wirtschaftskörpers protektionistische Maßnahmen durchgeführt werden sollen, die unter Umständen periodenweise der Masse der britischen Zuckerverbraucher Preisopfer auferlegen. Schon bisher genießen die zuckerbauenden Kronkolonien des Britischen Reichs für ihre Einfuhr in das Mutterland einen Rabatt auf den Zoll, den die anderen zuckereinführenden Gebiete sich gefallen lassen müssen. Oliviers Antrag ging dahin diesen Zollvorzug des kronkolonialen Zuckers so lange zu vergrößern, bis ein von ihm angegebener Mindestpreis dem westindischen Zuckerrohrfarmer zufiel; ein Mindestpreis, von dem er mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit bewiesen hat, daß er notwendig und hinreichend sei, um die gegenwärtige Zuckerproduktion dort aufrechtzuerhalten. Vom sozialistischen Standpunkt interessant ist dabei die entschiedene Zurückweisung jener Nichts-als-Konfumenten-Politik, in der die Arbeiterpartei, in diesem Punkt völlig in der geistigen Führung durch Philip Viscount Snowden of Ickornshaw befangen, auch verfrickt geblieben ist, nachdem Snowden ihr den Rücken gewandt hatte und einer der Mitbegründer der gegenwärtigen Koalitionsregierung geworden war. Olivier betont noch einmal nachdrücklich, daß es sich bei seinem Versuch Zollschutz für den kolonialen Zucker im britischen Mutterland zu schaffen um einen Akt der Solidarität des Proletariats der britischen Inseln in Europa mit dem Proletariat der britischen Inseln in Westindien handelt.

Es muß Bewunderung erwecken, in welchem Umfang Sydney Olivier es verstanden hat sich von nach dem Geschmack des Sozialisten allzu bequemen Gewohnheiten des Denkens und Fühlens frei zu machen, die im britischen Volk zwar den guten Ton bei allen politischen Entwicklungen geschützt, der Sache des Sozialismus aber nicht immer genützt haben. Gleichwohl tritt auch bei ihm die Bindung an charakteristische britische Tendenzen an unerwarteten Stellen mit elementarer Gewalt zutage und lehrt uns, in welchem Umfang die 70 Jahre lang erlebte Umwelt den Charakter selbst starker Naturen mitzuformen vermag. In meinem Referat über Oliviers großes Buch *White Capital and Coloured Labour*, das Standardwerk der internationalen sozialistischen Kolonialliteratur, zeigte ich als Beispiel dieser britischen Gebundenheit Oliviers Glauben an die Legende von der menschlichen Vergangenheit des britischen Kolonialwesens. Eine Spur der selben Bindung (die nur derjenige als hochmütig tadeln wird, der sich fälschlich selbst frei von ihr glaubt) vermeine ich auch in einer Hilfskonstruktion zu erblicken, deren sich Olivier bedient, um seine schutzzöllnerische Haltung in der Zuckerfrage zu rechtfertigen. Er unterscheidet »legitime« und »illegitime« Protektion. Legitime Protektion ist nach ihm eine Verteidigung von Arbeiterinteressen gegen die zeretzenden Wirkungen kapitalistischer Operationen; illegitim erscheint ihm jede protektionistische Maßnahme des Fiskus, die »bestimmt ist zum Vorteil von Kapitalisten eine unwirtschaftliche Form der Industrie zu fördern und zu erhalten«. Diese Hilfskonstruktion ist nicht sehr haltbar. Der Bereich aller Erscheinungen, die das Objekt protektionistischer Maßnahmen werden können, ist nämlich durch die von Olivier gegebene Einteilung nicht ausgeschöpft. Neben »legitemem« und »illegitemem« Protektionismus enthält nämlich auch der Begriff eines Protektionismus keinen Widerspruch, der weder »Verteidigung gegen Dumping« noch »bestimmt ist zum Vorteil von Kapitalisten eine unwirtschaftliche Form der Industrie zu fördern und zu erhalten«. Man kann zum Beispiel nicht sagen, daß der Schutz der deutschen

Landwirtschaft gegen die Einfuhr überbilligen überfeeifchen Getreides ein Schutz gegen Dumping sei, denn der canadische Farmer bietet seinen Weizen in Europa um keinen Pfennig billiger an als er unbedingt muß, wenn er ihn verkaufen will, und er finanziert diesen Export auch weder durch Erzwingung menschenunwürdiger Schwitzlöhne noch durch Ausfuhrprämien oder ähnliches; man kann diesen Zollschutz auch nicht eine fiskalische Maßnahme nennen, die eine unwirtschaftliche Art landwirtschaftlicher Betätigung in Deutschland zum Vorteil irgendwelcher Kapitalisten fördern und erhalten soll. Der deutsche Weizenbau ist weder unwirtschaftlich, noch sind an ihm überwiegend Kapitalisten interessiert. Diese Einteilung in legitimen und illegitimen Protektionismus ist also schon wegen ihrer Unvollständigkeit unbrauchbar. Um sie zu benutzen, wendet Olivier noch eine weitere Hilfskonstruktion an. Er sieht sich nämlich einem weiteren methodischen Mangel seiner Einteilung gegenüber: Die beiden durch sie geschaffenen Kategorien überschneiden sich nämlich auch noch. Es liegt nichts Widersprechendes im Begriff einer protektionistischen Maßnahme, die zwar eine Verteidigung gegen Dumping darstellt, gleichzeitig aber zum Vorteil von Kapitalisten eine unwirtschaftliche Form der Industrie fördert und erhält. Um darzutun, daß es sich um Verteidigung gegen Dumping handelt, braucht man nur auf die von Olivier mitgeteilten Tatsachen über die Forcierung zum Beispiel der cubanischen Zuckerausfuhr zurückzugreifen. Schwieriger aber ist es andere mit Britisch Westindien konkurrierende Zuckerausfuhr in den Begriff des Dumping einzuordnen. Es ist zwar richtig, daß die Löhne in der javanischen Zuckergewinnung weit unter den britischwestindischen Zuckerlöhnen liegen. Aber sind sie deswegen Schwitzlöhne? Ist, weil sie bestehen, die javanische Zuckerausfuhr mit ihren niedrigen Preisforderungen auf der Basis dieser niedrigen Löhne ein Dumping? Ich will gar nicht erst davon sprechen, daß die niedrige Preisstellung für Javazucker zweifellos nur zum Teil auf den niedrigen Löhnen, zum großen Teil aber auf dem riesigen Vorsprung Javas in der Produktivität der Zuckerwirtschaft beruht. Worin aber soll für den javanischen Lohn der Charakter des Schwitzlohns begründet sein? Solange man sucht, man findet schließlich nur die eine Antwort: Er ist ein Schwitzlohn, weil er niedriger ist als der Lohn, der im gleichen Produktionszweig in den konkurrierenden britischen Gebieten gezahlt wird. Daß dies kein sozialistischer Standpunkt ist, scheint mir klar.

Olivier wendet schließlich noch eine Hilfskonstruktion an. Die Legitimität der von ihm vorgeschlagenen protektionistischen Maßnahmen begründet er nämlich, ganz unabhängig von seiner Unterscheidung von legitimem und illegitimem Protektionismus, mit der Behauptung, daß, wenn seine Vorschläge durchgeführt werden, die britischen Hausfrauen keinen höhern Zuckerpreis bezahlen müssen als sie zu bezahlen hätten, wenn in der ganzen Welt Zuckereinfuhr hergestellt werden würde. Einen Beweis hierfür vermag ich nicht zu entdecken. Bewiesen hat Olivier etwas anderes: nämlich, daß in Ausführung seiner Vorschläge die britische Hausfrau den Zuckerpreis bezahlt, der notwendig ist, um das Weiterbestehen der Zuckerproduktion in Britisch Westindien bei Aufrechterhaltung der jetzt dort gezahlten Löhne und bei Weiterbeschäftigung der jetzt dort in der Zuckerwirtschaft tätigen Arbeitskräfte zu sichern. Dagegen spricht alles, was wir über den natürlichen und technischen Vorsprung zum Beispiel Javas und Cubas in der Zuckererzeugung vor Britisch Westindien wissen, dafür, daß bei Herstellung des Weltfreihan-

dels in Zucker ebenso wie der Großteil der europäischen Rübenzuckerindustrie auch erhebliche, in den natürlichen und technischen Faktoren weniger begünstigte Teile der Zuckerrohrproduktion und darunter auch der Hauptteil dieser Produktion auf den britischen Inseln im Karibischen Meer von den stärkeren Konkurrenten aus dem Weltmarkt verdrängt und totgelegt würde.

Um den vom Standpunkt des Sozialisten gerechtfertigten von dem von diesem Standpunkt aus ungerechtfertigten Protektionismus zu unterscheiden, müssen wir also nach anderen Merkmalen der Abgrenzung suchen. Diese Arbeit ist in den Sozialistischen Monatsheften in vielen Untersuchungen geleistet worden; zuletzt von mir zu Beginn dieses Jahres⁴. Es ist also nicht nötig diese Auffassung heute wieder in extenso zu entwickeln. Um sie auf eine kurze Formel zu bringen: Eine protektionistische Maßnahme ist danach zu beurteilen, ob sie ein taugliches Mittel zu einem vom Standpunkt des Sozialismus legitimen Zwecke ist. Dieser legitimen Zwecke gibt es sehr viele, zu ihrer Legitimität ist aber in allen Fällen erforderlich, daß sie mit der sozialistischen Forderung der Erhaltung und Förderung der produktiven Kräfte des menschlichen Wirtschaftswesens vereinbar sein müssen. Wendet man diese Formel an, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die von Olivier vorgeschlagenen protektionistischen Maßnahmen zugunsten des kolonialbritischen Zuckers berechtigt sind. Gleichzeitig aber gewinnt man einen Standpunkt, der nicht im Bereich des britischimperialen Labourismus befangen bleibt sondern tauglich ist zur Anwendung unter dem Gesichtspunkt der internationalen Einheit der Interessen und Bestrebungen der sozialistisch orientierten Vorhut der Arbeiterklasse der Welt.

MAN wird Sydney Olivier zu jenen Staatsmännern des britischen Reichs rechnen dürfen, die, wie seit Joseph Chamberlain auch die hervorragendsten Köpfe im konservativ-imperialistischen Lager, als selbstverständliches Seitenstück zu der Vereinheitlichung des britischen Weltwirtschaftsreichs auch die wirtschaftliche Einigung des kontinentalen Europas erwarten und begrüßen. In seinem Aufsatz kommt dies in charakteristischer Weise zum Ausdruck, nämlich in dem Schlußsatz, in dem er wünscht, daß das Eintreten der britischen Sozialisten für die Interessen der britisch-westindischen Zuckerarbeiter, auch auf Kosten der Haushaltsrechnung der mutterländischen Arbeiter, den Arbeitern der anderen Länder eine Lehre sein solle sich um ihre eignen Probleme zu kümmern. Denn diese Wendung ist doch sicherlich nicht in dem Sinn zu verstehen, daß Olivier den europäischen Arbeitern sagen will, sie sollten ihre Nase nicht in englische Angelegenheiten stecken, sondern in dem Sinn, daß er ihnen zuruft: So gehet hin und tuet desgleichen! Deshalb sind nun der Betrachtung noch einige abschließende Nutzenwendungen auf die deutschen Verhältnisse und auf die Wirtschaftspolitik der deutschen Arbeiterklasse hinzuzufügen.

»Wenn die Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens so sind, daß der einzelne ausgestoßen werden kann, auch wenn er nicht selbst für das Zusammenarbeiten ungeeignet ist, oder geboren werden kann ohne eine Chance solche Eignung zu erwerben, so stehen wir wieder den Verhältnissen der Urzeiten von Angesicht zu Angesicht gegenüber.« Mit diesem Satz leitete 1890 Sydney Olivier den Schlußabschnitt seines Beitrags zu jenen Fabischen Abhandlungen

4) Siehe *Kranold* Der Schutzzoll im sozialistischen System, Autarkie, in den Sozialistischen Monatsheften 1932 I Seite 33, 114.

über Sozialismus ein, die in die Geistesgeschichte der sozialistischen Bewegung einen tiefen Einschnitt gemacht haben. Dieser Satz kann auch an die Spitze einer Darstellung der jüngsten Agrarpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt werden. Wir haben heute, von ganz unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, einen so vollständigen und gleichzeitig einen so elastischen Zollschutz aller landwirtschaftlichen Produktionszweige in Deutschland, daß die Ziele eines Schutzes der landwirtschaftlichen Erzeugung, soweit sie überhaupt mit dem Mittel des Zolls erreicht werden können, erreicht sind. Dieser lückenlose Zollschutz hat die Lebenshaltung der arbeitenden Massen nicht ins Ungemessene verteuert. Im Gegenteil, gerade in den Jahren, in denen die Lücken dieses Zollschutzes zugemauert wurden, sanken die Kosten der Ernährung auch in Deutschland. Sie haben den Sturz der Agrarpreise auf dem Weltmarkt bei weitem nicht in voller Ausdehnung mitgemacht, aber sie haben sich auch in keiner Weise zu unerträglicher Teuerung der Lebenshaltung entwickelt. Den deutschen Landwirten ist in diesen Jahren von der Staatsgewalt mit Mitteln von einer Größe und Wirksamkeit unter die Arme gegriffen wie nie zuvor. Das beweist das Tempo der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung gerade in den letzten Jahren und trotz dem Gesetz vom abnehmenden Ertrag. Die Tatsachen hierüber sind hier oft dargestellt worden und brauchen nicht wiederholt zu werden. Während vor noch nicht langer Zeit Karl Ballod als ein trockener Schwärmer betrachtet wurde, wenn er die Deckung des deutschen Agrarbedarfs durch deutsche landwirtschaftliche Produktion für möglich hielt, ist heute der Zustand der Autarkie in fast allen Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung, die in Deutschland überhaupt möglich sind, beinahe erreicht. In einigen Produkten ist Deutschland in guten Erntejahren (Roggen, Kartoffeln, Hafer) oder sogar Jahr für Jahr (Zucker) ein Nettoexporteur; die einzige bedeutende Lücke sind Pflanzenfette und die bei der Verarbeitung der Fettrohstoffe abfallenden Kraftfuttermittel. Gewiß geht es vielen Landwirten in der Rolle der Unternehmer schlecht. Aber die Agitation sieht naturgemäß nur die Unglücksfälle, die doch schließlich nur eine Minderheit sind, und nicht die Mehrheit jener Betriebe, die zwar auch nicht Geld scheffeln können, aber es doch immer noch lohnend finden die Produktenmasse von Jahr zu Jahr zu steigern, und deren Forderungen immer wieder auf eine Wirtschaftspolitik hinauslaufen, die die agrarische Autarkie in Deutschland als das berufsständische Ideal der deutschen Landwirtschaft darstellt. Inzwischen sind wir der agrarischen Autarkie bereits, ich möchte sagen: gefährlich nahe gekommen, denn es fehlt politisch vollkommen an der Vorbereitung der Spätestens für den Augenblick, in dem die Autarkie erreicht ist, zur Erhaltung des Markts der deutschen Agrarerzeugnisse erforderlichen handelspolitischen Einigung des europäischen Festlands.

Die Agrarpolitik, die zu diesem Ergebnis geführt hat, ist legislativ in ihren wesentlichen Teilen nur durch die Stimmen der Sozialdemokraten möglich gewesen. Der sogenannte Rechtsradikalismus hat in den entscheidenden Augenblicken den Gesetzen, auf denen sie beruht, seine Stimmen nicht zur Verfügung gestellt. Auf dem wichtigsten Teilgebiet, auf dem der Getreidemonopol gewiesen; und wenn auch der Plan ein solches auch der äußeren Form nach zu etablieren bisher nur für den Mais Wirklichkeit geworden ist, so ist doch die Einschaltung des Reichs in den Getreidehandel in Verbindung mit dem ganzen Netz der zoll- und handelspolitischen Vorschriften

über Getreide in der praktischen Wirkung einem staatlichen Handelsmonopol für Getreide gleichzusetzen. Die Landwirtschaft ist in Deutschland auch heute noch in weitem Abstand der größte Berufszweig, aber wohl in keinem Berufszweig ist der Anteil derer, die arbeitslos herumstehen, an der Gesamtzahl der Berufszugehörigen so gering wie in der Landwirtschaft. Wenn man durch den deutschen Osten fährt: wo wird denn heute noch gebaut? Gewiß im ganzen auch auf dem platten Land bei weitem nicht mehr in dem ungeheuren Maß wie 1919 bis 1929, wo alle Scheunen zu klein wurden, weil die Erträge pro Flächeneinheit so riefig zunahmen. Aber *wenn* man im deutschen Osten bauen sieht, so sind es landwirtschaftliche Bauten: Siedlungen, Vergrößerungen und Neubauten von Scheunen und Ställen, kleine Wohnhäuser für Altenteiler und ähnliches. Hier kann in gewissem Umfang noch gebaut werden, während in den Städten alle Bauten still liegen und nun viele Monate schon halb- oder viertelfertig öde den Himmel starren.

Wenn der Sozialist für solche Agrarproduzentenpolitik eintritt, so selbstverständlich nicht, um in einer neuen Form den alten, von ihm bekämpften Nationalismus nun seinerseits zu übernehmen, sondern weil er in einer solchen Erhaltung und Entwicklung der produktiven Kräfte der Landwirtschaft ein unentbehrliches Glied in der Kette jener Maßnahmen sieht, die zu einem größeren europäischen Wirtschaftsband und damit zu einer höhern Organisationsform der Weltwirtschaft führen sollen. Eine solche Organisationsform, die ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken sein muß, kann nur als ein Bund Gleichberechtigter und Gleichstarker bestehen. Wer auf Gnade und Ungnade auf die anderen angewiesen ist, kann in einem europäischen Wirtschaftsband nur die Rolle des Letzten in seiner Größenklasse spielen. Ein Land, das sich im Bezug seiner Lebensmittel überwiegend auf die Lieferungen des Auslands verläßt, wird gewiß Jahre haben, in denen ein überreichlich beliefertes Weltmarkt die Deckung seines Bedarfs zu winzigsten Preisen ihm ermöglicht, aber es können auch sehr magere Jahre den fetten folgen. Heute werden den Freihandelsländern, die es noch gibt, der canadische Weizen, die Baumwolle aus den Vereinigten Staaten, der Kaffee aus Brasilien, der Kautschuk aus Britisch Malaya, der Kakao von der Goldküste, der Diamant aus Südafrika und vieles andere nahezu nachgeworfen. Herrliche Zeiten für Nichts-als-Konsumenten, sollte man meinen. Sonderbar, daß grade in diesen Jahren, in denen sich der Glückszustand des Freihandelsarguments, die Menschenfütterung, für die man nichts zu bezahlen braucht, sondern bei der man fürs Essen beinahe noch zubezahlt kriegt, in so herrlichem Maß verwirklicht, daß grade in diesen Jahren die wenigen noch ragenden Säulen des agrarischen Freihandels, die großen wie die kleinen, nach einander bersten und gemach zerfließen. Schon ist von Hollands und Dänemarks Schultern der Herzogsmantel des Freihandels schmählich herabgeglitten. Wie lange noch, und der englische Herzog wird ihm nachfallen. Es geht eben den Freihandelsländern in dieser Zeit, in der sie wirklich zum erstenmal so billig die Lebensmittel kaufen können wie die Freihandelsagitatoren ihnen jahrzehntelang versprochen haben, wie Till Eulenspiegel: Indem sie den Berg herabhüpfen, denken sie mit Schrecken daran, wie mühsam sie die nächste Steigung erklettern müssen; sie beneiden den, der gemächlich auf der Ebene der Stabilität einherwandelt, der zwar nicht abwärts tänzeln kann, der aber auch nicht bergan zu keuchen braucht. Und so ist der Triumph der billigen Lebensmittel zum Ende des Freihandels geworden.

Weil der deutsche Sozialist die Politik des Schutzes der Landwirtschaft als einen notwendigen Schritt zur Vorbereitung eines höhern, den sozialistischen Idealen näher kommenden Zustands organisierter Arbeitsteilung in einer Welt gleichberechtigter Völker und gleichberechtigter Menschen behandelt, deshalb kann er sich nicht auf den Standpunkt stellen: Mögen die Arbeiter anderer Länder für sich selber sorgen. Sondern er sieht einen Sieg der eignen Auffassung, einen Fortschritt der Verwirklichung eigener Ideale darin, wenn in anderen Ländern die Solidarität der Arbeiterklasse im Schutz aller Wirtschaftszweige, in denen Proletarier arbeiten, von denen Proletarier leben müssen, weiter greift als bisher und sich (wie im Fall der westindischen Zuckerproduktion) auch über die Grenze zwischen Rasse und Rasse hinwegsetzt; und er sieht deshalb in Olivier einen Vorkämpfer nicht nur des Sozialismus im Empire sondern des Sozialismus in der Welt gegen Snowden, der, wiewohl er die Labour Party verlassen hat, vor lauter Labouritentum den Sozialismus nicht mehr im Auge zu behalten vermag. Jene Zuckergebiete sind von der Natur so gestellt, daß ihre Menschen aus dieser Produktion ausgestoßen werden, obwohl sie für sie gewiß nicht ungeeignet sind; ausgestoßen werden, wenn das freie Spiel der Kräfte allein künftig die Verteilung des Zuckerrohrbaus über den Erdball bestimmt. Deshalb greift der Sozialist dazwischen und korrigiert die Natur, statt die Dinge so blind gehen zu lassen, wie sie ohne sein Dazwischentreten gehen würden. Und so ist die Gestalt Sydney Oliviers, grade heute, in der Zeit der großen Gegenätze in Fragen des Alltags zwischen britischem Volk und europäischem Volk, ein Denkmal jener sittlichen Kraft, die die arbeitenden Menschen im werdenden Vereinigten Europäischen Kontinent wie im werdenden Britischen Imperium in naher Zukunft einigen wird.

WALTHER PAHL · ARBEITERBEWEGUNG UND FREIWILLIGER ARBEITSDIENST

BEI einem großen Teil der deutschen Jugend droht die Arbeits- und Lebenskraft vollständig zu zerfallen. Diese Gefahr verlangt heute und hier unmittelbare Gegenmaßnahmen. Der Bestand an jugendlichen Erwerbslosen wird auf etwa 1 Million geschätzt, das heißt, $\frac{1}{5}$ der gesamten deutschen Jugend steht außerhalb des nationalen Arbeitsprozesses. Von diesen Jugendlichen hat etwa nur die Hälfte einen notdürftigen materiellen Rückhalt in der öffentlichen Fürsorge, bei Angehörigen, privaten Organisationen oder karitativen Einrichtungen. Die andere Hälfte entbehrt auch jeden materiellen Rückhalts. Die materielle Not dieser deutschen Jugend wiegt schwer. Schwerer noch fast wiegt die geistige und seelische Not, der dieses junge zum Nichtstun verurteilte Volk, das das Staatsvolk von morgen ist, preisgegeben ist. Verzweiflung, Abstumpfung und (sinnleere, weil nicht positiv gerichtete) Radikalisierung wachsen notwendig aus einem Dasein, dem durch die dauernde Erwerbslosigkeit jeder Lebenssinn geraubt ist. Wie soll Verantwortung getragen werden können, wenn man von jeder Verantwortung abgechnitten ist?

Der Bestand von Staat und Volk hängt davon ab, ob es in allernächster Zeit gelingt den verwüstenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit vor allem bei der jungen Generation zu begegnen. So nützlich auch Schulungs- und Fortbildungskurse sind, wirkfame Hilfe kann allein Arbeit bringen, und zwar sinn-

volle Arbeit. Die Hoffnung, daß es in absehbarer Zeit wieder auf normalem Weg gelingen wird den jungen Menschen innerhalb des eigentlichen Wirtschaftsmarkts Erwerbsmöglichkeiten zu geben, geht fehl. Wenn sich als Folge eines Wiederaufstiegs der Konjunktur wieder Erwerbsmöglichkeiten auftun, dann werden Millionen von Familienvätern zuerst berücksichtigt werden müssen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß durch eine neue Konjunkturlage selbst diese älteren freigesetzten Arbeitskräfte in vollem Umfang wieder rückgefaßt werden. Zumal auch diese nicht die Abchließungsphänomene in der Weltwirtschaft beseitigt. Hier mündet die Frage nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in die Forderung nach dem Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Wirtschaft, wird also zu einem Problem der Außenpolitik.

Die Not der jugendlichen Erwerbslosen verträgt keine abwartende Haltung. Sie kann allein dadurch beseitigt oder doch gemildert werden, daß dem jungen Menschen außerhalb des regulären Arbeitsprozesses ein Betätigungsfeld in Arbeit und Schulung eröffnet wird. An die Stelle des Lohnprinzips tritt hier der Dienstgedanke. Arbeit ist in Fülle vorhanden. Ihre Mobilisierung ist aber nur unter dem ethischen Gesichtspunkt des Dienstes und unter dem sozialpädagogischen Aspekt ihrer menschlichen Bedeutung und Auswirkung für die junge Mannschaft des Volkes möglich. Ein Mittel sie durchzuführen bietet der Freiwillige Arbeitsdienst, für dessen Grundgedanken daher die Sozialistischen Monatshefte bereits vor einem Jahr, zu einem Zeitpunkt eintraten, als man in der Sozialdemokratischen Partei ihn noch ganz und gar ablehnen zu müssen glaubte¹. Der Arbeitsdienst eröffnet eine Möglichkeit dem jungen Menschen inmitten der Wirtschaftskrise die sozialpädagogischen Formkräfte der Arbeit wieder zuzuführen. Sie muß genutzt werden.

Die Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes ist schon deshalb notwendig, weil wir vorerst noch nicht entfernt genügend Möglichkeiten haben, um selbst diejenigen, die sich freiwillig melden, unterzubringen. Darüber hinaus scheint uns aber überhaupt ein deutscher Arbeitsdienst nur möglich, wenn er auf dem Gedanken der Freiwilligkeit aufgebaut wird. Die Befürworter einer deutschen Arbeitsdienstpflicht verweisen auf das bulgarische Beispiel². Aber gerade dieses bulgarische Beispiel rechtfertigt die Freiwilligkeit eines deutschen Arbeitsdienstes. Bei der bulgarischen Arbeitsdienstpflicht handelt es sich um den Versuch eine Armee der Arbeit für die planmäßige Intensivierung der Wirtschaft eines rückständigen Landes kleinbäuerlichen Gepräges und für die arbeitstechnische Schulung der Bevölkerung bereitzustellen. Bulgarien bemüht sich den Anschluß an die industrielle Welt des Westens zu gewinnen. Die Voraussetzung dafür ist die Beseitigung des Mangels eines rationellen Arbeitstempos bei der Bevölkerung. Die Arbeitsdienstpflicht ermöglicht heute eine solche rationelle Arbeitsschulung des Bauerntums. Nicht mehr und nicht weniger. Diese physische, arbeitstechnische Zielsetzung gibt der bulgarischen Arbeitsdienstpflicht nach Form und Inhalt ihr Gepräge. Im Arbeitsdienst lernt der von der Türkenzeit her noch immer schwerfällige Bauer Wendigkeit, Sachkenntnis, Präzision, Arbeitsdisziplin. Der deutsche Arbeiter lernt das seit langem in den industriellen Betrieben. Er braucht dafür keine militärähnliche Arbeitsdienstpflicht. Den "Schliff", den früher das Militär gab, geben heute dem Arbeiter die technisch aufs höchste vervollkommenen Betriebe. Der

1) Siehe *Kaliski* Die deutsche Not, Freiwilliger Arbeitsdienst, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 II Seite 630, 1932 I Seite 500.

2) Siehe *Kaupach* Arbeitsdienst in Bulgarien /Berlin 1932/: ein instruktiver und materialreicher Bericht.

industrielle Betrieb erfüllt heute schon die Funktion, die früher das Heer hatte. Dem Arbeiter fehlt heute nicht die Uniform, wie der ehemalige Oberst und nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Konstantin Hierl glaubt; hat und bekommt er sie doch überall, wo sie angebracht ist. Er will aber einmal frei sein von dem Kommando der Maschine und zu sich selbst, zu dem Menschen, zu dem "Volk" in ihm zurückkehren. Ein deutscher Arbeitsdienst wird, das ist die Lehre des bulgarischen Beispiels, genau umgekehrt auszurichten sein: Er muß ohne jeden Zwang ausgeübt werden. Er ist aus der deutschen gesellschaftlichen und sozialen Gesamtlage zu entwickeln, so wie die bulgarische Arbeitsdienstpflicht aus der bulgarischen Wirklichkeit erwachsen ist. Ein deutscher Arbeitsdienst muß Freiwilliger Arbeitsdienst sein und durch weitgehende Autonomie in Dingen der Selbstverwaltung und Selbsterziehung sozialpädagogisch fruchtbar gemacht werden.

Die Bejahung des Freiwilligen Arbeitsdienstes schließt indessen nicht aus, daß man sich der Grenzen seiner Ausdehnung bewußt bleibt. *Das Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist der Freiwillige Arbeitsdienst nicht.* Die Arbeit gewährt hier gewiß kein zusätzliches Einkommen. Es handelt sich um eine Arbeitsersetzung, durch die den geistig-seelischen Schäden der Arbeitslosigkeit und dem drohenden Verfall von Arbeits- und Lebensmoral bei dem Nachwuchs vorgebeugt werden kann. Und das bedeutet heute schon sehr viel. Gewiß besteht die Gefahr des lohnpolitischen Mißbrauchs des Freiwilligen Arbeitsdienstes, wenn man die von der Verordnung über ihn verlangte Beschränkung in der Auslegung der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit der für den Arbeitsdienst in Frage kommenden Aufgaben nicht streng beobachtet. Es gibt hier ohne Zweifel schwierige Grenzfälle. Die Gewerkschaften können jeden Mißbrauch des Arbeitsdienstgedankens unmöglich machen. Am erfolgreichsten wird man aber der Gefahr solchen Mißbrauchs begegnen, wenn man den Gedanken des Freiwilligen Arbeitsdienstes *selbst* verwirklicht.

Eine Verwirklichung des Freiwilligen Arbeitsdienstes gibt die Möglichkeit die ungeheuer große industrielle Reservearmee um einige Hunderttausend junger Menschen zu verringern. Die wachsende Größe dieser Armee gefährdet in steigendem Maß Tarifgedanken und gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses. Ein Freiwilliger Arbeitsdienst, der sich wirklich auf zusätzliche Arbeiten beschränkt, auf Arbeiten also, die unter dem ökonomischen Nullpunkt liegen, verkleinert den ja an sich schon sehr knappen normalen Arbeitsmarkt nicht. Ein solcher Arbeitsdienst gefährdet darum auch nicht die Tarife. Im Gegenteil; er schützt sie dadurch, daß er den Einfluß der Reservearmee verkleinert. Außerdem entfällt ja im Freiwilligen Arbeitsdienst nicht nur der Tariflohn. Es entfallen auch der Unternehmergewinn und die Kapitalrente. Das Wesen des Freiwilligen Arbeitsdienstes besteht darin, daß er sich außerhalb der freien kapitalistischen Marktwirtschaft stellt. Deshalb muß man auch darauf verzichten ihn mit Maßstäben der kapitalistischen Marktwirtschaft zu bewerten. Gewiß ist die Gefahr nicht automatisch ausgeschlossen, daß bei bestimmten Arbeiten Privaten zusätzliche Gewinne zugeschanzt werden; so, wenn die Deutsche Bergwerkszeitung private Waldbesitzer auffordert ihren Forstbestand mit Arbeitsdienstfreiwilligen zu vermehren. Auch ist in vielen Fällen bei den mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführten Meliorationen die Wertsteigerung des Grund und Bodens privatem Grundbesitz zugeflossen. Wir werden deshalb streng darauf zu achten haben, daß unsere Freiwilligen nur Arbeiten übernehmen, die wirklich im strengen Sinn

des Worts *gemeinnützigen* Charakter haben. Um dem Verdacht der Lohn-drückerei noch ausdrücklich zu begegnen, empfiehlt es sich, soweit das geht, mit dem Träger der Arbeit zu vereinbaren, daß unsere Freiwilligentrupps nur zur Verfügung gestellt werden, wenn eine bestimmte Anzahl von Vollarbeitern (als Techniker, Facharbeiter für Leitung der Arbeiten und so weiter) zu Tarifbedingungen neu eingestellt werden; wobei man allerdings, um die Arbeitsdisziplin nicht zu gefährden, sich vergewissern muß, daß entsprechende Fachkräfte in den betreffenden Freiwilligentrupps nicht vorhanden sind.

Die aktive Bejahung des Freiwilligen Arbeitsdienstes schließt auch nicht, wie viele befürchten, die Bereitschaft ein der Arbeitsdienstplicht die Wege zu ebnen. Umgekehrt liegt der Fall. Wenn es jetzt nicht gelingt den Freiwilligen Arbeitsdienst als große umfassende Institution in der Lebensordnung unseres Volks zu statuieren, ist die Gefahr groß, daß morgen der Arbeitsdienstzwang eingeführt wird. Ein energischer Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes wird aber nur möglich sein, wenn der Kreis der förderungsfähigen Personen über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus auf alle jugendlichen Erwerbslosen ausgedehnt wird. Außerdem muß die Dauer der Unterstützung für den Freiwilligen Arbeitsdienst auf möglichst 1 Jahr verlängert werden. Darüber hinaus muß die Arbeitsdienstleistung Anwartschaft auf Erwerbslosenunterstützung gewähren, wenn eine solche später notwendig werden sollte.

Wenn es sich heute bei dem Freiwilligen Arbeitsdienst zunächst nicht um Arbeitsbeschaffung im rein wirtschaftlichen Sinn handelt sondern um Arbeitsersetzung, durch die vor allem den jugendlichen Erwerbslosen die sittliche Kraft der Arbeit wieder zugeführt werden kann, so sind doch die Möglichkeiten durch einen großzügigen Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu einer Hilfswirtschaft von Erwerbslosen für Erwerbslose zu gelangen, durch die auch die materielle Versorgung der Arbeitslosen verbessert werden kann, noch keineswegs ausgenutzt. Wir werden alles daran setzen müssen leerstehende Produktionsstätten in den Städten in den Dienst einer vom kapitalistischen Markt abgetrennten Produktion für Erwerbslose zu stellen. Auf diese Weise wird es auch möglich gemacht werden können den Arbeitsdienstfreiwilligen Kleider, Schuhe, Wäsche und so weiter zur Verfügung zu stellen, für deren Ankauf die Unterstützung oder gar das Taschengeld von 50 Pfennig keineswegs ausreicht. Im übrigen aber kann schon heute nicht die Rede davon sein, daß der Freiwillige Arbeitsdienst, wie man behauptet hat, die Arbeitsdienstwilligen wirtschaftlich noch mehr herunterbringt. Die Arbeitsdienstlager des Stuttgarter Heimatwerks beweisen, daß bei entsprechender Organisation trotz geringen Mitteln sehr viel geleistet werden kann. Und der Gefahr einer Ausbeutung der Arbeitskraft muß man dadurch vorbeugen, daß die Arbeitszeit auf 5 bis 6 Stunden festgesetzt wird. Wie denn überhaupt Sorge dafür zu tragen ist, daß der Freiwillige Arbeitsdienst streng unter erzieherischen Gesichtspunkten durchgeführt wird. So gewiß die Arbeit im Mittelpunkt des Tagewerks stehen muß, muß doch im Rhythmus des Tages genügend Raum für Sport, Belehrung und eine Freizeitgestaltung bleiben, die den erfaßten Jugendlichen sinnvolle Erlebniswerte zu vermitteln vermag. Als eine besonders wertvolle Form dieses Ziel zu erreichen erscheint das Arbeitslager, wie es von der jungen Generation in den letzten Jahren als Stätte der Selbsterziehung erprobt worden ist³.

3) Siehe *Keil* Vortragsbericht der Arbeitslagerbewegung /Berlin 1932/.

Durch den Freiwilligen Arbeitsdienst können gewiß nicht die Wurzeln des Übels Arbeitslosigkeit ausgerottet werden, aber er gibt die Möglichkeit seine üblen Früchte zu beseitigen. Man darf keine Zeit mehr verlieren. Der Widerstand in wenigen Gruppen der Arbeiter gibt keinen Anlaß dazu auf eine einheitliche Stellungnahme und einheitliche Praxis der gesamten Arbeiterbewegung zu verzichten. Darüber hinaus bedarf die Frage der organisatorischen Zusammenfassung unserer Kräfte für den Einsatz im Freiwilligen Arbeitsdienst unmittelbar einer Lösung. Vorerst hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Initiative für die Verwirklichung des Freiwilligen Arbeitsdienstes ergriffen. Wenn diese Organisation sie in großzügiger Weise durchführt, hat sie der deutschen Jugend und auch der ganzen Arbeiterklasse einen nicht unwesentlichen Dienst erwiesen. Die alte Generation hat die gewaltigste Zerstörung gesehen und zugelassen. Die junge Generation hat das Werk des Aufbaus vor sich. Man muß sie dafür tauglich machen.

WALTER BAUER · DIE STERNE



WAR sagen wir,
Die in den Fabriken
Der Bogenlampen Sterne viel zu lange brennen sehen,
Die Sterne gingen uns nichts an,
Sondern die Veränderung der Erde sei das Wichtige.

Aber die Sterne bleiben doch
Und flößen ein Gefühl der Verwunderung ein
Über die Formen des Daseins, und wenn es nicht trübe ist,
Sind sie gewisser am Himmel
Als die Erfüllung menschlicher Hoffnungen.

Da es Morgen wird, und die Sterne gehn hinter die Helle,
Möcht ich mich ihrer noch einmal erinnern
Und der Gefühle, die sie mir gaben,
Ohne daß ich ihnen näher gekommen bin:
Des Gefühls der Furcht beim Anblick des Mondes,
Als ich Kind war und mußte noch etwas besorgen;
Des Gefühls der Ehrfurcht und des Unverständnisses,
Als ich den ganzen Sternenhimmel sah, weit draußen
Vor der Stadt, als ich Zeitungen trug;
Des Gefühls der Freude den Abendstern zu sehn
Im Türkisenblau des Himmels
Und die Flecken im Mond.

Ich weiß nicht viel von den Sternen,
Alpha ist mir ein fremder Ausdruck,
Die Astronomen sind bewunderungswürdige Leute
Mit solchen Zahlen zu rechnen und Ordnung zu halten
Im scheinbaren Chaos,
Und zu wenig bin ich aufgeklärt über die Lebensmöglichkeiten
Auf anderen Sternen,
Daß ich annehmen sollte, das Leben könnte dort
Sich besser entwickeln.

*Uns ist nur die Erde
Zur Verwandlung gegeben.
Ich möchte aber sagen, daß es gut ist zuweilen
Die Sterne zu sehen,
Und ich möchte behaupten, daß die Menschen später,
Wenn die Dinge in Ordnung sind,
Die Sterne wieder mehr benutzen werden als Quelle
Des Mutes und tiefer Freude.*

ERNST KALLAI · ZURÜCK ZUM ORNAMENT



Um einem naheliegenden Mißverständnis vorzubeugen: Es sind nicht geblünte Sofakissen und Schreibtischprachtgarnituren gemeint. Sondern: In einem programmatischen Aufsatz hat Karl Scheffler wieder einmal die Gelegenheit wahrgenommen, um einen grundsätzlichen Trennungsstrich zwischen der Malerei, wie er sie meint, und Picasso zu ziehen: Die Bilder Picassos seien zwar sehr interessant, aber keine Malerei, sondern Ornamentik. Man kennt diese nicht zum erstenmal geäußerte Meinung Schefflers. Man weiß auch, daß sie in Picasso die ganze vielverzweigte Entwicklung eines neuen Stils der Bildenden Kunst treffen will. Scheffler ist ein Wortführer des Widerstands gegen die neue Bildform, die über das Gegenständliche mehr oder minder frei hinwegphantasiert, um durch ihre sinnbildnerische Zeichensprache Dinge anzudeuten, denen man durch keine Abbildung, auch durch keine allegorische, beikommen kann.

Wo Dasein und Bewußtsein des 20. Jahrhunderts mit erschöpfender Sinnfälligkeit in Gestalt treten, dort vermag das phantasielose realistische Sehen, das durch Photographie und Kino zum billigsten Massengut wurde, bestenfalls geschmackvolle Flächenmuster und Raumdekorationen wahrzunehmen; es vermißt den vielfältigen Augenschein der Gegenstände, auf den zu achten seit der Renaissance ein Hauptbestreben aller Kunstübung und Kunstbetrachtung war. Die Künstler der neuen Bildform aber sind mit Recht unzufrieden, wenn man sie Reklame- und Multerzeichnern gleichstellen will. Alles Ornamentale ist in Verruf, seitdem es nur noch als schmückendes Beiwerk von Gebrauchsgegenständen oder als Bildform ohne sinnfällige geistige Grundspannung erscheint. Diese Entartung, die schon mit der Renaissance beginnt, hat ihren äußersten Tiefstand mit der kunstgewerblichen Massenkitschindustrie und in der Malerei mit der auf "Stimmung" zurechtstilisierten Perspektive erreicht. So abschreckend ihre Spuren sind, dürfen sie uns trotzdem nicht an der Einsicht verhindern, daß Ornamentik nicht unbedingt willkürliche Verpieltheit und Verflüchtigung der Form zu bedeuten habe. Im Gegenteil.

Vor kurzem waren in der Berliner Sezession afrikanische Bildwerke ausgestellt. Diese Figuren, Masken und Geräte sind ornamental bis zur innersten Verflechtung ihrer Grundformen, dabei hart und straff von gesammelter plastischer Energie. So dürftig sie einem nur auf gegenständliche Anschauung gerichteten Blick erscheinen mögen, so elementar ist die Kraft der bildnerischen Zeichensprache, mit der ihre Ornamentik auf einen tiefen Sinn der sichtbaren Form hinweist. Auf ein Dämonium, das im Dasein der Primitiven wirksam gegenwärtig ist, ohne in natürlich-leiblicher Weise sichtbar, also darstellbar zu sein. Es ist nur durch ein rhythmisches Gebärdenspiel der Form anzudeuten, durch ein sinnvoll und geschlossen in sich selbst kreisendes ornamentales

Zeichensystem. Das Ornament, das im Lauf einer fortschreitenden Verbürgerlichung der europäischen Kunst zuletzt Inbegriff aller Verflüchtigung und Sinnlosigkeit der Form wurde, erscheint hier, in der Negerplastik, als eine von Urtrieben und Urbildern zur großartigen Spannung erfüllte Vision. Und die Negerplastik ist nicht die einzige ornamentale Vision der Kunstgeschichte. Wo die Kunst jenseits aller vereinzeltenden Abbildung und äußern Abschälung eine grundtief, umfassende Deutung der Dinge im Sinn hatte: in allen religiösen und magischen Kulturen, kam sie jedesmal dazu in großen rhythmischen Zügen das Zeichen ihrer Urbilder zu geben, so unmittelbar wie ein Gesicht von seinem Charakter gezeichnet ist. Diese Sinnbildzeichen verbinden und schließen sich zu selbstherrlichen Kombinationen der Form, die man ornamental nennen muß, wenn man sie mit dem Vorwalten der gegenständlichen Naturtreue im Realismus-Impressionismus vergleicht. Eine chinesische Landschaft, eine Buddhafigur, ein Mosaik von Ravenna sind erhabene Sinnbilder der Ewigkeit. Zutiefst werden sie aber nur einer Betrachtung offenbar, die im Abbild das sinnbildhaft-ornamentale Kreisen der Form um ihre nicht optische sondern ideelle Mitte zu erschauen vermag.

Auch die neue ornamentale Vision hat eine ideelle Mitte. Auch sie ist von umfassenden Ideen und tiefen Grundspannungen, von Urbildern und Universalien gezeichnet, wenn auch keineswegs von den Göttern und Dämonen, die in den Formwelten der alten ornamentalen Vision ihr Wesen treiben. Urbilder und Universalien sind nur durch eine Form größtmöglicher geistiger Beziehungsweite, also letzter formaler Verdichtung, anzudeuten. Sie erfordern ein Maximum an visionärer Spannung, also ein Minimum an gegenständlicher Anschauung. Gegebenenfalls das Einschmelzen aller Gegenständlichkeit in jene reine Form, die mit einem Notbehelf der Sprache abstrakt genannt wird, obwohl sie von durchaus konkreter sinnlich-plastischer Erscheinung ist.

Diese reine, konzentrierte Form ist es vor allem, die von ihren Kritikern als ornamental, dekorativ, kunstgewerblich abgelehnt wird. Sie brauchen den Gegenstand im Kunstwerk als Eisensbrücke ihrer lahmen Phantasie, und wo er nicht vorhanden ist, sehen sie nichts, auch wenn es eine Welt zu schauen gibt. Die Vision ist nichts, die Illusion alles. So dürftig und roh die mittelalterliche Vision einem augenscheinlichen Renaissancemenschen wie Vasari erscheinen mußte, so überlegen müssen sich alle standardisierten Photo- und Kinoaugen einem "Flächenmuster" von Pablo Picasso, erst recht einem Piet Mondrian oder Hans Arp gegenüber vorkommen.

Einige Beispiele mögen die Stellung näher beleuchten, wenn es auch schwer fällt ohne Abbildungen von dieser Kunst eine halbwegs anschauliche Vorstellung zu geben. Aber es geht ja schließlich nicht um eine komplette Ästhetik und Philosophie der neuen Kunst. Diese wird zu ihrer Zeit schon kommen. Eine grundsätzliche Klärung ist aber heute bereits notwendig und auch in einem knappen Rahmen möglich. Sie ist gerade an einer Stelle geboten, die mitten im Kreuzfeuer politischer und wirtschaftlicher Aktualitäten liegt. Mitten im publizistischen Widerstreit mit jenen Massenkräften der Wirklichkeit, die an der Kunst so achtlos vorbeistampfen. Die Kunst aber, für die hier gesprochen wird, hat keinen Grund die Berührung mit diesen Aktualitäten zu scheuen. Sie ist keine empfindsame Dachkammerangelegenheit sondern wesentliche Erkenntnis eben dieser aufgewühlten, um eine neue Weltordnung kreißenden Wirklichkeit.



WIE ist es möglich die vielgeschmähten geometrischen Flächenmuster der Kubisten ohne ihre klare räumliche Tiefenspannung zu sehen? Diese Tiefenpannung ist freilich durch bildnerische Mittel erreicht, die von Linear- und Luftperspektive, von Lokalfarbe, Helldunkel und Freilichtvaleur gleicherweise grundsätzlich verschieden sind. Die neue Raumvision entsteht durch eine streng gleichlaufende Schichtung von durchscheinenden, mit einander verklammerten Flächengebilden als geschlossene frontale Ordnung, ohne in irgendeiner Dimension eine Abstufung, Einengung oder Verflüchtigung zu erleiden. In diesen kubistischen Flächenbildern von Pablo Picasso, Georges Braque, Fernand Léger, Juan Gris, Louis Marcouffis, aber auch in den stilgleichen Plastiken von Henri Laurens stehen Vorder- und Hintergründe, stehen alle Dimensionen in wechselseitiger Durchdringung auf der gleichen optischen Ebene mit der gleichen geistigen Bedeutungsfülle. Der Raum, jeder illusionistischen Verquickung mit einem leibhaften persönlichen Ausblick entzogen und in seiner ganzen Tiefe unabgeschwächt zur Fläche konzentriert, ist so dem Schauen objektiv, durchgreifend und erschöpfend gegenwärtig.

Die elementaren Kräfte dieser Kunst stoßen noch vor und schaffen auch die letzte Spur einschränkender Gegenständlichkeit aus dem Weg, um freie Bahn für die universale Beziehungsweise ihrer baugesetzlichen, dynamischen, rhythmischen Funktionen zu gewinnen. Durch schöpferische Leistungen, die in Holland, Frankreich, Rußland und Deutschland vielfach getrennt marschieren, aber berufen sind vereint zu schlagen. Mondrian, Doesburg, Hélicon, Tutundjan und der Plastiker Vantongerloo, Gleizes, Herbin, Kupka, Valmier, Villon, Carlund, Neugeboren, Malewitsch, Kluzis, Lissitzkij und die Raumplastiker Tatlin, Pevsner, Gabo, Moholy-Nagy, Baumeister, Dungert, Vordemberge-Gildewart, Buchheister, Schwitters: ich weiß, es sind Namen und "Ismen", über die man besonders in Deutschland schon längst hinaus zu sein glaubt, weil sie unter einer dicken Schlammdecke wiedergekaufter Biedermeierreminiszenzen liegen. Aber es sollte zu denken geben, wie dieses neuerliche genußfrohe Abschmatzen bürgerlicher Kunsttraditionen durch junge Künstler auffällig mit der Krise der Demokratie zusammentrifft.

Je eindringlicher die neue Raumvision zur Mitte, zur Gesamtheit einer Welt von Energien und Gesetzen hindeutet, um so entschiedener ist sie ein Ornament von Bildzeichen, die nichts darstellen, aber leuchtend-sinnfällig funktionieren. Wenn schon! werden die Realisten und Moralisten der Kunst sagen. Was hat man schon von dieser Sinnfälligkeit, von dieser Universalität, von der ganzen neuen Raumvision überhaupt? Sie kann natürlich weder die Wirtschaft ankurbeln noch die Massen zur Partei Adolf Hitlers oder Ernst Thälmanns bekehren. Immerhin, bescheideneren Ansprüchen ist Rechnung getragen. Man hat in diesen, durch Bewegung, aus Bewegung gebildeten rhythmisch-lebendigen Raumgestalten zunächst einmal die genaue Analogie zum neuen mathematisch-physikalischen Raumzeitgedanken. Eine Sinnlichkeit von Kunst und Wissenschaft, die allein schon hinreichender Ausweis für das wesentlich Begründete jener ornamentalen Raumvisionen sein könnte. Man hat zudem das künstlerische Sinnbildzeichen für die weltumflechtende, welterschließende Funktion moderner Bewegungs- und Sendeenergien. Dazu das Gleichnis einer hellen, vernünftigen Lebensplanung und ihrer neuen Architektur. Dazu das Gleichnis für den Lebensraum der neuen Gemeinschaft.

Das Raumgerüst des Kubismus schichtet und spannt sich mitten durch Formen, die, auch unter einander verflochten, Gegenständliches nur fragmentarisch andeuten. In diesem Fachwerk der Fläche sind Raum und Gegenstände zur struktiven Einheit verbunden. Selbständigkeit und Geschlossenheit der einzelnen Gegenstände sind einer neuen Gemeinschaftsphysiognomik geopfert, in der das Persönliche zur Anonymität verlinkt. Und wenn es auch nur Spielkarten und Fruchtschalen, Mandolinen und Notenhefte sind, so ist in ihrer flächenbildmäßigen Verarbeitung durch den Kubismus dennoch ein Sinnbild des selben Gemeinschaftsgeists enthalten, der an anderen Fronten dabei ist in qualvollen Jahrzehnten einen neuen Gesellschaftskörper aufzubauen.

Die Beziehung wird noch deutlicher, wenn man einen Maler wie den Kölner Franz Wilhelm Seiwert betrachtet, der ohne kubistische "Ornamentik" gar nicht zu denken wäre. Er hat das Flächengefüge dieser Formkombinationen zu einem Flechtwerk schematischer Arbeitergestalten entwickelt, die in gleichmäßiger Haltung zur unteilbaren Einheit gebunden zusammenstehen: alle für einen, einer für alle. So unscheinbar die graue Anonymität der einzelnen Gestalten, so lebhaft fluktuierend sind die Farbformbeziehungen, durch die sie mit einander verbunden, zum einprägsam profilierten Gemeinschaftswesen verschmolzen werden. Keine Summe von Einzelnen, am allerwenigsten von zufällig zusammengewürfelten, sondern eine vielgliedrige Einheit im Schicksal, Einheit im Geist: Das Bild ist dem Wesen der Masse zinnerst verbunden. Die Form aber, aus der dieses erschöpfende Sinnbildzeichen erwächst, ist nichts weniger als Malerei im Sinn des farbig modellierten gegenständlichen Augenscheins, sondern eine ganz und gar ornamentale Fläche, ein ziemlich "einfaches Muster", wem es so beliebt. Nun, diese ornamentale Vision, die das Wesen der Masse zu einem Urbild tiefster sozialer Grundspannung verdichtet, geht uns tausendmal mehr an als die gesamten, im übrigen zweifellos prachtvoll aufgeblühten Augenscheinkünfte der Freilichtmalerei.

Doch unsere ornamentale Musterkarte hat noch mehrere Dessins dieser Art. Und zwar wörtlich Dessins. Sie sind in einem kleinen Bilderbuch internationaler Auswahl zu sehen, das Soziale Graphik heißt. Das Heftchen wurde von der Zeitschrift *Nafche Tschelta* in Kladno /Tschechoslowakei/ herausgegeben, mit 19 graphischen Arbeiten von Alma, Arntz, Hoerle, Krinski, Seiwert, Tschinkel und einem klugen Vorwort von Bretislav Mentchak. Es sei nachdrücklich empfohlen sich das Heftchen kommen zu lassen; es ist durch die Künstlergruppe A bis Z in Köln-Mühlheim zu beziehen, kostet nur wenige Pfennige. Die Zeichnungen, die es enthält, sind bis auf wenige Ausnahmen von schlagender Prägnanz, und diese geistige Konzentration ist nur durch äußerste Konzentration der Form in der Fläche erreicht. Das vom Kubismus abgeleitete strenge Flächengefüge, dieses "geometrische Muster", diese "Schwarz-Weiß-Ornamentik" typisierter Figuren und Gegenstände, ist ein auf den ersten Blick sinnfälliges Zeichen für das dichte soziale Gefüge, durch das die angedeuteten Menschen in der Wirklichkeit mit einander verspannt sind. Ihre Schematisierung läßt jede einzelne Situation oder Handlung für tausend gleiche stehen. Alles Abbild in diesen Zeichnungen ist zugleich Sinnbild von größtmöglicher geistiger Beziehungsweite: dank seiner ornamental gefügten Zeichensprache.

Diese Zeichenprache ist *ideographisch*, nicht erst an dem Punkt, wo sie thematisches einverleibt, sondern bereits vorher, in den Grundzügen ihrer Form. *Ideoplastisch* ist die ganze neue Kunst und deshalb sinnlich verkümmert in

den Augen des Realismus-Impressionismus, für den ein Kunstwerk nur die Summe seiner sichtbaren Farben und Formen zuzüglich investiertes Künstlergefühl darstellt. Aber Formförmigkeit ist keineswegs gleichbedeutend mit einem möglichst großen Aufwand an differenzierten Netzhautreizen. Davon abgesehen ist die neue Kunst gern bereit auf das Viele zu verzichten, um das Ganze zu gewinnen. Und sie läßt nicht locker in ihrer Konzentration auf das Ganze, auch wenn die Kulturreaktion jeglicher politischer Färbung von rechts bis links diesen geistigen Formwillen als esoterischen Ästhetensport und Snobismus, seine Schöpfungen als verstiigene Ornamentik ablehnt.



S gibt noch Zeichen dieser ungebrochenen schöpferischen Tatkraft. In Paris ist eine internationale Vereinigung Abstraction-Création zustande gekommen. Sie veranstaltet Ausstellungen und gibt eine Zeitschrift heraus. Es gibt Doktrinäres darin, so die sehr anfechtbare Spitze gegen den Surrealismus. Auch hätte die Auswahl der Qualitäten etwas weniger weitherzig sein können. Trotzdem ist diese Sammlung der Kräfte der neuen ideoplastischen Kunst freudig zu begrüßen. Um so mehr, als in Deutschland wohl Künstler in diesem Geist schaffen, aber verstreut, ohne Initiative sich zusammenzutun und vereint zu dokumentieren. Wer mit dem Zustand der Bildenden Kunst in Deutschland, ihren charakterlosen Ausstellungen und Veröffentlichungen unzufrieden ist, wird im Eröffnungsheft der Abstraction-Céation zumindest eine Gelegenheit zur klärenden grundsätzlichen Auseinandersetzung finden. Es enthält 84 Abbildungen und 3 Textbeiträge und erschien bei A. Herbin in Paris. Die Künstler, die im Zusammenhang mit der neuen Raumvision genannt wurden, sind darin fast alle beisammen. Ihnen zur Seite stehen noch andere, von denen besonders Arp, Foltyn und Séligmann wesentlich sind. Die Bilder dieser Drei rücken der Natur bis zur innersten Keimzelle, bis zum irrationalen Kern zuleibe. Sie beschreiben gleichsam biologische Urzeichen: phantastische, zugleich triebhafte und ideenhafte Gestalten, Physiognomien, Organismen, in denen Tier, Pflanze und Mensch wesentlich vereint sind. Wer freilich die Natur nur als Landschaft oder Stilleben "genießen" kann, der wird am Ornamentalen dieser abstrakten Bildzeichen hängen bleiben, ohne den Impuls ihrer elementaren naturgeistigen Lebenskraft zu empfangen. Diesen Phantasielosen sei es gesagt, daß die "lächerlich primitiven" Holzbilder und Schnurreliefs von Hans Arp sich mit dem gleichen Recht auf die neue Biologie berufen können wie der Realismus auf die Naturwissenschaft des vorigen Jahrhunderts.

Mit den irrationalen Zeichenbildern von Arp, Foltyn und Séligmann reicht die Abstraction-Création zu den Surrealisten hinüber, die sie theoretisch ablehnt. Man ist dicht bei Joan Miro und Constantin Brancusi, die ihrerseits Bindeglied wären zu Paul Klee, Lüthy, Fritz Winter, Fritz Kuhr und Bortoluzzi, zu Chirico, Max Ernst, G. H. Roux, E. W. Nay, Dali und Otto Coester, und zu den Bildhauern Lipschitz, Henry Moore, Ewald Mataré, Haizmann. Eine internationale Ausstellung in Zürich bewies doch, wie sehr Abstrakte und Surrealisten zusammengehören, auch wenn sie in gewissem Sinn feindlichen Brüdern gleichen. Die Surrealisten sind Chaotiker, erfüllt von der Gegenwart eines neuen dämonischen Gesichts selbst in unserer rationalisierten und technifizierten Zivilisation. Wer die mörderische Krisengrimasse und Kriegsbegierde dieser Zivilisation vor Augen hat, wird ihnen recht geben. Der Mensch ist noch immer eine hintergründige Bestie, und die Welt noch immer ein Frage-

zeichen. Aber den Künstlern der Abstraction-Création geht es weniger um diesen Streit der Weltanschauungen, sonst müßten sie vor einem Arp auf der Hut sein. (Daß von diesem großen Künstler in Berlin noch keine Kollektivausstellung zu sehen war, ist, nebenbei gesagt, ein bedenkliches Zeugnis der Armut auch im Geist. Aber die Unterlassungsfünden des Berliner Ausstellungsbetriebs fangen nicht erst bei Hans Arp an. Seit wann gab es keine Ausstellung von Kirchner?) Der Leitfatz von Abstraction-Création ist: Ausschluß aller gegenständlichen Form aus dem Kunstwerk. Er befolgt den Doktrinarismus Wassilij Kandinskij's. Es ist gewiß wichtig schöpferische Kräfte einmal ausschließlich unter diesem Zeichen zusammenzufassen, um den tiefen Sinn, die sinnlich-plastische Vielfalt und Eindringlichkeit der neuen ornamentalen Vision, der neuen Sinnbildzeichenkunst darzutun. Aber man muß sich darüber klar sein, daß eine Kunst ohne gegenständliche Formen weder die einzig "reine" noch die heute einzig notwendige und wesentliche ist. Es kommt auf die geistige Beziehungsweise, auf die Spannung an, die das Kunstwerk den Einschränkungen durch das Persönliche, lebhaft Augenscheinliche enthebt, ins Wesenhafte vertieft, ins Umfassende weitet. Es kommt auf eine Phantasie an, die den sozialen und biologischen Verflechtungen und den irrationalen Hintergründen, kurz und gut den Universalien unleres Daseins gewachsen ist, ganz gleich, ob sie nun in ihre Vision Gegenständliches einverleibt oder nicht. Es kommt auf die geistig-formale Verarbeitung der Gegenstände an. Sie ist vollendet, sobald die Gegenstände im sinnbildhaften Zeichengeflecht, im Ornament der Form nicht mehr als Fremdkörper wirken.

Bei dem reaktionären Wult, der in unleren Ausstellungen und Zeitschriften vorherrscht, bei der Isoliertheit und Zerspalteneit der Künstler des neuen Bildes ist jedes Zeichen einer klaren gesammelten Einsicht kostbarer Gewinn. Deshalb sei abschließend auf das kleine Buch des Malers Otto Nebel Worte zur rhythmischen Malerei hingewiesen. Es ist eine wohlbegründete Theorie und zugleich eine dichterische Verherrlichung des neuen Flächenbilds. Was im Zusammenhang mit dem Gedankenkreis dieses Aufsatzes vor allem interessiert, das sind die wesentlichen Blickpunkte, die Nebel zur Schlichtung der Streitfälle, ob gegenständlich oder abstrakt, ob architektonisch oder ornamental, findet. Ein Satz sei wiedergegeben: »Ein Maximum an realen Daten bei einem Minimum an rhythmischen Beziehungen: das bleibt die Kennformel für alles Unvornehme, Minderwertige, Abwegige in den Künsten.«

LISBETH STERN · TOD UND LEBEN

TRITT man der Art eines Volkes näher, so wundert man sich immer wieder, wie auch die einfachen, scheinbar ganz primären Instinkte so verschieden eingestellt sein können. Wir zum Beispiel haben doch eine direkte Fremdheit gegen den Tod, eine Art Scheu, die ein Näherkommen fast verbietet (es sei denn, daß Beruf oder Wissenschaft die Einstellung ändern). Und wie anders ist dieses in den Geschichten des Alten Testaments. Da gehören Geborenwerden und Sterben gleicherweise zum Leben. Nie geben die älteren Geschichten da eine einzelne heldenhafte Episode aus dem Leben eines Einzelnen, sondern immer knüpft sich dieses Leben wieder an das Leben der Väter an, und es flicht sich weiter von der Kindheit bis in das Alter hinein, bis seine Helden nichts mehr von "Heldentum" an sich haben. Da ist alles einbegriffen ins Leben: Wirres und Gutes, auch Böses und eben auch die ganze Mühsal des Alters.

Grade aber von dieser Mühsal wollen wir meist nichts wissen, wie auch nichts vom Sterben. Fast denkt man sich das Sterben in der Art, wie man etwa eine bittere Medizin schluckt, schnell und mit geschlossenen Augen; die Zurückbleibenden sollen eben nur die Erinnerung an die guten und schaffenden Jahre zurückbehalten. Diese Technik des Augenschließens hat allerhand Grandioses an sich und kann offenbar Erstaunliches an Glanz und Schönheit leisten. Aber dem Kern des Lebens bleibt sie doch fern. Die Schmerzen und Leiden gehören doch so sehr ins Leben, daß, wenn jemand nur den Glanz und die Freude für sich beanspruchen wollte, man ihn für vorwitzig nehmen müßte. Seine Freude müßte ihm unter den Händen zerrinnen, und ein so flaches Ding zurückbleiben wie etwa das ever smiling der Amerikaner. Und man könnte kaum sagen, was überhaupt stärker befruchtend wäre von beiden. Die Schmerzen ziehen sich ja durch alle menschlichen Beziehungen hindurch, und grade durch die wesentlichsten, und bilden schließlich vielleicht einen festern Kitt unter den Menschen als alle Glücksgefühle.

Das Sterben gehört offenbar zu diesen Leiden, für die Gehenden wie für die Bleibenden. Aber mitten hinein in diese Leidensgefühle melden sich daneben ganz andere Instinkte, die fast in entgegengesetzter Richtung zu laufen scheinen. Es ist, als ob das Sterben überhaupt jedem Überlebenden eine Art neuen Zuschusses von Lebenskraft gäbe. Man bringt dem Toten sein Opfer und geht wieder in das Leben, oft mit Lachen und Dankbarkeit und auch mit geweiteter Aufnahmekraft.

Vielleicht liegt dem etwas Ähnliches zugrunde wie bei einem Baum, von dem die Blätter fallen, weil die jung zuschießenden Kräfte zu der festen Form des Blatts sich schließen wollen. Und daß wir trotz unserer Einzelbeweglichkeit doch zusammenhängen: durch ein gemeinsam Wachsendes hinter uns, das wir nicht kennen, ist doch wohl sehr möglich. So wäre es auch möglich, daß ebenso wie das abfallende Blatt dem nachkommenden neue Luft zuführt, und dieses sich nun dehnen und strecken wird, daß auch ein ähnliches neues Lebensgefühl uns bewegen mag, wenn ein Mensch aus den Reihen der Lebendigen austritt.

KARL RENNER . ZU VIKTOR ADLERS GEDÄCHTNIS



Am 24. Juni feierte die österreichische Sozialdemokratie Viktor Adlers 80. Geburtstag. Die gefährvollen, sorgenreichen Tage, die wir durchleben, haben alle geräuschvollen, festlichen Veranstaltungen ausgeschlossen und den Ausdruck pietätvoller Erinnerung bloß auf die Stimmen der Presse eingeschränkt. Im Denken und in den Herzen der österreichischen Arbeiter aber lebt Adlers Persönlichkeit heute, 14 Jahre nach seinem Tod, so wirksam fort wie kaum ein anderer der Großen der Zweiten Internationale, zu denen er zählte, in seinem Land. Und jeder halbwegs unterrichtete Vertrauensmann sagt es immer wieder: Das Wertvollste, was die österreichische Sozialdemokratie besitzt, was sie im Kreis aller Bruderparteien auszeichnet, danken wir Viktor Adler.

Gedenkblätter verfallen leicht in Überschwenglichkeit. Die sozialdemokratische Bewegung allerdings ist dem Vorwurf des Personenkults nicht ausgesetzt, im Gegenteil. Es hat seit jeher zu den obersten Grundsätzen sozialistischer Erziehung gehört die wirkende Kraft der Persönlichkeit hinter den

ökonomischen und sozialen Faktoren zurückzuführen und dem »lumpigen Individuum«, wie das Friedrich Engels genannt hat, eine höchst bescheidene Rolle in der Geschichte zuzugestehen. Die ungebändigte Lust an der Kritik hat allezeit das ihrige dazu beigetragen die Organe der proletarischen Bewegung, die die bürgerliche Welt als Führer verherrlicht oder verlästert, zu ihren Lebzeiten in den Augen der Mitwelt rechtschaffen zu verkleinern. Die Nachwelt aber flieht auch dem Parteimann selten Kränze, denn jeder Tag hat seine Not, und das Gestern wird zu leicht vergessen. Immer größer wird angeichts dessen, was wir heute erleben, der Zweifel, ob die Sozialdemokratie mit der danklosen Zurückhaltung gegenüber dem Verdienst der Person recht getan, ob sie sich dadurch nicht eines wesentlichen Mittels der Massenwirkung begeben hat. Wenn man mitansehen muß, wie bescheidenste Intelligenz und dürftigster Charakter hinaufgelogen werden zu legendenhafter Führerpersönlichkeit nicht nur bei einem immerhin ungewöhnlichen Benito Mussolini sondern auch bei dem schäbigsten Stabstumpeter, dann fragt man sich, ob die Sozialdemokratie nicht gut daran täte den Massen vorzutellen, welche Titanen im Vergleich zu diesen Schwindelgrößen die Vorkämpfer des Proletariats in Wahrheit gewesen sind. Viktor Adler freilich würde, wenn er heute noch lebte, eine solche Fragestellung leidenschaftlich verwerfen. Er war ein abgelagter Feind jeglichen Personenkults und unterließ es nie einer Versammlung, die ihn vor seiner Rede mit Beifallklatschen begrüßte, vorerst seinen Unmut darüber zu äußern. »Ich bin nicht gekommen euch ein Theater vorzumachen, daß ihr klatscht. Erst hört mich an, dann geht nach Hause und denkt darüber nach.« Das war nicht selten die Einleitung einer seiner Volksversammlungsreden. Die Erfolgsfreude manches beliebten Versammlungsredners kühlte er mit eiserner Ironie ab: »Man soll die Leute nicht mit den Kotzen fangen wollen.« Schwung und Pathos, die anders erzielt wurden, als indem man die Tatsachen, die aufreizten oder begeisterten, selbst sprechen ließ, waren ihm verdächtig und beinahe physikalisch zuwider. Hierin war er das grade Gegenteil seines Freundes Engelbert Pernerstorfer, der seine schöne mächtige Orgelstimme gern mit klangvollem Wort befrachtete. Ich erinnere mich einer gewaltigen Versammlung, in der nach Pernerstorfer die Menge, die noch ganz im Bann seiner schönen Rede stand, von Adler mit den beißenden Worten ernüchtert wurde: »Die Rede meines Freundes Pernerstorfer hat euch sehr gefallen. Er hat auch gar so einen schönen Zorn. Aber...« Ja, das war das berühmte Aber Viktors Adlers, der alle Affekte ethischer Billigung und Mißbilligung, ästhetischen Gefallens und Mißfallens, intellektueller Freude oder Unlust an der Logik des andern mit dem haarscharfen Messer praktischen, anschauenden Verstandes von dem Kern der Dinge loschälte, bis jeder, der ihn anhörte, wußte: Ja, so ist es *wirklich*. Nicht sich Berauschen, um zu handeln, sondern im Handeln Erkennen war das ihm eigne Verfahren. Seiner ganzen geistigen Veranlagung nach war er Empiriker. Den ersten Schritt denkend machen und dabei den zweiten lernen und so fort, bis man gehen kann; so ließe sich etwa seine Methode beschreiben. Er war hungrig nach Erkenntnis wie kaum einer, ein ganz gewaltiger Leser und Studierender, in vielen Wissenschaften und in mehreren Literaturen zu Haus. Dennoch, glaube ich, hat er niemals schlechthin nach einer von anderen übernommenen Parole gehandelt, was der Intellektuelle zu tun oft versucht ist, sondern immer nur auf Grund der vorliegenden Tatsachen, Machtverhältnisse, persönlichen und sachlichen Umstände. Darum hat er kaum jemals einen taktischen Fehler

gemacht, niemals zur Unzeit losgeschlagen, niemals mehr gewagt als zu gewinnen war. Aus der Erfahrung solchen Handelns hat er neue Regeln des Handelns abgeleitet und so Schritte gewagt, die ein "prinzipiell" geschultes Gehirn nie unternommen hätte; und siehe, es war gut. Andererseits war jede Erkenntnis, einerlei ob überliefert oder selbst gewonnen, für ihn nur wertvoll als Impuls zum Handeln. So läßt sich für ihn die oben gegebene Parole auch umkehren: In Erkenntnis handeln! Theoretischer Streit, der nicht zur unmittelbaren, einigen Tatbereitschaft der Arbeiterklasse führt, lag außerhalb seines praktischen Interesses, wenn er auch die Theorie um ihrer selbst willen, sozulegen als edelste Form der Beschäftigung in Mußestunden, leidenschaftlich liebte. Die Meinungsstreitigkeiten in der deutschen Partei, die Diskussionen in der Zweiten Internationale hat er mit gespanntem Interesse verfolgt und doch sorgfältig von der österreichischen Arbeiterklasse ferngehalten, solange sie nicht Gegenstände berührten, die unsere Praxis betrafen. Er war niemals Partisan der "revolutionären" oder der "reformistischen" Schule (ob schon man ihn öfter für die eine oder die andere als Zeugen angeführt hat), er war immer nur Viktor Adler, seine eigne Geistigkeit, seine besondere Richtung; wie er einmal sagte: nicht bloß Enkel, sondern selbst Ahne.

Um dies ganz zu verstehen, muß man einen Rückblick auf sein Leben und sein Lebenswerk richten. Zur Zeit, da er als junger Arzt in die Arbeiterbewegung Österreichs eingriff, war diese in der schmachlichsten Weise zerrissen. Radikale und Gemäßigte führten einen persönlichen Bruderkrieg, der jede sinnvolle Aktion ausschloß. Wohl seine erste Erfahrung war: Welche Verheerungen vermögen Prinzipienstreitigkeiten anzurichten, die für das allernächst Notwendige belanglos sind. Das zunächst Notwendige ist in der Regel nur eines; Möglichkeiten einer fernern Zukunft sind mannigfach und immer strittig. Ich kann, so schloß er aus der Tatsache der Spaltung, die zerrissene Arbeiterklasse nicht in eine kämpfende Gesamtheit zusammenführen, ohne daß ich sie auf das eine einstelle, das zunächst zu erreichen ist. Und so ging er von einem denkenden Proletarier zum andern, vom Radikalen zum Gemäßigten, vom Linken zum Rechten, und überzeugte sie, daß sie zunächst das politische Recht brauchen, daß sie zum Kampf um dieses Recht eine Presse, eine Organisation, eine *Parteiorganisation* brauchen. Indem er den Kampf ums Recht selbst, persönlich, aufnahm und tagtäglich führte, überzeugte er. Freilich nicht in Tagen und Wochen sondern in Jahren. Das Werk der Einigung gelang auf dem Parteitag zu Hainfeld. Nicht nur links und rechts, auch Proletarier der meisten Nationen Altösterreichs fanden sich zusammen. Das Proletariat wurde mit einemmal zu einer lebendigen, wirklichen politischen Macht. Die Männer von Hainfeld aber verkündeten und beherzigten zeitlebens eine Theorie vor allem, wenn man will: ein Dogma, das alle Streitigkeiten überbrückte: die *Einigkeit des Proletariats*, die Einheit der Bewegung. Diese Überlieferung von Hainfeld, das Einheitsdogma, wurde in Österreich so mächtig, daß davor alle dogmatischen Streitigkeiten, ob sie von außen oder von innen kamen, verklungen oder gar verstummen. Die Sozialdemokratie in Österreich blieb ungeteilt, selbst die "kommunistische" Abspaltung blieb hier bedeutungslos. Die Österreicher betrachteten dies als wichtigstes Vermächtnis Viktor Adlers. Er lebt in uns fort, solange dieses Vermächtnis wirkt.

Als Viktor Adler in die Bewegung Altösterreichs eingriff, waren die selbständigen Lebensäußerungen der Arbeiterklasse völlig erstickt. Die Gewerkschaften waren zer schlagen, die Genossenschaften verkümmert, die Bildungs-

vereine verödet, die eigne Presse war unterdrückt, all das, ohne daß vorher viel davon bestanden hätte. Viktor Adler drang mit seinem Kampf ums Recht in jede Werkstatt, kletterte nachts in die Ziegelwerke der Wiener Umgebung, um die kapitalistische Ausbeutung am lebendigen Subjekt aufzuzeigen, um tatsächliche Objekte zu bekämpfen. So half er mit die Gewerkschaften wieder aufzubauen, er gliederte die Genossenschaften in die Gesamtbewegung ein, nahm Interesse an jeder Form der Kulturbewegung des Proletariats, wurde selbst Apostel der Antialkoholbewegung und so fort. Das ganze reale Zusammenwirken der Arbeiter in allen großen und kleinen Fragen proletarischen Lebens, die *praktische* Betätigung des Gemeinnes, galt ihm als die wertvollste Garantie des Klassenbewußtseins, nicht die bloße theoretische Lehre dieses Bewußtseins. Unvermeidlich predigte er das Evangelium der Kleinarbeit. Nichts konnte ihn mehr in Harnisch bringen als wohlgemeinte Warnungen, den Sozialismus ja nicht bloß als "Messer-und-Gabel-Frage" zu behandeln, als die Befürchtung, der Kampf um das Recht in der Werkstatt oder die Krämerei der Genossenschaften könnte die Bewegung verflachen, oder die Mitarbeit proletarischer Vertretung in den Gemeinden, Landtagen oder im Parlament könnte sie korrumpieren. Jede kleinste Position war ihm Ziel der Eroberung und legte die Verpflichtung zur Behauptung auf. Diese seine Wesensart hat dazu beigetragen, daß ihn die Reformisten in vieler Hinsicht als den ihrigen ansehen konnten, und obchon er theoretisch vielfach anders dachte als Eduard Bernstein, mochte er nicht leiden, daß man über ihn ein auch nur abfälliges Wort gebrauchte. Im letzten Grund aber floß seine Liebe zur Kleinarbeit, die er persönlich nie verschmähte (im Gegensatz zu Engelbert Pernerstorfer, der sich gern nach dem Schillerwort »der Menschheit großen Gegenständen« hingab und jeder »knechtischen Arbeit abhold« war), aus der Überzeugung, daß auch die Arbeiterklasse nur im Handeln lerne, nur durch die Teilnahme an der Wirtschafts- und Staatsverwaltung beide beherrschen und erst durch diese Beherrschung das große Endziel erfassen lerne. Er, dem der Arbeiter nicht ein wissenschaftlicher Begriff sondern dank seiner ärztlichen Schulung leibhaftig das Opfer politischer Knechtung und kapitalistischer Ausbeutung war, unterlag natürlich nicht dem sozialen Wunderglauben vieler radikaler Schriftgelehrten, daß der Arbeiter schon kraft seiner Klassensituation alles verstehe und treffe, aber er, der eine große Zahl proletarischer Vertrauensmänner durch unablässige Verwendung zu schwersten Aufgaben emporgeschult hatte, wußte, daß das Proletariat, sofern es nur Recht und Gelegenheit der Mitarbeit erhalte, in harter Selbstzucht geschult werden könne die höchsten Zwecke des Gemeinwesens zu erfüllen.

Seine immer wagende, oft und oft hemmende, Schritt für Schritt vorwärtstastende Art (er sagte einmal, man solle niemals etwas erobern wollen, was man nicht sicher behaupten kann, »denn jeder Rückschlag ist gefährlich«) hat ihm den Beinamen des Bremsers eingetragen, und lange Jahre hatte er unter dem Vorwurf zu leiden, daß er 1893 nicht für die Taaffelsche Wahlreform den Generallstreik proklamiert habe. Wie oft hat er hitzige Köpfe enttäuscht, ja erbittert durch sein Wort: »Ich werde die Arbeiter niemals auf die Straße führen, wenn ich nicht weiß, wie ich sie wieder heimbringe.« Dennoch hat die Zeit gelehrt, daß er zur rechten Stunde zur revolutionären Tat bereit war und dabei noch allen anderen voranging. Es war sein unendlicher Vorzug allein mutig zu sein, wenn alle verzagten, und allein kalt zu bleiben, wenn alle zu glühen begannen. Als der Parteitag 1905 im Favoritner Arbeiter-

heim den Wahlrechtskampf zum Endkampf steigerte, der kein Mittel mehr ausschloß, war er vorangegangen, und sein höchst reales und darum höchst wirkfames Pathos riß die Gesamtheit widerspruchslos mit. Nun war er auch des Sieges gewiß: Revolution hieß ihm eben nicht bloß eine Summe aufwühlender Aufrufe und flammender Reden sondern die vorher gewonnene Gewißheit, sagen wir, »daß die staatlichen Postwagen nicht fahren können, umgestürzt, mit den Rädern in der Luft«, wie ihm der Führer der in solchem Fall zuständigen Gewerkschaft verbürgte.

Und das gehört mit zu der Tradition, die sich an Viktor Adler knüpft: die Überzeugung der österreichischen Arbeiterklasse, daß, wenn ein großer Umsturz wirklich möglich und zielführend ist wie 1905 und 1918, er auch nicht ausbleibt, daß andererseits niemand da ist, der die Arbeiter auf die Straße führen will, ohne zu wissen, wie er sie wieder heimbringt. Und solches Vermächtnis Adlers erklärt auch zum allergrößten Teil, warum bei unseren Arbeitern die Kraftmeiereien der "Kommunisten" so wenig verfangen.

Alles in allem: Es fällt schwer Viktor Adler in irgendeine theoretische oder persönliche Schablone einzureihen. Er war eine Wesenheit für sich, eine Eigenart, die wohl selbst zur Hälfte das Erzeugnis der österreichischen Umstände ist. Er hatte immer große Scheu über die Bewegung anderer Länder abzuurteilen. »Um über die Politik eines Landes mitzureden«, pflegte er zu sagen, »muß ich es kennen wie meine Westentasche.« Kein Wunder, daß er sich beharrlich dagegen wehrte die Meinungsverschiedenheiten anderer Länder nach Österreich herüberschlagen zu lassen. Den Bruderparteien gegenüber war er immer karg im Lob und sehr vorsichtig im Tadel. Den russischen Umsturz überlebte er nur kurze Zeit, er pflegte über die Bolschewisten zu sagen: »Ich fürchte, die Methoden dieser Leute werden bei unseren Feinden Schule machen und der westeuropäischen Arbeiterschaft noch viel zu schaffen machen.« Er ging von uns, 2 Tage, bevor wir (noch mit seinem Einverständnis) Republik und Anschluß proklamierten. Als er auf dem Krankenbett darüber mit uns sprach, äußerte er wiederholt: »Wo ist der Feind? Sie haben sich jetzt verkrochen. Wir stoßen mit der Stange in den Nebel. Ich fürchte, sie werden später wiederkommen.« Wie wahr sind diese Worte geworden!

Viktor Adlers kluges Wort, sein abwägender Verstand, sein heldenhaftes Zaudern wie seine zugreifende Tatkraft, vor allem aber seine Liebe zum arbeitenden, leidenden, ringenden Proletarier sind das köstliche Erbe, das wir österreichischen Sozialdemokraten treulich hüten.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Ostasien

Die Völkerbundskommission zum Studium der durch die japanische Besetzung in

der Mandchurei geschaffenen Verhältnisse war noch nicht abgereift, als die Welt von einer neuen Aktion erfuhr. Am 28. Januar begannen die Japaner mit einer Beschießung Schanghais, und zwar Tschapeis, der nördlich von der Internationalen Siedlung liegenden Chinesen-

Stadt. Hier erhebt sich das Gebäude der China Commercial Press, des größten chinesischen Pressekonzerns. Es war das Zentrum der antijapanischen Boykottaktion, die auf die Mandchureibesetzung hin begann. Japan verlangte, daß der Boykott aufhöre, und als das nicht geschah, griff es zu militärischen Mitteln, zunächst zu einem Bombardement Tschapeis, was dessen völlige Zerstörung und den Tod von 7000 chinesischen Zivilpersonen verursachte. Der chinesische Widerstand, besonders der 19. Kantone-

fischen Armee, wurde erst gebrochen, als mehr als 100 000 japanische Truppen mit modernstem Kriegsmaterial in den Kampf eingriffen. China rief wieder den Völkerbund an. Auch die Mächte der Internationalen Siedlung (England, Amerika, Frankreich, Italien) verfluchten an Ort und Stelle und durch ihre Botschafter in Tokio zu vermitteln. Am 29. Februar erklärte Japan noch einmal, die Voraussetzung für einen Waffenstillstand sei die Zurücknahme der chinesischen Truppen um 20 Kilometer. Eine der Folgen der japanischen Aktion ist die Herstellung besserer Beziehungen zwischen den chinesischen Regierungen in Nanking und Kanton. Die russische Regierung gestattete am 29. Februar die Benutzung der Ostchinesischen Eisenbahn für japanische Militärtransporte, nahm aber am selben Tag die diplomatischen Beziehungen mit Nanking wieder auf. Am 3. März ziehen sich die chinesischen Truppen aus Schanghai zurück. Am gleichen Tag wird in Genf die außerordentliche Völkerbundsversammlung eröffnet, deren Einberufung China verlangt hatte. Sie wird am 11. März auf unbefristete Zeit vertagt, nachdem sie in einer Erklärung ihren Wunsch, man solle baldigst zu normalen Zuständen zurückkehren, ausgedrückt hat. Japan erklärte dort, es verfolge in Schanghai keine territorialen Ziele; die Mandchurei erwähnte der japanische Delegierte nicht. Nach längeren Verhandlungen in Genf und Schanghai, an denen auch die Vereinigten Staaten von Amerika teilnehmen, werden am 18. März die Waffenstillstandsbedingungen vereinbart, am 29. März die Feindseligkeiten eingestellt, und am 5. Mai wird in Schanghai das Abkommen zwischen China und Japan unterzeichnet, das die Verhältnisse des Jahresbeginns wiederherstellt. Die japanischen Truppen werden abtransportiert, meist nicht nach Japan sondern nach Korea und der Mandchurei. Der Waffenstillstand, abgeschlossen von der Seijukai-Regierung, die nach dem großen Wahlsieg (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1932 I Seite 453) zur Macht gelangt war, führte zur Ermordung des Ministerpräsidenten Takefchi Inukai durch 6 japanische Offiziere am 15. Mai, und 2 Tage später verlangte die Armee ultimativ die Einsetzung einer "nationalen" Regierung, mit deren Bildung am 23. Mai der Admiral Makoto Saito beauftragt wurde. Japan wird jedenfalls die Mandchurei nicht verlassen. Das bedeutet Aufhäufung neuen Zündstoffs. Rußland, das die Sache zunächst angeht, wird freilich alles daran

setzen den Friedenszustand zu wahren. Durch Einmischung in Fernostprobleme hatte sich Stalin bereits 1927 eine schwere Schlappe geholt, die damals die Erlsetzung Jurij Tschitscherins durch Maxim Litwinow auslöste, er wird daher schwerlich eine neue Einmischung riskieren wollen. Dies um so weniger, als Rußland militärisch den kürzern ziehen dürfte; aber selbst wenn, was wenig wahrscheinlich ist, Rußland einen Krieg gewinnen würde, wäre eine siegreiche Armee für den Bestand der bolschewistischen Herrschaft gefährlich. Immerhin ist bei Einmischung Dritter die Möglichkeit einer Konflagration im Fernen Osten nicht von der Hand zu weisen.

Frankreich und Deutschland Der Gießener Professor Friedrich Lenz behandelt in

einer Schrift *Der Youngplan, die Kirchen und die Sowjetunion* /Krefeld, Vorkämpferverlag/ eine ganze Anzahl von Problemen, die er sich bemüht auf einen Generalnenner zu bringen. Daß er sich gegen einen Feldzug der Kirchen aller Schattierungen gegen die bolschewistische Regierung wendet und dabei die innere Zerfahrenheit, die Widersprüche und die vielfache Tragikomödie aufzeigt, ist schon in der Ordnung. Überflüssig ist der Nachweis, daß Deutschland keine Veranlassung hätte an einem Interventionskrieg in Rußland teilzunehmen, da ohnehin nirgends, außer in der probolschewistischen Propaganda, an eine solche Intervention gedacht wird. Verfehlt aber sind die Versuche eine deutsch-russische Schicksalsgemeinschaft gegen das westliche Finanzkapital (wobei man natürlich sofort an Frankreich denkt) zu konstruieren. Durch solche Deduktionen, die einer tiefen Analyse ohnehin nicht standhalten, wird nur die antifranzösische Stimmung im deutschen Volk verstärkt; man legt dadurch der Zusammenarbeit mit Frankreich, die für Deutschland lebensnotwendig ist, neue Hindernisse in den Weg.

Die deutsch-französische Kooperation ist die Voraussetzung des Vereinigten Europäischen Kontinents, der geschaffen werden muß, wenn die europäischen Völker überhaupt noch eine Zukunft haben wollen. Jetzt, da in Frankreich eine neue Regierung Herriot am Ruder ist, muß daher an die geistvolle Schrift Edouard Herriots Vereinigte Staaten von Europa erinnert werden, deren deutsche Ausgabe bei Paul List in Leipzig erschienen. Sie wendet sich an eine breitere Öffentlichkeit, stellt bewußt einen Kommentar zum Briand'schen Memorandum

dar. Die wichtigsten Thesen Herriots sind: Das europäische Bündnis vermag nur im Rahmen des Völkerbunds verwirklicht zu werden, als ein Element dieses Bundes, als ein Schritt nach vorwärts in seiner Entwicklung. Der Pakt der Nationen läßt innerhalb eines Kontinents regionale Verträge zu; um so mehr muß er den Vertrag eines ganzen Kontinents zulassen. Ein europäisches Bündnis ergibt sich aus den wirtschaftlichen Entwicklungsgezetzen selbst, aus der industriellen Konzentration, aus der Notwendigkeit den europäischen Markt zu verteidigen. Der Zusammenschluß der Nationen muß unter dem Gezetz absoluter Gleichheit erfolgen. Die Aufhebung der Zollschranken ist als das Ende und nicht als der Anfang einer wirtschaftlichen Organisation Europas zu betrachten. Diese vermag nur durch eine europäische Kreditorganisation Stabilität zu erlangen. Ein endgültiges Schiedsgerichts-, Abrüstungs- und Sicherheitsregime allein kann ihr Dauer verleihen. Der Vorrang der Wirtschaft vor der Politik wird anerkannt. Wie kann Europa solidarisch handeln, solange in Ostoberschlesien an Lohn 39 %, in Westoberschlesien aber 60 % des britischen Bergarbeiterlohns gezahlt werden, hier 12 %, dort 1 % Sozialabgaben zu tragen sind? Sehr interessant und reich dokumentiert ist das Kapitel über die internationalen Kartelle. Dagegen genügt der Abschnitt über Souveränität und Union sozialistischen Anschauungen wohl nicht.

Vorkriegs-politik

In den University of Illinois Studies in the Social Sciences erschien als 3. Heft des 16. Bandes eine Arbeit Arthur May Hydes A Diplomatic History of Bulgaria 1870 to 1886. Sie schildert gut unter Ausnutzung der westeuropäischen Quellen die Geschichte Bulgariens von der Bildung des Exarchats /1870/, dem Aufstand von 1875, dem Russisch-Türkischen Krieg von 1878 an. Die Bemühungen der Mächte zu einer Lösung werden diskutiert, der Friede von San Stefano, die Berufung des Fürsten Alexander von Battenberg, die Eiferfuchteleien der Mächte gut charakterisiert. Das Schlußkapitel befaßt sich mit der Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens. Es ist schade, daß Hyde sich auf die »diplomatische« Geschichte, das heißt im wesentlichen den Notenaustausch, beschränkt hat. Er hätte auch beschreiben sollen, wie Bulgarien unter dem Battenberger auslah. Dessen Nachfolger war Ferdinand von Koburg. Seine Biographie erschien

soeben, von Heinz Roger Madol geschrieben: Ferdinand von Bulgarien, ein Traum von Byzanz /Berlin, Univerlitas/. Das Buch beruht auf der gesamten Literatur über diesen Fürsten, dessen Charakterbild ebenfalls stark in der Geschichte schwankt, sowie auf ungedruckten Akten und Gesprächen mit dem Dargestellten. Der Verfasser ist natürlich etwas in seinen Gegenstand verliebt, und so geht er über unangenehmere Ereignisse Ichnell hinweg. Gewiß hat aber Ferdinand für Bulgarien Großes geleistet. Der Fortschritt von 1886 bis 1918 ist gewaltig. Für die Geschichte der Balkankriege, der balkanischen Zustände überhaupt, ist die Schrift sehr wertvoll; sie macht uns auch mit einer eigentümlichen und eigenwilligen Persönlichkeit bekannt.

Fürst Bülow will, nach seinen Denkwürdigkeiten, die richtige Politik vertreten haben; er sei aber stets entweder durch die öffentliche Meinung oder durch impulsives Auftreten des Kaisers an der Verfolgung seiner Pläne gehindert worden, und schließlich habe Bethmann Hollweg dann alles ganz verdorben. Karl Friedrich Nowak hat nun, getötzt auf persönliche Äußerungen Wilhelms II, in seiner Schrift Deutschlands Weg in die Einkreisung /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/ zu beweisen versucht, daß »der Kaiser durch merkwürdige und bedrückende Schicksalsfügung im Kreise seiner Ratgeber der einzige war, der überhaupt Linien politischen Denkens zeigte, zugleich der einzige, der das Richtige sah. Daß er in äußerlichen Dingen, in Unvorlichtigkeit und rednerischer Entgleisung Züge absolutistischen Wollens aufwies, aber in großen, klar erkannten Entscheidungen sein Wollen nicht auspielte, war seine Schwäche.« Die berichtigten Randbemerkungen des Kaisers (die in der großen Aktenpublikation mitveröffentlicht sind) und die Willy-Nicky-Briefe genügen, um uns davor zu bewahren durch die geschickten Darstellungen verwirrt zu werden. Diese behandeln die Zeit von Caprivi bis zum Vertrag von Björkö. Interessante Einblicke in die psychische Verfassung der damals Regierenden gewähren sie auf jeden Fall.

Totenliste

In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1931 starb in Rom, fast 80 Jahre alt, Antonio Salandra, der Ministerpräsident Italiens während des Weltkriegs. Er veranlaßte sein Land 1915 in den Krieg gegen seine ehemaligen Verbündeten einzutreten; in seinen Denkwürdigkeiten begründete er seine Kriegshaltung damit, daß,

wie er in seinem Neujahrsgruß an seinen Außenminister Sidney Sonnino sich ausdrückte, »eine bedeutende Vergrößerung« seines Vaterlands erreicht werden sollte. Er stammte aus einer frommen süditalienischen Signorifamilie, war Jurist, wurde im Alter von 33 Jahren Abgeordneter als Vertreter der Konservativ-Liberalen Partei, die einft Cavour gründete, dann Finanz-, Handels-, Schatzminister, endlich 1914, als Nachfolger Giovanni Giolittis, Ministerpräsident.

Am 7. Januar 1932 starb in Paris der französische Kriegsminister *André Maginot*, im Alter von 55 Jahren. Seit 1910 vertrat er in der Deputiertenkammer einen lothringischen Wahlkreis. Vor Verdun verlor er ein Bein. Er war glühender Anhänger Poincarés und scharfer Gegner Briands, mit dem er gleichwohl im Kabinett Laval zusammenfaß.

Am 30. Januar starb in Bagdad der deutsche Geschäftsträger *Wilhelm Litten*, im Alter von 53 Jahren. Er war einer der besten deutschen Orientkenner. Vor dem Krieg war er in Perlien, später als Dozent für Persisch am Orientalischen Seminar in Berlin tätig. Im Jahr 1929 begab er sich in den Irak.

In Wien starb am 5. April *Ottokar Graf Czernin*, 60 Jahre alt. 1912 wurde er österreichisch-ungarischer Gesandter in Bukarest. Im Dezember 1916 wurde er Außenminister, und er vertrat 1917 die Doppelmonarchie bei den Friedensverhandlungen in Brest Litowk. Streitigkeiten mit der deutschen Obersten Heeresleitung und besonders die Sixtusaffäre zwangen ihn im April 1918 zum Rücktritt. Er hatte im Frühjahr 1917 verluht durch Vermittlung des Prinzen Sixtus von Parma, eines Schwagers des Kaisers Karl, sich mit Frankreich über die Einleitung von Friedensverhandlungen zu verständigen. Doch scheint er den bekannten Sixtusbrief vom 24. März 1917, in dem der Kaiser Karl versicherte, er »würde in Berlin Frankreichs berechtigte Ansprüche auf Elsaß-Lothringen vertreten«, nicht gekannt zu haben. Auch die Gespräche, die Czernin 1917 in der Schweiz zwischen Revertera und Armand beziehungsweise Smuts und Mensdorff halten ließ, hatten infolge deutschen Widerstands keinen Erfolg.

Kurze Chronik Zwischen den Mächten der *Kleinen Entente* wurde am 9. Mai ein neues Militärabkommen unterzeichnet. ◊ Der Freundschaftsvertrag zwischen *Italien und der Türkei* wurde Anfang Juni anlässlich des Romaufenthalts des türkischen Premiers

Ismet und des Außenministers Tewfik Rüşchdi auf weitere 5 Jahre verlängert. ◊ Der Haager Internationale Gerichtshof fälltte am 6. Juni ein Urteil, nach dem die seit 1815 bestehenden *Zollfreizonen um Genf*, die Frankreich 1923 abgelchafft hatte, bis zum 1. Januar 1934 wiederherzustellen sind. ◊ Als neuer Gesandter Belgiens kam *André de Kerchove de Denterghem* nach Berlin, wo er schon 1920 als Geschäftsträger weilte; dann war er Gouverneur von Ostflandern.

Literatur In den Ostsektor des Mittelmeers, aber noch weiter darüber hinaus führt uns die Schrift *Ernst Reinhard's Kampf um Suez* /Dresden, Kaden & Co./, Der Verfasser schrieb schon 1926 ein Buch über die imperialistische Politik im Fernen Osten. In den einleitenden Kapiteln des neuen Buchs behandelt er die großen Probleme der »englischen Feltung um den Suezkanal«, das heißt des Werdens des Britischen Imperiums um den Indischen Ozean, die historischen Kämpfe in all den Gebieten, sei es mit anderen Bewerbern, sei es mit den Eingeborenen. Die Rolle der Kohle, des Petroleums, des Zinns, des Kautschuks werden uns vorgeführt. Die Bedeutung 'Suez' und Singapores werden klar. Den Hauptteil des Buchs nimmt die Beschreibung des Kampfs in Ägypten ein. Hier ist die Schilderung an vielen Stellen meisterhaft. Daß sie jedoch in englischen Kreisen Zustimmung finden wird, glaubt der Verfasser wohl selbst nicht. Doch übertreibt er nirgends: Die Wirklichkeit war so grauig. Die Probleme des Sudans und Abessinien folgen. Hier ist zu erwähnen die Darstellung der italienischen Versuche Einfluß zu nehmen »als Schildhalter des amerikanischen Kapitals«. Ein itarkes Kapitel über Arabien schildert Hintergründe britischer Politik. Daß Reinhard nicht überall die richtige Stellung nimmt (vor allem im Punkt Palästina: siehe dazu hier den Artikel Kaliskis, 1929 II Seite 783), ist zu bedauern. Der Hauptwert des Buchs besteht in dem großen Tatfachenmaterial und der meisterhaften Art, wie es gruppiert und verwandt wird. Als Ziel stellt der Sozialist Reinhard hin: »Die Politik der Arbeiterschaft muß es sein Freiheit und Wohlergehen mit einander zu verbinden und alle Völker einem einheitlichen Plan unterzuordnen, in dem die Probleme nationaler Unterdrückung keine Rolle mehr spielen können, weil sie durch die sozialistische Organisation völlig in nichts aufgelöst worden sind.«

Wirtschaft / Gerhard Kreyllig

Weltproduktion Die industrielle Weltproduktion ist jetzt auf dem Vorkriegsstand von 1913 angelangt. Da die Bevölkerung in der Zwischenzeit erheblich gewachsen ist, bedeutet dieser Rückgang, daß die Massen weit unter Vorkriegsniveau versorgt sind. Wesentlich ist dabei insbesondere, wie weit durch den Krieg und die Nachkriegsjahre die Verlagerung der industriellen Bedeutung der einzelnen Länder eingetreten ist, da sie mit besonderer Dringlichkeit die Aufgabe des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses vor Augen stellt. Setzt man die industrielle Produktion von 1913 gleich 100, so zeigt sich, daß die hochkapitalistischen Länder Europas, deren Vorkriegsbedeutung durch ihre Vorrangstellung auf industriellem Gebiet gekennzeichnet war, gegenüber den anderen Ländern erheblich ins Hintertreffen gekommen sind. Lediglich Frankreich vermochte seine Produktion bis Anfang 1932 auf Vorkriegshöhe zu halten. In Österreich sank sie auf 78, in Deutschland auf 62, in Polen auf 46. Das industrielle Produktionsvolumen Deutschlands entspricht dabei dem Stand von 1896-1897. Auf der andern Seite haben die Vereinigten Staaten von Amerika Anfang 1932 den Vorkriegsstand von 100 gehalten, Canadas Industrieproduktion steht 147, Japan steht auf dem Stand von 222, wobei die Kriegsproduktion nicht unbedeutend beteiligt sein dürfte. Es ist also deutlich sichtbar, daß die alten Industriestaaten Europas an Weltbedeutung stark verloren haben, zugunsten der neuen, überwiegend überseeischen Industriepotenz. Wie sich die Krise im letzten Jahr ausgewirkt hat, zeigt die Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber dem bereits sehr niedrigen Stand von Anfang 1931. Der Produktionsrückgang betrug in diesem einen Jahr in Japan 2%, in Canada 12%, in den Vereinigten Staaten von Amerika 16%, in Österreich 18%, in Deutschland 21%, in Frankreich 23%, in Polen 29%. Man sieht, daß die kontinentaleuropäischen Industriestaaten von der Krise im letzten Jahr weitaus am schärfsten betroffen worden sind. Man hat ihnen das englische Beispiel der Preisgabe des Goldstandards zur Nachahmung empfohlen. Wie wenig aber das Experiment in England selbst zum Erfolg geführt hat, beweist dort der Exportrückgang um 4,6 Millionen Pfund Sterling im Mai gegenüber dem April; gegen den Mai des Jahres 1931 bedeutet das einen Exportrückgang um 8%.

Protektionismus Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Völkerbunds hat eine interessante Studie über die Bedingungen des internationalen Handels der Gegenwart herausgebracht, die die protektionistischen Maßnahmen fast aller Länder im einzelnen aufzählt und ihre Wirkungen beschreibt. Der Protektionismus bedient sich in der Handelspolitik, abgesehen von den Zollerhöhungen, der verschiedensten Mittel. Zur Außenhandelsreglung durch Devisenkontrolle griffen Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Österreich, Rumänien, die Tschechoslowakei, die Türkei, Ungarn. Das Mittel der Einfuhrkontingentierung wurde angewandt von Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Lettland und die Türkei gingen zum Außenhandelsmonopol über. Warentauschabkommen wurden getroffen zwischen Deutschland und Ungarn, Österreich und Rumänien, Bulgarien und Griechenland, Bulgarien und der Schweiz, Frankreich und Lettland, Norwegen und Rußland, Polen und Österreich, Ungarn, Bulgarien, Estland und Jugoslawien. Zum Zahlungs-clearing gelangte Österreich mit Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Holland, der Schweiz und Jugoslawien; Ungarn mit Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz; Frankreich hat solche Abkommen mit Estland und Lettland, die Schweiz mit Jugoslawien. Der Welthandel schrumpft, nach den Angaben dieses Völkerbunds-ausschusses, von Monat zu Monat weiter zusammen. Als ein Maßstab kann die Tatsache dienen, daß im 1. Quartal 1931 der Weltexport an Industrieerzeugnissen um 24% zurückgegangen ist. Im Januar 1932 ist der Export, verglichen mit den Ergebnissen vom Januar 1930, in einzelnen Ländern bis zu 70% zurückgegangen ist, so in Spanien und Ungarn. Jugoslawien verzeichnet 65% Rückgang, die Vereinigten Staaten von Amerika verzeichnen 63%. Rund die Hälfte und mehr Ausfuhrinbuße hatten Deutschland, Canada, Frankreich, Großbritannien, Japan, Österreich, Polen, die Schweiz, die Südafrikanische Union, die Tschechoslowakei. Entsprechend groß sind die Einfuhreinschränkungen, bei denen Deutschland innerhalb dieser beiden Jahre mit 66% Importrückgang den Rekord hält. Mit rund 60% und mehr Importdrosselung folgen Canada, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Spanien, Ungarn, die Vereinig-

ten Staaten von Amerika. Das Ansteigen der Weltarbeitslosigkeit von 15 auf fast 30 Millionen im Frühommer 1932 hängt natürlich auch damit zusammen (ohne daß hier ihre einzige Ursache läge). Was folgt aus dieser Zusammenstellung? Daß die Freihandelsperiode beendet, das Prinzip des Laiffer-aller auch in der Handelspolitik tot ist, kann selbst der Altliberale nicht mehr in Abrede stellen. Aber der beliebige Protektionismus der Staaten, der kleinen und kleinsten Wirtschaftsgebiete, wird der Lage nicht Herr, fängt sich vielfach selber im Zirkel. Aus alledem ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit die Neugefaltung der Welt durch die Bildung hinreichend großer, ausgeglichener und in allem Lebenswichtigen sich genügender Produktionskörper, also die Enttötung der 5 großen Wirtschaftsimperien, wobei die Organisierung des einen von ihnen; des Vereinigten Europäischen Kontinents, als deutsch-französische Aufgabe gestellt ist.

Deutschland Der Arbeitsmarkt als bester Gradmesser für die Schwere der Krise in Deutschland zeigt, was bei der bisher innegehaltenen falschen Orientierung der deutschen Außenpolitik nicht überrascht, eine weitere bedrohliche Zuspitzung der Lage. Ende Mai wurden 5 583 000 Arbeitslose gezählt, gegen 6 042 000 im Januar und die Rekordzahl von 6 128 000 Ende Februar 1932. Mitte Juni waren es immer noch 5 569 000. Insgesamt sind also gegenüber dem Höchststand 560 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe hineingekommen. Der Stand der Arbeitslosigkeit liegt aber noch immer um $1\frac{1}{2}$ Millionen über dem Vorjahrsstand, nicht zuletzt deshalb, weil die saisonmäßige Entlastung weit hinter den Vorjahrsresultat zurückblieb. Eine weitere konjunkturelle Verschlechterung der Wirtschaft ist also Tatsache. Nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds waren Ende Mai 43,9% der Mitglieder voll arbeitslos, gegen 30,4% vor Jahresfrist, und 22,2% standen in Kurzarbeit, gegen 17,1% Ende Mai 1931. In den Konjunkturgruppen ergibt sich Ende Mai eine Arbeitslosigkeit von 36,8%, gegen 33,9% im Dezember und in der Saisongruppe eine Vollarbeitslosigkeit von 77,1%, gegen 84,2% im Dezember und 55,5% im Mai 1931. Trotz diesem katastrophalen Stand besteht kaum Hoffnung durch innere Maßnahmen Arbeit großen Umfangs beschaffen zu können. Auch die Ausichten durch gute Exportresultate den bereits außerordentlich tiefen Beschäftigungsgrad

zu halten oder gar zu bessern werden von Monat zu Monat durch die protektionistische Handelspolitik aller Länder ungünstiger. Im Mai ergab sich zwar gegenüber dem April wieder ein etwas größerer Exportüberschuß von 96 Millionen Mark; das kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß mit einem Gesamtexport von nur noch 447 Millionen Mark ein Rekordtieftand erreicht worden ist. (1931 betrug die monatsdurchschnittliche Ausfuhr 800 Millionen Mark.) Nur die außerordentlich scharfe Drosselung der Einfuhr, die mit nur noch 351 Millionen Mark gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 561 Millionen im Jahr 1931 und 866 Millionen im Jahr 1930 ebenfalls einen Rekordtieftand aufwies, ließ den Aktivsaldo erreichen. Im Durchschnitt der ersten 5 Monate 1932 betrug der Ausfuhrüberschuß 102 Millionen, jedoch 164 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahrs und 240 Millionen im Jahresdurchschnitt 1930. Entsprechend ungünstig ist die Produktionslage in den einzelnen Industriezweigen. Die arbeitsmäßige Roheisenproduktion war im Mai mit 12 303 Tonnen zwar um 9% größer als im April, lag aber noch um 31,2% unter der Vorjahrsproduktion. Die Rohstahlproduktion betrug im Mai 27 128 Tonnen; trotz fast 35prozentiger Produktionssteigerung gegenüber dem April als Folge der Ruffenaufträge (über deren Wert damit nichts ausgesagt ist) bleibt sie noch fast 13% hinter dem Ergebnis vom Mai 1931 zurück. Nicht besser sieht es im Bergbau aus. Die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet betrug im Mai 5 640 023 Tonnen, gegen 5 885 338 Tonnen im April und 6 862 243 im Mai 1931. Die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter betrug nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds im Mai 20%, gegen 15% im Vorjahr. In Kurzarbeit standen 32,3% der Mitglieder, gegen 21,8% vor Jahresfrist. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung (das sich in seinem letzten Vierteljahrsheft übrigens für die, den wahren Autarkiegedanken kompromittierende Autarkiepsychose merklich zugänglich zeigt) ist der Bruttoproduktionswert der Industrie auf 2,92 Milliarden Mark im April, gegen 4,43 Milliarden Mark vor Jahresfrist, gesunken; das bedeutet einen Rückschlag um rund 35%, der die Gesamtsituation kennzeichnet.

Frankreich Nach der amtlichen Arbeitslosenstatistik zählte man in Frankreich im April 292 000 unterstützte Erwerbslose, vor Jahresfrist

waren es knapp 50 000. Die um das 6fache gestiegene Arbeitslosenziffer zeigt, daß Frankreich sich den Wirkungen der Wirtschaftskrise in den anderen Ländern, mit denen seine eigne Wirtschaft bis zu einem gewissen Grad zusammenhängt, nicht mehr ganz entziehen kann. Jahre hindurch war es infolge seiner Wirtschaftsstruktur als glückliches Eiland ganz von der Krise verschont. Die Gesamtzahl der Vollarbeitslosen wird Ende Mai auf 1 Million, die der Kurzarbeiter auf 2½ Millionen geschätzt. Die Gesamtproduktion Frankreichs war, gemessen am Stand 1928 gleich 100, bis zum Februar 1932 auf 79 gesunken gegenüber dem Stand von 105 im Februar 1931. Überdurchschnittlich stark betroffen sind die Textilindustrie mit einem Produktionsstand von nur noch 52, die Hüttenindustrie mit 59 und die Mechanische Industrie mit 75. Die Steinkohlenförderung war in Frankreich im März auf 3,8 Millionen Tonnen, gegen 4,5 Millionen vor Jahresfrist gesunken, noch mehr zurückgegangen ist die Roheisengewinnung mit 469 000 Tonnen gegen 739 000 Tonnen im Vorjahr. Die Rohstahlerzeugung ist ebenfalls mit 464 000 Tonnen im März gegenüber 722 000 Tonnen im Vorjahr außerordentlich stark gesunken. Auch in Frankreich liegt jetzt die industrielle Produktion unter dem Stand von 1913 und zeigt gegenüber der letzten konjunkturellen Höchstbeschäftigung im Frühjahr und Sommer 1930 einen Rückschlag um 32%. Die Außenhandelsbilanz, die, wie in allen Ländern, durch einen allgemeinen Rückgang des Exports wie des Imports gekennzeichnet ist, ist immer noch stark passiv, wenn sich auch gegenüber dem Vorjahr allmählich eine Verminderung des Passivaldos durchsetzt. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres betrug die Einfuhren, die seit Englands Abkehr vom Goldstandard durch Zölle und Kontingentspolitik gedrosselt werden, 12,7 Milliarden Francs, gegen 19,3 Milliarden in der Vorjahrszeit. Die Exporte waren aber von 13,7 Milliarden auf 8,5 Milliarden weniger stark gesunken, so daß sich bis Mai 1932 ein Passivsaldo von nur noch 4,2 Milliarden Francs ergibt, dem ein Saldo von 5,6 Milliarden Francs im Vorjahr gegenübersteht.

Eine absolute Ausnahmestellung nimmt aber Frankreich in der Preisentwicklung ein. Während sowohl die Großhandels- als auch die Lebenshaltungsindices in allen wichtigen Ländern im Verlauf der Krise eine fallende Tendenz zeigten, die überwiegend noch anhält, sind in Frankreich seit Januar 1932 sowohl die Groß-

handels- als auch die Kleinhandelspreise wieder gestiegen. Der Großhandelsindex erreichte mit 414 im Januar seinen Tiefstand und stand Ende April mit 424 etwa wieder auf der Höhe vom Oktober 1931. Der Kleinhandelsindex für Paris ist seit Januar bis April von 561 auf 566 gestiegen. Die Aufwärtsbewegung der Preise wird in starkem Maß durch die Agrarpreise verursacht, die im Oktober 1931 auf 460 standen und seitdem durch die Schutzmaßnahmen zur Abwehr der Weltagrarkrise auf 498 kamen.

Sorgen macht Frankreich sein Staatshaushalt, der im Rechnungsjahr 1930-1931 ein Defizit von 2½ Milliarden Francs hatte, dessen Defizit für 1931-1932 in Anbetracht der Budgetausfälle von etwa 1,2 Milliarden Francs durch das Hooverfeierjahr auf 4 Milliarden geschätzt wird. Zur Finanzierung großer öffentlicher Arbeiten, die die Arbeitslosigkeit mildern sollen, legt Frankreich eine Milliardenanleihe auf (siehe die Rundschau Staatssozialismus, 1932 I Seite 456).

Totenliste Am 9. Januar starb in London der letzte Handelsminister der Labourregierung

William Graham an einer Lungenentzündung, im Alter von 45 Jahren. Er führte die Opposition gegen Philip Snowdens Sparpolitik und kämpfte bis zuletzt für die nicht mehr zu haltende Freihandelspolitik Großbritanniens.

Am 12. Januar starb in Berlin, in seinem 62. Lebensjahr, *Adolf Jandorf*, dessen Name mit der Entwicklung des Warenhauswesens eng verknüpft ist. 1892 gründete er in Berlin sein erstes Geschäft, 1907 erfolgte die Eröffnung des Kaufhauses des Westens, das 1926 mit dem gesamten, inzwischen weitverzweigten Konzern von Hermann Tietz aufgekauft wurde.

Am 24. Januar starb in New York einer der angesehensten Vertreter der internationalen Finanzwelt, der deutschamerikanische Bankier *Paul Warburg*, in seinem 64. Lebensjahr. Er entstammte der bekannten Hamburger Bankierfamilie Warburg, wanderte mit 34 Jahren nach New York aus und trat gemeinsam mit seinem Bruder Felix in das Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. ein, das durch seine Arbeit immer größere Bedeutung erlangte. 1913 wurde er in das neugegründete Federal Reserve Board berufen, aus dem er 1918 wegen der Anfeindungen, die sich gegen ihn als geborenen Deutschen im Weltkrieg richteten, austrat. Er gründete dann 1921 die International Acceptance Bank, die nach Fu-

tion mit der zweitältesten New Yorker Bank, der Manhattan Company, als Bank of Manhattan zu einer der "großen Fünf" New Yorks wurde. Durch seine Verbindungen mit dem Hamburger Familienstammhaus wurde Warburg einer der bedeutendsten Mittler amerikanischen Kredits für Deutschland, und es spricht jedenfalls nicht gegen ihn und seine Anhänglichkeit an die alte Heimat, daß Deutschland seinen Kredithunger drüben zu stillen suchte, statt ihn aus europäischen Kapitalreserven zu decken.

Am 26. Januar starb, in seinem 53. Lebensjahr, in Zürich *Harry Fuld*, der als Führer eines großen Konzerns der Schwachstromindustrie in Deutschland eine Rolle spielte. Sein Hauptarbeitsgebiet war Bau, Verkauf, Vermietung und Versicherung von Telephonanlagen. Seinen Konzern hat er erfolgreich gegen die Amerikaner verteidigt.

Am selben Tag starb, im Alter von 71 Jahren, in Phoenix /Arizona/ der als Kaugummikönig bekannte Selfmademan *William Wrigley*, den man als einen der wenigen Amerikaner reinsten Wassers bezeichnen kann; er war so ziemlich alles, was ein Mensch werden kann, wenn er sein Schicksal selbst in die Hand nimmt, um nach mehrfachen Berg- und Talfahrten Millionär zu werden. Inzwischen hat der Kapitalismus ein Gepräge bekommen, das solche Erscheinungen wie Wrigley endgültig ins Reich vorkapitalistischer Märchen bannt.

Im Alter von 77 Jahren machte *George Eastman* Mitte März in Rochester im Staat New York seinem Leben durch eine Revolverkugel ein Ende. Er begründete, so heißt es, seine Tat mit den Worten: »Meine Arbeit ist getan, wozu warten?« Eastman hat sich einen hervorragenden Namen auf dem Gebiet der photographischen Industrie geschaffen; die Welt verdankt ihm Erfindungen, wie insbesondere die Trockenplatte, die bahnbrechend für die Photographie wurde, und gleichzeitig billige Apparate, die das Photographieren volkstümlich machen konnten. Bei seinem Tod war Eastman als Vorsitzender der Eastman-Kodak-Gesellschaft, die sein Lebenswerk verkörpert, mehrfacher Dollarmillionär.

Am 5. Mai starb in Berlin der ehemalige Vizepräsident der Reichsbank *Carl Kauffmann*, im Alter von 71 Jahren. Neben seiner 42jährigen Tätigkeit als Beamter der Reichsbank ist er durch die Schaffung der Grundlagen der Devilengesetzgebung bekannt geworden. Unter Hjalmar Schacht wurde er Vizepräsident, als Nachfolger Otto von Glöckners.

Kurze Chronik Der Goldausfluß des Völkerbunds hat seinen abschließenden Bericht vorgelegt, in dem er die beschleunigte Rückkehr zur *Goldwährung* empfiehlt und die Preisstabilisation für notwendig erklärt. \diamond Die öffentlichen Schulden *Deutschlands* betragen Ende 1931 11,7 Milliarden Mark; gegenüber dem Vorjahr sind sie um 166 Millionen oder 1,5% erhöht. Von der Gesamtsumme entfallen auf die Länder 2,3 Milliarden. \diamond Nach übereinstimmenden Schätzungen schuldete *Rußland* anderen Ländern am 1. Januar 1932 rund 1,7 bis 1,8 Milliarden Mark. Deutschland schuldet es nach dem Stand vom 1. Mai 1932 etwa 1,2 Milliarden. Die Vereinigten Staaten hatten zur selben Zeit Forderungen von 40 bis 50 Millionen Dollars. \diamond Die *Vereinigten Staaten von Amerika* hatten im letzten Etatsjahr ein Defizit von 2690 Millionen Dollars.

Literatur Über Währungsprojekte schrieb *Moritz Julius Bonn* eine kleine Broschüre mit der Unterfrage Und warum? /Berlin, S. Fischer/. Sie ist, leicht verständlich, geeignet Klarheit über Ursachen und Untauglichkeit des Experimentierens in Deutschland zu schaffen. \diamond Ausgezeichnete Vorträge über die Wirtschaftskrise hat *Felix Somary* gehalten; sie erschienen unter dem Titel Die Ursachen der Krise /Tübingen, J. C. B. Mohr/. \diamond In 2, von Georg Stilke in Berlin verlegten Büchern: Am Tage nach dem Zusammenbruch und Der Neubau des deutschen Kreditystems, bekämpft *Heinrich Rittershausen* die sogenannte Deflationspolitik und die Fehler des deutschen Bankwesens. Er empfiehlt eine Rückkehr zu Vorkriegsgrundsätzen als Lösung der Kreditkrise. Das Staatsmonopol über die Banken und die Kreditkontrolle lehnt er ab. Von einer Solidarhaftung der Banken spricht er nicht. \diamond Das Buch *Paul Einzig's* The Tragedy of the Pound erschien jetzt in deutscher Übersetzung, unter dem Titel Das Schicksal des Pfundes /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Es bringt dem deutschen Leser interessantes Material über die Vorgeschichte des Pfundsturzes, ist aber dadurch gekennzeichnet, daß der französischen Kapitalpolitik die Schuld an der Preisgabe des Goldstandards in England gegeben wird. Ein Nachwort zur deutschen Ausgabe unterstreicht die antifranzösische Tendenz des Buchs und zielt mit Hinweisen auf die Reparationsfrage bewußt auf die Gegnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland ab.

Frauenbewegung / Meta Corlsen

Hauswirtschaft Gerechte Bewertung der Hausfrauenarbeit, ja Anerkennung dieser Arbeit als Beruf ist eine Forderung, die in der bürgerlichen wie in der proletarischen Frauenbewegung immer häufiger laut wird. In der Frau veröffentlichte Marie Baum im Oktober 1930 eine statistische Untersuchung über die Hausarbeit in mehreren bürgerlichen Familien, die zeigen soll, wie stark die Hausfrau durch die Belastung des Haushalts in Anspruch genommen wird. In der Frauentimme, der Beilage zum Vorwärts, wurde am 22. August 1929 die selbe Forderung wie auf dem letzten Juristentag (siehe diese Rundschau und die Rundschau Rechtswissenschaft, 1931 II Seite 1122 und 1138) erhoben der Hausfrau, insbesondere der proletarischen, deren Arbeit einer vollen Berufsarbeit gleichkomme, einen angemessenen Anteil am Einkommen des Mannes zu sichern. Gleichzeitig aber setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, wie unrationell und unproduktiv die Hauswirtschaft in ihrer heutigen Form ist. In jener Nummer der Frauentimme wies ein anderer Artikel darauf hin. Und auch die Angaben Marie Baums zeigen, wie verschieden sich die Arbeit der Hausfrau in jedem Haushalt gestaltet, und wie schwierig es ist diese Arbeit quantitativ mit irgendeiner Berufsarbeit zu vergleichen. Offenbar liegt hier ein Widerspruch vor. Es ist sicher, daß geleistete Arbeit anerkannt werden muß, und daß es nicht die Schuld der einzelnen Hausfrau ist, wenn ihre Arbeit mehr Zeit und Kraft in Anspruch nimmt als ihrem Resultat entspricht. Aber die Forderung nach Gerechtigkeit gegenüber der Hausfrau darf nicht dazu führen veraltete Formen hauswirtschaftlicher Arbeit festzuhalten und zu sanktionieren. Die Anerkennung der Hausarbeit als Beruf wird sich erst dann verwirklichen lassen, wenn sie so weit wie möglich rationalisiert ist. Anfänge dazu sind gemacht. Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat schon im Jahr 1928 ein Archiv für die Rationalisierung der Hauswirtschaft eingerichtet, und das 1930 herausgegebene Handbuch der Rationalisierung gibt einen Überblick über die Arbeit, die an Erforschung der Rationalisierungsmöglichkeiten der Hauswirtschaft geleistet ist. Die Rationalisierung muß im einzelnen Haushalt mit der Umgestaltung der Einrichtung und der Arbeitsgeräte wie mit der Erziehung der Hausfrau zum rationellen Arbeiten beginnen. Die Hausfrauenvereine haben

hier eine wichtige Aufgabe und entfalten bereits eine dahingehende Propaganda- und Erziehungstätigkeit durch Veranstaltung von Vorträgen und Ausstellungen über moderne Haushaltseinrichtung. Aber die Rationalisierung wird bei dem Einzelelhaushalt nicht stehen bleiben. In der Frau berichtete Emma Kromer im März 1931 über die Mitarbeit der Baukommissionen des Reichsverbands Deutscher Hausfrauenvereine am Wohnungsbau; bei dieser Arbeit ist der Reichsverband zu der Ansicht gekommen, daß die ideale Lösung der Wohnungsfrage nicht unter allen Umständen das Einfamilienhaus darstelle, sondern daß man im Interesse der Frauen, die außer der Hausarbeit Berufsarbeit leisten müssen, Einrichtungen zur Vereinfachung der Hauswirtschaft fördern müsse, wie sie in größeren Baublocks in Form von Zentralheizung, Zentralwaschküche und ähnlichem ermöglicht werden. Wenn dagegen der Einwand erhoben werde, daß die Frauen selbst sich der Einrichtung solcher Erleichterungen widersetzen, wie in einer Sitzung des Reichswirtschaftsrats der Dresdener Oberbürgermeister von den Gemeinschaftswaschküchen berichtet habe, so sei es die Aufgabe der Hausfrauenvereine erzieherisch einzuwirken. Im übrigen habe man in anderen Städten mit Gemeinschaftswaschküchen gute Erfahrungen gemacht. In der Frauentimme vom 5. Juni 1930 tritt Irma Fechenbach ebenfalls entschieden für Zentralwaschküchen und Gemeinschaftskindergärten ein; sie weist auf die Siedlungsbauten in Wien hin, in denen sie schon vielfach verwirklicht sind und deutet auch schon auf die ferne Möglichkeit der Gemeinschaftsküche hin. Interessant ist ein Bericht über die Rationalisierung des Haushalts in den Vereinigten Staaten, den Hedwig Neubert im März 1931 in der Frau gab. Die technischen Möglichkeiten der Rationalisierung sind dort wohl sehr weit erforscht, es existieren sogar hauswirtschaftliche Fakultäten an den Universitäten, aber zur Durchführung der Rationalisierung fehlt der allgemeine Antrieb, weil die Hausfrauen dort vielfach jetzt schon zu viel überflüssige Zeit haben. In Amerika ist der Prozentsatz der berufstätigen Frauen noch niedrig. Die Durchführung der Rationalisierung in der Hauswirtschaft hängt eng mit der Entwicklung der weiblichen Berufstätigkeit zusammen.

Hauswirtschaftliche Ausbildung Der berufsmäßigen Gestaltung der hauswirtschaftlichen Arbeit, für Hausfrauen wie für Hausangestellte, dienen auch die

Bemühungen um eine geregelte hauswirtschaftliche Ausbildung. Schon 1924 wurden in Königsberg, später auch in anderen Städten, Kurse für Hausfrauen eingerichtet, in denen sie durch Ablegung einer Meisterprüfung das Recht zur Ausbildung hauswirtschaftlicher Lehrlinge erwerben konnten. 300 Hausfrauen haben diese Prüfung abgelegt, doch ergab eine Umfrage bei den Berufsämtern, über die Anna Heidermanns im Oktober 1930 in der Christlichen Frau berichtete, daß von 236 ausgebildeten Meisterinnen nur 23 Lehrlinge angenommen wurden, die meistens von nichtgeprüften Hausfrauen angestellt wurden. Trotzdem blieb das Interesse der Hausfrauen an den Kursen bestehen, und die Ausbildung zur Meisterin der Hauswirtschaft wurde mehr zum Selbstzweck, sie soll einerseits den Hausfrauen zur bessern Beherrschung ihrer Arbeit verhelfen und andererseits den Hausangestellten eine Möglichkeit des Aufstiegs bieten. Von dem Hauptauschuß für hauswirtschaftliche Berufsbildung, der sich aus dem Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine und den 6 Reichsorganisationen hauswirtschaftlicher Arbeitnehmer zusammensetzt, wurden im Dezember 1930 neue Richtlinien für die Ausbildung im hauswirtschaftlichen Beruf aufgestellt. Neben der Meisterin als Leiterin des Familienhaushalts wird die Wirtschaftlerin ausgebildet, die die Hauswirtschaft als Erwerbsberuf betreiben will. Der Lehrgang für Wirtschaftlerinnen dauert 1 Jahr. Die an ihm teilnehmen, werden in folgenden Fächern unterrichtet: Instandhaltung der Kleidung, Pflege der Wohnung und Haushaltsgeräte, Ernährung und Gesundheitspflege, Haushaltungskunde. Das Peltalozzi-Fröbel-Haus hat solche Kurse eingerichtet.

Veranstaltungen Vom 26. bis zum 31. Juli 1931 fand in Wien ein Kongreß der im Jahr vorher in Genf gegründeten *Internationalen Vereinigung Berufstätiger Frauen* statt. Es wurden Berichte des Ausschusses für Internationale Verbindungen, des Presseauschusses, des Ausschusses für Schöne Künste und des Bureaus für Internationale Auskünfte, das Material über die Lage der Frau im Berufs- und Geschäftsleben sammelt, vorgelegt.

Im September tagte in Wien der 6. *Internationale Ärztinnenkongreß*, der sich im Gegensatz zu dem Kongreß von 1928 für den Arbeiterinnenschutz aussprach. Vom 5. bis zum 9. Oktober veranstaltete der *Internationale Frauenbund* in Rom eine Konferenz für Lichtspielwesen und

Rundfunk in Verbindung mit dem Internationalen Institut für Lehrfilmwesen. Es wurde unter anderm verlangt, daß Filme, die Haß zwischen Rassen und Völkern erregen, von den Programmen ausgeschlossen, und Filme, die der internationalen Zusammenarbeit dienen, gefördert werden; das nämliche soll sinngemäß auch für den Rundfunk gelten.

Vom 8. bis zum 10. Oktober tagte in Leipzig die Generalversammlung des *Bundes Deutscher Frauenvereine*. Zu dem Thema Das Berufschickal der weiblichen Jugend sprach zuerst Gertrud Bäumer in einem Vortrag über die Aufgabe in der Jugend über die Krise der Gegenwart hinaus den Willen zur Leistung zu erhalten, und dann Käthe Gaebel in einer Darstellung der gegenwärtigen Lage der Frauenberufsarbeit. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Zurückdrängung der Frauen in die mechanischen und schlecht entlohnten Arbeiten wendet und die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Frauen im Staats- und Wirtschaftsleben verlangt.

In Dresden tagte im November der *Katholische Deutsche Frauenbund*, der im Anschluß an die päpstliche Enzyklika *Quadragesimo anno* das Thema Frau und Wirtschaft in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellte und die Aufgabe der Frau darin sah in der rationalisierten und mechanisierten Wirtschaft dem Menschen zu seinem Recht zu verhelfen.

Totenliste Am 23. Januar starb in London *Marion Phillips*, die Generalsekretärin der Frauenorganisation der britischen Arbeiterpartei. Sie war 1881 in Melbourne geboren, ging als Studentin der Nationalökonomie nach England und kam durch die Zusammenarbeit mit Beatrice Webb in die Suffragetten- und in die Arbeiterbewegung. Als Sekretärin der Arbeiterinnenliga, als Parlamentarierin und als Herausgeberin der Zeitschrift *The Labour Woman* wirkte sie energisch und erfolgreich für die Interessen der Arbeiterinnen.

Am 3. März starb in Berlin *Eliza Ichenhaeuser*, im Alter von 63 Jahren. Sie wurde in Rumänien geboren und heiratete in Berlin den Nationalökonom Jostus Ichenhaeuser. Schon früh beschäftigte sie sich mit den Problemen der Frauenbewegung, und sie kämpfte vor allem durch eine ausgebreitete journalistische Tätigkeit für die Gleichberechtigung der Frau und die Freimachung und Entwicklung ihrer Kräfte

auf den verschiedenen Gebieten. Sie war eine der ersten Frauen, die in den Tageszeitungen die Aufmerksamkeit auf diese Fragen lenkten. 1894 veröffentlichte sie ein Buch über den Stand der Frauenfrage in allen Kulturstaaten; später stellte sie eine Untersuchung über die Journalistik als Frauenberuf an, auch behandelte sie in größeren Schriften die Dienstbotenfrage und die Ehereform.

Kurze Chronik In den *Preussischen Landtag* wurden 31 Frauen, gegen 44 im Jahr 1930, gewählt; sie gehören der Sozialdemokratischen Partei (15), dem Zentrum (8), der Kommunistischen Partei (5), der Deutschen Nationalen Volkspartei (2) und der Deutschen Volkspartei (1) an. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat keine Frauen aufgestellt, da sie ihnen die politische Gleichberechtigung programmäßig verweigert; aber auch die Deutsche Staatspartei, also die Partei, der die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung angehören, hat unter ihren (wenigen) Abgeordneten keine Frau mehr. \diamond In *Jugoslawien*, wo Frauen im Staatsdienst bisher nur in untergeordneten Stellungen beschäftigt wurden, wurde Sorka Simitsch zum Direktor des Belgrader Nationalmuseums und Leposlaw Budjewatsch zum Eisenbahninspektor ernannt. \diamond In *Brazilien* wurde ein Gesetz über Frauenarbeit vorgelegt, nach dem für jede Arbeit gleichen Werts gleicher Lohn ohne Unterschied des Geschlechts gezahlt werden soll. \diamond In *Japan* haben 4 Frauen das Kapitänsexamen für die Handelsmarine bestanden. \diamond Auf der 13. Internationalen Arbeitskonferenz wurden die Vorschläge zur Änderung des *Nachtarbeitsverbots* für Frauen, über die in dieser Rundschau (1931 II Seite 680) berichtet wurde, mit den Stimmen sämtlicher Arbeitnehmervertreter und einzelner Regierungsvertreter abgelehnt; diese waren aus formalrechtlichen Gründen dagegen. \diamond In den Vereinigten Staaten von Amerika haben Frauen des Staats Georgia eine Abwehr gegen die *Lynchjustiz* organisiert. Sie forderten die Gouverneure von 17 Südstaaten auf gegen die Lynchjustiz vorzugehen und lehnten in einem Aufruf die Berufung auf den Schutz der weißen Frau zur Begründung von Lynchfällen ab. (Doch werden diese Frauen gegen die "Moral" der in Amerika herrschenden Frauenverbände schwerlich aufkommen.) \diamond In Berlin wurde ein Haus *Ring der Frauen* eröffnet, das den großen Frauenorgani-

lationen für Veranstaltungen gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Art dienen soll. Der Reichsverband Technischer Assistentinnen veranstaltete dort eine Ausstellung, die ein Bild der Tätigkeit in diesen Berufen gab. \diamond In Frankreich wurde die Wählbarkeit der Frauen zu den *Handelsgerichten* von Senat und Kammer beschlossen. \diamond Am 19. April wurde *Alice Salomon* 60 Jahre alt. Innerhalb der auf eine Anregung Minna Cauers gegründeten und ausgestalteten Mädchen- und Frauengruppen für Soziale Hilfsarbeit begann sie im Jahr 1893 unter Jeannette Schwerin (deren Pionierarbeit die Frauenbewegung viel zu verdanken hat) ihre Lebensarbeit: die planmäßige Schulung der Frauen für soziale Arbeit. 1899 veranstaltete sie den ersten Lehrgang für Wohlfahrtspflege, 1909 gründete sie die erste Soziale Frauenschule, die sie seitdem bis vor kurzem leitete, 1925 die Deutsche Akademie für Soziale und Pädagogische Frauenarbeit. Neben ihrer pädagogischen Tätigkeit entfaltete sie ein reiches schriftstellerisches Wirken, das mit einer Untersuchung über die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit 1906 begann. 1927 faßte sie ihre Erfahrungen und Ratsschläge in einem größeren Werk Die Ausbildung zum sozialen Beruf zusammen. Sie sah ihre Arbeit als einen Teil der Frauenbewegung an, und es war ihr ein Bedürfnis ihre soziale Gefinnung auch über die Grenzen des eignen Landes hinaus wirksam werden zu lassen und an der Pflege internationaler Beziehungen zu arbeiten. So wirkt sie seit vielen Jahren führend und eine Generation bildend im Bund Deutscher Frauenvereine und im Internationalen Frauenbund. Die Medizinische Fakultät der Universität Berlin verlieh ihr jetzt die Würde eines Ehrendoktors, der Deutsche Ärztinnenbund machte sie zu seinem Ehrenmitglied. Die von ihr gegründete Schule trägt jetzt ihren Namen.

Literatur

In Hirts Deutscher Sammlung /Breslau, Ferdinand Hirt/ erschienen als 7. Band der Literarischen Abteilung unter dem Titel *Frauen im Beruf* eine kleine Auswahl aus größtenteils bekannten Erinnerungen von Frauen, die in Politik, Kunst und Wissenschaft, in der Fürsorgearbeit oder in der Fabrik und in der Landwirtschaft tätig waren (Minna Cauer, Paula Moderlohn, Franziska Tiburtius, Christine Holstein und andere), und deren Aufzeichnungen fast immer ein lebendiges inneres Verhältnis zu ihrem Beruf erkennen lassen.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Ganzheits-
struktur

In allen Wissenschaften hat sich in den letzten Jahrzehnten eine fundamentale Wandlung vollzogen: die Abkehr vom analytischen Denken und die Hinwendung zu Ganzheiten, die als Gegebenes und als Ausgangspunkt hingenommen werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: Ging früher die Biologie von dem Element, der Zelle, aus, und erklärte sie den Organismus als Funktion des Zusammenwirkens seiner Teile, so geht heute die Biologie von dem Ganzen des Organismus aus und versteht seine Teile von daher. Biologie, Soziologie, Psychologie, Geschichte haben durch diese Wandlung ein ganz anderes Gesicht erhalten, und damit sind Herder, Goethe der Denker und schließlich Wilhelm Dilthey unferrn heutigen Denken wieder nahegerückt. Von dieser Situation, die hier nur angedeutet zu werden braucht, ist die Philosophie nicht unbeeinflusst geblieben: In ihren grundlegenden Disziplinen muß sie das Problem der Ganzheit durchdenken, und sofern sie selbst Weltanschauungsphilosophie ist, ist sie auch ganzheitlich orientiert. So ist denn eine große Zahl von Veröffentlichungen in den letzten Dezennien erschienen, die von verschiedener Seite aus und auch mit verschiedener Weite der Problemstellung den unser heutiges Denken so tief beeinflussenden Begriff der Ganzheit untersuchen. Umfassend und vollständig alle Seiten des Problems berücksichtigend geschieht dies in dem Buch *Wilhelm Burkamps Die Struktur der Ganzheiten* (Berlin, Junker & Dünhaupt). Der Verfasser geht davon aus, daß er ein Ganzes als eine durch sinnbedingten Zusammenschluß aus Einheiten, den Teilen, gebildet zu denkende neue Einheit definiert. Wichtig ist an dieser Definition, daß die Ganzheit ein sinnbedingter Zusammenhang ist, wobei zunächst noch nichts über die Arten des Sinns, der den Zusammenschluß schafft, gesagt ist. Bedeutungsvoll ist auch, daß dem Begriff des Ganzen logische Priorität vor dem Begriff des Teils zukommt. Die Teile, die das Ganze bilden, brauchen nicht dem selben Individualgebiet anzugehören; die Empfindungsqualitäten einer Gestaltqualität gehören verschiedenen Sinnesgebieten an, oder das Ganze des Staats in geopolitischer Betrachtungsweise besteht aus Elementen verschiedener Art, er ist ein geographischer Organismus, ein wirtschaftliches,

ein soziales Gebilde und so weiter. Bei der Verbindung der Elemente zu einem Ganzen sind nun die strukturlösen oder summativen und die strukturierten Ganzheiten zu unterscheiden. Bekanntlich wird die erstgenannte Gruppe heute vor allem von den Gestaltpsychologen nicht zu den Ganzheiten gerechnet. Burkamp dagegen hält, auf Grund beachtenswerter (in diesem Punkt freilich nicht überzeugender) Überlegungen, Edmund Husserl folgend, an dem Ganzheitscharakter der Und-Verbindungen fest. Worin kann nun der Sinn bestehen, der die Zusammenfassung der Elemente zur Ganzheit schafft? Er kann in einem Ordnungsgezet bestehen, oder er kann entweder Wirkungeinheit, Zweckeneinheit oder Werteinheit sein. Hier muß vor allem die Wechselwirkungeneinheit als ganzheitschaffend genannt werden, zum Beispiel das Samenystem, eine Biocönone, die Leib-Seele-Einheit des Organismus. Ein veränderliches Ganzes, dessen Sinn in zieldienlicher Ordnung besteht, und das infolge seiner eignen Ordnung die Gewähr für die künftige Existenz eines gleichen Ganzen bietet, nennt Burkamp ein menotaktisches Ganzes. Hierhin gehören vor allem die Lebewesen. Über diese Gruppe der Ganzheiten gibt Burkamp im Anschluß an die neueste Entwicklung in der theoretischen Biologie außerordentlich feinsinnige und tief eindringende Erörterungen, die dann weitergeführt werden: über wirtschaftliche, soziologische und geschichtliche Probleme. In den Menotaxien, seien es biologische, wirtschaftliche oder welche sonst, spielen Antagonismen und Synergismen eine Rolle und schaffen damit die ganze Mannigfaltigkeit der Kämpfe und der gegenseitigen Hilfen. Schließlich gehören auch noch in diese Gruppe die psychischen und geistigen Ganzheiten, die zum Unterschied von den bisher genannten Werteinheiten sind. Die Betrachtung der in diesen verschiedenen Gruppen waltenden Ganzheitsgezetze bringt Burkamp dahin das Kaufalproblem einmal vom ganzheitslogischen Standpunkt zu untersuchen und dabei zwischen Totalkaufalität und Partialkaufalität zu unterscheiden; jene ist Bewirkung des Zustands eines Ganzen durch ein Ganzes, diese ist Bewirkung eines Teils durch einen Teil. Der Autor findet hier Gelegenheit die Grundprobleme der Biologie in einer umfassenden Weise zu diskutieren und damit ihre begriffliche Klärung bedeutend zu fördern. Eine Hauptfrage, die sich aus der Erörterung der biologi-

schen Menotaxien ergibt, ist die nach dem Wesen der Norm und Vollkommenheit, worunter die dem Ganzheitslinn entsprechende Struktur zu verstehen ist. Es ergeben sich bei dieser Untersuchung Ganzheiten, die im Hinblick auf die Norm durchstrukturiert sind, und solche, die es nicht sind. In dem letzten Fall sprechen wir dann vom Zufälligen. Dabei ergibt sich, daß die höheren Ganzheiten von dem Zufälligen, aus dem die es aufbauenden niederen Ganzheiten bestehen, ablehen, und sie infolgedessen einfacher werden. Im geistigen Leben spielt die Rolle der die Ganzheit beherrschenden Norm die Idee, die zum Beispiel die Mannigfaltigkeit eines Erfahrungsmaterials zur Einheit einer Weltanschauung zusammenschließt. Abschließend untersucht Burkamp dann den Wertprimat und den erkenntnistheoretischen Primat der Ganzheiten, und er betont das methodische Recht der intuitiv-synoptischen Methode Goethes.

Die Fülle seiner logischen Analysen in diesem Buch, seine weiten Ausblicke und Anwendungen auf fast alle Wissenschaftsgebiete sind außerordentlich. Eine gründliche methodische Untersuchung des Ganzheitsbegriffs ist wohl imtando die tiefgreifenden Wandlungen im wissenschaftlichen Denken der letzten Jahrzehnte besser verstehen zu lehren und vieles, was die Vertreter der ältern Denkweise für Auflösungsercheinungen hielten, als die Begründung einer wirklichkeitsnäheren Erkenntniswelle zu erfassen.

Kant Die Kantische Ethik hat trotz aller phänomenologischen Ethik weder an Bedeutung noch an Interesse eingebüßt. Noch immer gehen fruchtbare Anregungen von Kant für das ethische Denken aus. Wie wertvoll die Kantische Ethik in der gegenwärtigen Problemlituation ist, zeigt eine Untersuchung des Berliner Extraordinarius *Arthur Liebert*, die unter dem Titel *Kants Ethik* erschien /Berlin, Panverlagsgesellschaft/. Es ist eine Darstellung, deren Gefüge man nur bewundern kann; denn sie bringt auf etwas mehr als 50 Seiten nicht nur das Prinzip der Kantischen Ethik und ihren systematischen Ausbau sondern auch die Beziehungen zur Religions- und Rechtsphilosophie und zur Politik hin. Dazu kommt eine tief fundierte Interpretation, die die Ethik als den systematischen Ort aufzufassen sucht, in dem sich der Tragedismus oder Dialektizismus des Kantischen Systems am tiefsten erfaßt. Man muß bekennen, daß diese tragische Auf-

fassung Kant in eine derartige Höhe rückt, daß auch derjenige, der die Kantische Philosophie schon zu kennen glaubte, doch noch einen neuen Begriff von dem Philosophen Kant erhält.

Den Menschen Kant sucht der Königsberger *Walter Becker* uns in einer ganz kleinen Schrift In der Stadt der reinen Vernunft /Königsberg, Deutsch-Ordens-Verlag/ nahezubringen. Es sind 2 Stimmungsbilder: Kants Tafelrunde und Kants Spaziergang zum Philosophendamm. Das Ganze ist ein richtiges Alt Königsberg; nicht nur das Dargestellte, sondern auch die Darstellung, ja der Darsteller selbst. Eine Sprache von altväterischem Pathos und doch ganz bescheiden, mit schlichtem Enthusiasmus, hinter dem der Verfasser völlig verschwindet. Dabei ein recht plastisches Bild der Art, wie Kant lebte. Dieser Philosoph, der nie über die Grenzen Königsbergs hinauskam, war in seiner Lebensauffassung ein Weltmann, im Grunde ganz in der Weise der französischen Denker des 18. Jahrhunderts, und sicher weltmännischer als die Berliner des 19. und vielleicht auch des 20. Jahrhunderts. Der treue Verfasser, der ein Mittagessen bei Kant und einen Spaziergang Kants beschreibt, gibt in seiner liebevollen Verlenkung vielleicht mehr als er zu geben glaubt. Eine grundlympathische Schrift.

**Hegel und
deutsches
Schicksal**

In einem historischen Moment, der als Krise und Bedrohung Deutschlands auf

dem Boden eines jeden Lebensgebiets bezeichnet werden kann, fragt der Geschichtsphilosoph nach dem Sinn solchen Schicksals, überzeugt an dieser Stelle tiefer als an anderen in die Struktur und den Sinn der Geschichte blicken zu können. Zu einer akademischen Hegelfeier hielt der Frankfurter Ordinarius für Philosophie *Paul Tillich* eine Rede, die unter dem Titel *Hegel und Goethe* bei J. C. B. Mohr in Tübingen erschien, und die mit furchtbarem Ernst unserer mehr und mehr sich in nationalistische Enge verlierenden Zeit den Sinn unserer Geschichte vorhält. Der junge Hegel kämpfte gegen die Aufklärung, deren Wesen darin bestand auf allen Geistes- und Lebensgebieten Entgegensetzungen aufzurichten und die eine Seite gegen die andere auszuspielen. Er suchte die Aufklärung zu überwinden, indem er die Entgegensetzung als Prinzip anerkannte und sie in dem höhern Begriff des Lebens aufhob, das sich in all seinen Entgegensetzungen immer wieder mit sich selbst versöhnt. So erscheint denn »das

Schickfal als das Eigene, das in der Maske des Fremden über einem und gegen einen steht«. Es ist nun das deutsche Schickfal im tiefsten Welen der deutschen Kultur das Prinzip der Entgegensetzung unaufhebbar in sich zu tragen. Vom Judentum, Christentum und der spätrömischen Antike her ist es als Gegensatz von Mensch und Natur, Gott und Natur, Gott und Mensch unserm Denken und Fühlen hineingebildet, und darum werden wir nie zu der gegenstandslosen Einheit kommen. Was der junge Hegel mit seiner Entdeckung der Real-dialektik in der Geschichte als Theorie aufstellte, das wurde dann durch Marx zur Schickfalsbestimmenden Macht für uns durch die Selbstentzweiung der Gesellschaft, die er entdeckte. Hieraus aber ergibt sich, daß wir das Prinzip der Entgegensetzung nicht mehr aufgeben können. »Das jüdische Prinzip ist unser eigenes Schickfal geworden, und eine "secessio judaica" wäre eine Trennung von uns selbst.« Wir können nirgendwo mehr zur Unmittelbarkeit und Einheit, zu den Mächten des rein Bluthaften und Instinktgegebenen gelangen, und so müssen wir die Entgegensetzung als unser Schickfal tragen. »Wer die Entzweiung des Schickfals trägt, kann Schickfal verlohnen, deutsches Schickfal und durch deutsches — Weltchickfal.«

So weit Tillich, dessen weitführender und tiefdringender Gedankengang auch von anderen beschritten werden sollte. Man wird dann freilich an seinem Ende nicht stehen bleiben sondern einen neuen Gesichtspunkt zu gewinnen suchen, der den Blick von dem Subjekt (Deutschland) auf das Objekt (Schaffen der Dinge) lenkt, damit den Sinn des deutschen Schickfals, wie des Schickfals jeder andern Nation, neu erfaßt oder doch erahnt.

Pannwitz Als vor 2 Jahren Rudolf Pannwitz 50 Jahre alt wurde, versammelte sich in einer kleinen, im Verlag Hans Carl in München veröffentlichten Festschrift eine Anzahl bedeutender Geister, um diesem eigenartigen Denker zu huldigen. In der Tat: Pannwitz, der Erbe und Sachwalter Nietzscheschen Geistes, ist einer der tiefsten Kulturphilosophen, ja mehr noch: Kulturführer unserer Tage geworden. Er ist aus dem Lehrerstand hervorgegangen, entfernte sich aber mehr und mehr von allem Lehrhaften, ging über das Erlernte und Erlernbare hinaus und wuchs tiefer und tiefer in das Problem der europäischen und der deutschen Kultur hinein, zu dem er Stellung nahm: in der

Weise Nietzsches, aber in vielem fast noch weniger beschwert als dieser. Auch er ist der hymnische Kündler einer orgiastisch gestimmten Lebensmetaphysik, die das Leben, wie jener zwischen Apollon und Dionysos, zwischen Raufch und Opfer einspannt. Sein Ziel ist der Psychische Kosmos und die Kosmische Psyche. In seinem Hauptwerk Kosmos Atheos / München, Hans Carl/ baut er auf dem Grund einer groß angelegten naturphilosophischen Konzeption, die mitten zwischen Wissenschaft, Metaphysik, Mythos und Dichtung steht, eine Lebenslehre als Fundament seiner in vielen anderen Schriften niedergelegten Kulturphilosophie auf. In dieser ist wesentlich, was besonders über Nietzsches hinausführt: die gerechtere Würdigung des Christentums, das als wertvoller Bestandteil in das Ganze der europäischen Kultur hineingenommen wird, um an der Heranbildung des neuen Menschen mitzuwirken. Dieser neue dionysische Mensch ist die Voraussetzung jeder neuen Gemeinschaft; ihn gilt es daher zuerst zu erziehen. Klarheit des Denkens und das Nichtabverlangen des Unmöglichen sind die inhaltlichen Prinzipien dieser individualistischen Ethik, die ein ausgeführtes Bild dieses neuen Menschen »von Zucht und Züchtung« gibt. Dabei geht der Kampf gegen die Zwangsgewalt der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die uns einreden will, Staat sei ein oberster Wert. Oberster Wert ist dagegen »die Liebe zum Leben im ganzen und zur Größe des Menschen«. Angemerkt sei hier noch der Europäismus Pannwitz', der als Gefinnung zum Vereinigten Europäischen Kontinent drängt. Und damit hängt auch Pannwitz' positive Auffassung Napoléons und des Napoléonischen Geistes zusammen: ein Prüfftein fast für das Geistige im Menschen überhaupt und die Scheidung der Geister.

Mit diesen kurzen Bemerkungen sei hier zum erstenmal auf diesen Denker hingewiesen, der, sachlich uns nahestehend, hier nicht zum letztenmal erschienen sein soll.

Lehrbücher Wir haben in Deutschland nicht viele Lehrbücher der Soziologie. Diese Wissenschaft, die bei uns noch immer um ihre Anerkennung ringen muß, hat derartig viele Richtungen ausgebildet und ringt so sehr um die Klärung ihrer Grundbegriffe, daß es der Verfasser eines Lehrbuchs hier schwerer hat als in anderen Gebieten. Ein glücklicher Versuch lehrbuchmäßig alles zu umfassen, was heute als Soziologie gilt, zugleich

von einer sehr hohen Warte aus, ist das Lehrbuch der Soziologie und Sozialphilosophie, verfaßt von Karl Dunkmann, Gerhard Lehmann und Heinz Sauer-
mann /Berlin, Junker & Dünnhaupt/. Es behandelt die Sozialphilosophie, allgemeine Soziologie und die Soziologie der Kultur, diese ausführlich als Wissenssoziologie, Soziologie der Religion, Kunst, Wirtschaft, der Erziehung und des Rechts. Allen Mitarbeitern an diesem Werk gemeinsam ist die existential-dialektische Grundeinstellung und die Hinwendung der theoretischen Ergebnisse auf eine angewandte Soziologie und schließlich die enge Inbeziehungsetzung der Soziologie zu den Geisteswissenschaften. Lehmann, der den Abschnitt über Sozialphilosophie bearbeitete, entwickelt eine höchst geistvolle Theorie über das Kollektivbewußtsein (er hat im selben Verlag vor einigen Jahren eine historische Untersuchung über diesen Begriff veröffentlicht), wonach das Gesamtbewußtsein sich zwar nur im individuellen Bewußtsein aktualisiert, aber trotzdem einen dem individuellen überlegenen Subjektcharakter besitzt. Die Abschnitte über die Soziologie der einzelnen Kulturgebiete geben eine gute Übersicht der heutigen Problemlage.

Totenliste Am 27. Dezember 1931 starb in München *Heinrich Wieleitner*, im Alter von 57 Jahren. Er war Honorarprofessor für Geschichte der Naturwissenschaften an der Münchener Universität. Von ihm stammen mehrere sehr gute mathematische Schulbücher sowie Studien zur Geschichte der Mathematik.

Am 18. März 1932 starb in Breslau der ehemalige Ordinarius für Mathematik *Friedrich Schur*, 76 Jahre alt. Sein Hauptarbeitsgebiet war die Geometrie, wo er in seiner Geometrie der Lage die Tradition Jakob Steiners fortführte. In seinem Werk *Grundlagen der Geometrie* /1909/ gab er wichtige Untersuchungen über das Axiomensystem.

Am 24. April starb in Turin der Philosoph und Mathematiker *Giuseppe Peano*, im Alter von 77 Jahren. Mit Veronese, Vailati, Pieri, Padoa und Enriques widmete er sich dem Studium der Grundlagen der Mathematik. Er schuf eine mathematische Logik und eine Begriffsschrift von besonderer Eleganz, die dann von Russell und Whitehead übernommen wurde. Er hat auch zuerst die Ideen der allgemeinen Axiomatik entwickelt; für die Arithmetik hat er das erste vollständige Axiomensystem aufgestellt.

Kurze Chronik In Prag wurde unter dem Vorsitz des Professors Oskar Kraus eine *Franz-Brentano-Gesellschaft* gegründet, die den gesamten Nachlaß des Philosophen herausgeben will. Von der großen Brentanoausgabe, deren Herausgeber Oskar Kraus und Alfred Kafil sind, liegen bisher 10 Bände vor. \diamond Der Münchener Ordinarius *Hugo Dingler* erhielt das Ordinariat für Philosophische Pädagogik und Philologie an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er hat sich besonders mit den philosophischen Grundlagen der Mathematik und der Naturwissenschaften befaßt. Aufsehen erregte sein Buch *Der Zusammenbruch der Wissenschaft und der Primat der Philosophie* /1926/. \diamond An der Universität Berlin *habilitierte* sich Reinhold Günther für Systematische Philosophie, ferner Stefan Bergmann für Angewandte Mathematik; an der Universität Würzburg Hans Pfeil mit einer Schrift über den Psychologismus in der Theoretischen Philosophie des englischen Empirismus. \diamond Am 12. April wurde *Ferdinand Lindemann* 80 Jahre alt. Er gehört zu den bedeutendsten Mathematikern unserer Zeit. Vor 50 Jahren zeigte er, daß die Zahl π transzendent ist, woraus sich die Unmöglichkeit der sogenannten Quadratur des Zirkels, das heißt der Verwandlung eines Kreises in ein flächengleiches Quadrat, ergab. Lindemann lehrte in Freiburg, Königsberg und zuletzt in München. Sein Hauptwerk sind die Vorlesungen über Geometrie (nach Clebsch). Er hat übrigens auch Henri Poincarés Bücher *Wissenschaft und Hypothese* und *Wissenschaft und Methode* ins Deutsche übertragen. \diamond Am 16. April wurde *Julius Schultz* in Berlin, der unbedingte Vertreter der mechanistischen Biologie, 70 Jahre alt. Er hat eine Reihe philosophischer Arbeiten veröffentlicht; so *Die 3 Welten der Erkenntnistheorie* /1907/, *Die Philosophie am Scheidewege* /1922/.

Literatur Ein inhaltlich wie symptomatisch wichtiger Vortrag *Max Plancks* Positivismus und reale Außenwelt liegt im Druck vor /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. Die kleine, sehr gehaltvolle Schrift des großen Physikers lehnt den Positivismus in allen seinen Schattierungen als philosophische Grundlage der Physik ab und betont einen Realismus, der allein der Naturwissenschaft genüge. Im Zusammenhang damit hält Planck an der strengen dynamischen Kausalität fest, er lehnt jede Verflüchtigung zu einer statischen Betrachtung ab.

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Landeskunde Mit Recht stellt sich immer mehr das Bildwerk neben den Atlas und die landeskundliche Darstellung; denn noch so genaue Karten und eingehende Beschreibungen verleiten den forschenden oder auch nur Belehrung suchenden Geist immer mehr zur Analyse statt zur Synthese, die zur richtigen Erkenntnis dienen, was ist, unumgänglich ist.

Unter den Neuererscheinungen auf diesem Gebiet nimmt unzweifelhaft in künstlerischer wie ausstattungstechnischer Hinsicht die Neuauflage von Kurt Hielschers Werk *Deutschland, Landschaft und Baukunst* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ mit einem Geleitwort von Gerhart Hauptmann und einem Faksimile des letzten handschriftlichen Briefs von Hans Thoma, dem das Werk gewidmet ist, die erste Stelle ein. Hier wurde Großes und Gediegenes geleistet. Hielscher bringt 280 Lichtbilder in Kupfertiefdruck. Farbkalen, subtilste Strahlungen, zarteste Lichtreflexe sind ausgezeichnet herausgeholt. Die Aufnahmen selbst sind eine geschickte Auswahl aus nahezu allen phyllo- und kulturgeographisch besonders repräsentativen Landschaften Deutschlands. Es darf naturgemäß an solche bewußt vom rein künstlerischen Standpunkt aus geschaffene Arbeit nicht der Maßstab wissenschaftlicher Genauigkeit und Vollständigkeit gelegt werden; aber es möge doch gesagt sein, daß zum Beispiel die märkische Backsteingotik und das industrielle Deutschland zu wenig berücksichtigt sind. Kritik geübt werden muß ferner an den Blättern 18, 19 und 41. Die ersten beiden sind Aufnahmen aus Oberstdorf im Allgäu, die für die Örtlichkeit, die sie repräsentieren sollen, nichts sagen. 18 zeigt ein Haus wie alle Alpenhäuser, 19 eine Kapelle wie alle Kapellen, nichts weiter. Dabei ist Oberstdorf ein anthropogeographisch ungemein aufschlußreiches Phänomen. Es liegt ungefähr in der Mitte eines nord-südlich langgestreckten, im Osten und Westen von Steilhängen und 2 sich weiter nördlich vereinigenden Flußläufen eingeschlossenen Plateaus, ist also eine die klimatischen Fährnisse des Hochgebirges (Oltwinde, Lawinen) geschickt vermeidende und sich die gegebenen Ausdehnungsmöglichkeiten in jeder Hinsicht offenhaltende Siedlung. Seine Entwicklung zum höchstbesuchten Kurort beweist auch die Richtigkeit dieser offenbar schon bei der Gründung angestellten Überlegung. Dies hätte gezeigt werden können.

Gleichfalls in Kupfertiefdruck, doch in erheblich kleinerem Format ausgeführt sind die je 296 Bilder im *Europabuch* und im Buch der *fernen Welt* der Sammlung *Die Schönheit der Welt* /Berlin, Paul Franke/; jedoch ist hier in einem Anhang jedes Bild sachgemäß erläutert. Die geographische Auswahl im erstgenannten Werk muß im allgemeinen als geglückt bezeichnet werden. Hoffnungslos gescheitert ist sie im zweitgenannten an der Unmöglichkeit die repräsentativsten Landschaften von 4 Erdteilen in ein Buch dieses Umfangs einzufangen. Zu beiden Büchern hat Colin Roß die Einleitung geliefert. Wenn er betont, daß die Grenze zwischen Asien und Europa dem Reisenden nur schwer erkennbar ist, so überflieht er, daß in Rußland sich ein eignes Wirtschaftsreich anbahnt, das weder europäisch noch asiatisch sondern ein Ganzes für sich ist.

Einen Erdteil in ein Bildwerk von 256 Blättern zu fassen gelang mit größerem Erfolg Hugo Adolf Bernatzik mit seinem Werk *Der dunkle Erdteil Afrika*, in der Reihe *Orbis Terrarum* /Berlin, Atlantisverlag/. Allerdings hat sich der Autor auf das südaharische Afrika beschränkt. In der Reihe derer, die Aufnahmen beisteuerten, findet man Namen von hohem Klang, wie Bernhard Ankermann, Bernhard Struck, Leo Waibel, Fritz Jaeger, Leo Frobenius, Paul Germann, A. Radclyffe-Dugmore, M. Allégret, Fritz Thorbecke und andere. Die Photokunst Bernatziks wurde hier bereits einmal gewürdigt, sie ist fast über jedes Lob erhaben. Der Künstler darf sich rühmen urwüchsiges afrikanisches Leben dargestellt zu haben. Das gleiche gilt übrigens auch von Bernatziks äußerst bilderreichem Reisewerk *Gari-Gari* /Wien, L. W. Seidel & Sohn/. Es ist die Beschreibung einer Filmexpedition zu den Stämmen des obern Nils, den Schilluk, Dinka, Bari, Nuer, Nuba, Djur und anderen, äußerst anschaulich und fesselnd. Eine Karte mit roteingezeichneter Reiseroute ist dem Buch lo handlich und dabei so sparsam eingefügt, daß sie bequem neben der Lektüre benutzt werden kann. In den Erläuterungen zu den Bildern findet man in beiden Büchern allerdings auch fachliche Schiefheiten. Es geht einfach nicht an, daß beim heutigen Stand der ethnologischen Forschung in einem sich an einen großen Leserkreis wendenden Werk das Huronenmärchen schönste Auferstehung feiert, daß die Menschheit Afrikas als in Ovids Goldnem Zeitalter lebend dargestellt wird, wobei sie nur der Europäer stört. »Er hat der Bevöl-

kerung keine Kultur gebracht«, denn »man sucht in Afrika zum Beispiel vergeblich nach schönen Bauten«. Dem Autor sei eine Befichtigung der französischen Gouvernementspaläste in Nord- und Westafrika empfohlen; aber auch die anderen Kolonialmächte leisteten darin Beachtliches. Ebenlowenig sind, entgegen der Meinung Bernatziks, die Eingeborenenkulturen Afrikas »unwiederbringlich dahin«. Es läßt sich vielmehr schon jetzt ziemlich klar erkennen, daß sie in einer Synthese von europäischem und afrikanischem Kulturgut auferstehen und weiterleben werden. Nicht nur durch das Wort sondern in ebenso starkem Maß durch das Bild belehrend wirken will das in dieser Rundschau (1931 I Seite 86 und 1932 I Seite 358) angezeigte Handbuch der geographischen Wissenschaft /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/, von dem jetzt eine weitere Folge in den Hefen 1, 7, 14, 15, 26 und 28 vorliegt, die Afrika allgemein und speziell Nordafrika umfassen; den Allgemeinen Teil schrieb der Herausgeber Fritz Klute, Ägypten wird von Alfred Kaufmann, das übrige Nordafrika von Leo Wittichell behandelt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß das gesetzte Ziel vollkommen in diesen Lieferungen erreicht wird. Man wird wenig Darstellungen von geographischen Sachverhalten finden, die durch Lichtbilder so eindringlich und zugleich mit künstlerischem Effekt erläutert werden. Unter den farbigen Bildbeigaben, deren jede Lieferung mindestens eine enthält, sind die des in Rom lebenden deutschen Malers F. B. Neuhaus hervorzuheben, der seine Motive vorwiegend aus Nordafrika, insbesondere aus Libyen holt. Er ist der Maler der Sahara. Naturgemäß fordert das Werk zu einem Vergleich mit Fritz Jaegers ebenfalls reich illustriertem Standardwerk Afrika heraus, das bereits 1928 erschien. Da ist generell festzustellen; In den Bildbeigaben übertrifft Klute Jaeger; auch in der Stoffgliederung. Von den graphischen Darstellungen hat Klute manches aus Jaegers Werk übernommen, so die tektonisch-morphologische Karte, die noch verbessert wurde. Wenn man aber an Jaegers Werk schon nicht vorbeikönte, so hätte man vor allem an der Jaegerischen Gliederung der afrikanischen Morphe nach Schwellen und Becken nicht vorübergehen dürfen; wurde diese Theorie doch für Alfred Zintgraff die Grundlage zu seiner Berechnung der Anzahl der Europäer, die schon heute in Afrika angesiedelt werden könnten.

Kartographie Einen Versuch die anthropogeographischen Verhältnisse in einem Gebiet mit komplizierten phylogeographischen Gegebenheiten sowie die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Landschaft kartographisch exakt herauszustellen unternimmt Roberto Almagia, der einen Saggio di carta antropogeografica dell' alta Val Venosta, also des obern Etschtals zwischen der Ortler- und der Ötztalgruppe, vorlegt. Er muß als durchaus gelungen bezeichnet werden. Almagia unterscheidet itändige und zeitweilige abitati; die erstgenannten gliedert er noch in dimore oder case isolate (Höfe), mehrere case geben ein aggregato elementare (Weiler); nähert sich die Einwohnerzahl dem 1. Hundert, so spricht er von villaggi (centri), die von 200 zu 200 bis 1000 gestaffelt dargestellt werden. Durch Farbnuancen ist die topographische Eigenart jeder einzelnen Siedlung angedeutet. Auf diese Weise wird ersichtlich, ob es sich um sedi di valle, di pendio, di conoide, di terrazzo o ripiano oder di bacino handelt. Endlich ist die oberste Wald- und die erheblich darunter liegende oberste Grenze des Früchteanbaus eingezeichnet. Auch die verchiedenartige Zusammenlegung der Bevölkerung in diesem (ladinischen) Sprachgebiet wurde berücksichtigt. Während sich die labilen Siedlungen meist unweit einer Alm und damit also einer zeitweiligen Viehweide befinden, sind die case isolate, wie sich herausstellte, mit ganz spärlichen Ausnahmen mit den Anbauflächen der Zerealien auf den Konoiden, Terrassen und Hängen verbunden; sie fehlen daher im Quellgebiet der Etsch fast völlig. Häufungen von case isolate bis zum villaggio über 1000 Einwohner verdanken ihr Entstehen vornehmlich der Viehzucht mit allen ihren Begleiterscheinungen. Als eine 4. Form wirtschaftlicher Betätigung für Siedler glaubt Almagia die Mähwiesen oder Bergmäher (prati di foraggio), charakterisiert durch fienili (Stabel), besonders berücksichtigen zu müssen, vermutlich, weil sie für das Landschaftsbild charakteristisch sind, obwohl es sich hier nur um ein Sonderphänomen der Viehzucht handeln kann. Endlich hat Almagia noch die Schutzhütten (rifugi oder alberghi alpini) und diejenigen Siedlungen bezeichnet, deren Einwohnerzahl eine rückläufige Tendenz hat. Er nimmt als Ursache hierfür zunehmend ungünstige Verkehrslage an. Natürlich sind noch nicht alle anthropogeographischen Fragen beantwortet. So

könnte man auch Zahlangaben für case und aggregati wünschen. Auch lagt der Saggio nichts Soziologisches aus. Almagia hat, wie aus dem Kommentar zur Karte hervorgeht, es gelehrt, aber diesem Punkt weniger Beachtung geschenkt, da es ihm vornehmlich auf die kartographische Herausarbeitung der geographischen Wechselwirkungen zwischen den physio- und damit wirtschaftsgeographischen und den anthropogeographischen Bedingungen ankam. Immerhin kann sein Werk für die Kartentechnik der Anthropogeographie der Hochgebirge in mancher Beziehung richtunggebend werden.

Forchungsreisen

Die von Franz Xaver Schaffer geleitete Expedition der Pariser Akademie kehrte

von Ras Schamar in Syrien zurück (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 926). Sie bringt nunmehr, nachdem ihr früher die Ausgrabung neuer Keilschrifttexte aus dem 14. Jahrhundert vor Christus geglückt war, neue Bibliotheksfunde mit: große Terrakottatafeln mit Keilschrifttexten, die Bruchstücke epischer Dichtungen sowie Wörterbücher und Schulbücher darstellen. Ferner wurden eine Astartefigur und Schmuck für Frauen aufgefunden. Unterhalb dieser Schicht fand Schaffer die Spuren einer Stadt, die noch dem 20. Jahrhundert vor Christus anzugehören scheinen.

Gustav Stratil-Sauer von der Universität Leipzig brach mit seiner Frau und dem Sprachforscher Gustav von Platen zu einer Automobilexpedition nach Südpferlien auf. Er will das noch unbekannte Zagrosgebirge und die unbekannte Wüste Lüth geographisch erforschen.

Der Kustos der Ostasiatischen Abteilung des Berliner Völkerkundemuseums Ferdinand Lessing hat sich der *Ostalien*-Expedition Sven Hedins angeschlossen. Später will sich Lessing zu weiteren Studien nach China begeben.

Ungewißheit herrschte lange Zeit über das Schicksal der Wilkinsexpedition, die am 4. September aus der *Arktis* die letzte Nachricht gab. Sie war feinerzeit mit dem amerikanischen Unterseeboot Nautilus aus Bergen aufgebrochen. Auf einer Tagung der Aeroarktischgesellschaft wurde endlich offenbar, daß die Nautilus-Expedition infolge Verlusts des Höhenmessers des Unterseeboots nahezu erfolglos verlief. Nur meteorologische Feststellungen konnten gemacht werden. Die Aussprache ergab, daß das Unterseeboot zur Durchdringung der *Arktis* nicht ungeeignet sei, doch müßte dazu ein besonderes Boot konstruiert werden.

Veranstaltungen Vom 7. bis zum 20. Juli 1931 tagte in Kigoma / Tanganyika Territory/ die Unterkommiffion des *Internationalen Geologenkongresses* zur geologischen Landesaufnahme des südäquatorialen Afrikas. Als Ergebnis der Beratungen wird eine farbige geologische Karte veröffentlicht, auf der die nutzbaren Lagerstätten des südäquatorialen Afrikas besonders berücksichtigt sind; sie wird von dem französischen Geologen J. Lombard bearbeitet. Der *Deutsche Sprachverein* veranstaltete einen Vortragsabend über die Sprache der Gottesgelehrten. Carl Eschweiler erklärte, die lateinische Sprache, die Kirchensprache des Katholizismus, sei der Ausdruck für die Allgemeingültigkeit der religiösen Wahrheit. Der protestantische Gelehrte Wolfgang Beyer und der Rabbiner Leo Baeck wandten sich der geistigen Bedeutung der Sprache für das religiöse Erlebnis zu. Die Sprache, führte Baeck aus, sei das Gefäß der göttlichen Offenbarung; es bestehe daher die Pflicht sie vor Verunstaltungen zu schützen. Nach Beyer ist die Sprache der Religion der Versuch das Unausprechliche ausprechbar zu machen; deshalb sei das ursprüngliche und eigne Wort das Zeichen für die Echtheit des religiösen Erlebnisses.

Totenliste

Der größte der deutschen Altertumsforscher, *Gustaf Kossinna*, starb am 20. Dezember 1931 in Berlin, 74 Jahre alt. Seine Arbeit galt der germanischen Vor- und Frühgeschichte namentlich des Ostens und Elbegebiets zur Bronze- und Eisenzeit. Wichtige Beiträge lieferte er auch über die Urfinnen und Indogermanen sowie über die Kelten und Illyrier in Deutschland. Das Weichselland wies er als Heimatgebiet der Germanen nach. Er begründete und leitete ununterbrochen die Deutsche Gesellschaft für Vorgeschichte und die Zeitschrift *Mannus* (bisher 50 Bände). Die Bedeutung dieses hervorragenden Forschers ist hier in einzelnen Buchbesprechungen Hans Flemmings zutage getreten (siehe die Rundschau Neuerfcheinungen, 1924 Seite 212, 1925 Seite 321, 1926 Seite 512, 1928 I Seite 373). In Leipzig starb am 30. März 1932, in seinem 82. Lebensjahr, *Eduard Sievers*, der Kenner der alt- und mittelhochdeutschen Literatur und der Begründer der Schallanalyse. »Sie will«, nach Sievers' Definition, »versuchen mit Hilfe planmäßig durchgeführter psychophysiologischer Reaktionsversuche festzustellen, unter welchen psychophysiologischen Bedingungen überhaupt die geformte menschliche Rede:

zustande kommt.« Sievers entdeckte so Zusammenhänge zwischen den Muskelspannungen und dem Sprechstil und schuf sich mit ihnen eine scharf umrissene Typologie auf vorwiegend rabbinischer Grundlage, von der aus er zahlreiche Text- und Stilkritiken vornahm.

Kurze Chronik Hermann Wirth machte mit seiner *Atlantistheorie* verschiedentlich in Berlin von sich reden. Aus seinem Material griff er die Kalendersymbole zum Beweis der Einheit des von ihm behaupteten arktisatlantischen Kulturkreises heraus. Bei einer Tagung der Hermann-Wirth-Gesellschaft stellte Ernst Bergmann beachtliche Kongruenzen respektive Komplemente zwischen der Wirthschen Atlantistheorie und der Hörbigerischen Welteislehre fest. In der Gesellschaft zur Förderung der Welteislehre würdigte Alexander Bestmerty kritisch die Atlantistheorie. \diamond In der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums sprach Ludwig Ferdinand Clauß über die Frage, ob die *Juden* Semiten sind. Er will einer neuen Disziplin der Plychoanthropologie den Weg bahnen. Er faßt den Begriff Rasse geisteswissenschaftlich; Ein Rassenstil ist ihm eine Gruppe von Menschen von gleichem seelischen Stil, den Übereinstimmungen der Gesichtsformen widerpiegeln. Er dürfte damit in den Spuren Huxlerls wandeln. Nach Clauß gibt es eine semitische Rasse überhaupt nicht; statt dessen gibt es eine wüstenländische und eine alarodische. Zur einen gehören die vorexilischen, zur andern die nachexilischen Juden; der Übergang erfolgte während des Exils. Um dies festzustellen, lebte Clauß lange unter Beduinen. \diamond Das Institut de France hat den für linguistische Forschungen bestimmten Prix Volney dem Leipziger Romanisten *Walter von Wartburg* für sein Französisches Etymologisches Wörterbuch zuerkannt. \diamond Am 11. April wurde *Heinrich Cunow* 70 Jahre alt. Er hat als sozialistischer Publizist eine Reihe ethnologischer Untersuchungen veröffentlicht. 1919 machte ihn Konrad Haenisch als preußischer Kultusminister zum Extraordinarius an der Universität Berlin. Cunow verfaßte 1894 Die Verwandtschaftsorganisationen der Australneger, 1896 Die soziale Verfallung des Inkareichs, 1912 Die Technik der Urzeit und Die Urgeschichte der Ehe und Familie. Sein bedeutendstes Werk ist die *Allgemeine Wirtschaftsgeschichte* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, eine Übersicht über die gesamte Wirtschaftsentwicklung.

Literatur

Eine höchst gewissenhafte, mit Bildern und Karten wohlausgestattete Arbeit ist das Werk *Adolf Reins* Die europäische Ausbreitung über die Erde /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/. Die Darstellung ist stets auf der Höhe der Forschung, von Geringfügigkeiten abgesehen, so etwa, wenn behauptet wird, die amerikanischen Kulturen blieben in der geschichtlichen Abgeschlossenheit, während es immer klarer wird, daß ostasiatische und Südpazifikflüsse beim Aufbau dieser Kulturen erheblich mit am Werk waren (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 698). Leider verfehlt der Autor auch nicht mit einem Sterbenswörtchen eine Nutzenwendung aus der Fülle des Stoffs zu ziehen. Dabei blitzen ihm gelegentlich Erkenntnisse auf, die sich nicht grade bei vielen deutschen Forschern finden; so, daß der Weltkrieg aus dem deutsch-englischen Gegensatz entstand. Andererseits findet sich aber auch alles, was in der zünftigen deutschen Geschichtsschreibung landläufig und ungeprüft als richtig gilt; namentlich die Überhöhung des Germanentums. 2 Leitgedanken tragen diese Arbeit: 1. Das Leben Europas besteht in der Energie der großen Gegensätze (Ranke), 2. Europa ist bestimmt aus dem Erdball eine organische Einheit zu machen. Zu 1 ist festzustellen: Wenn, was Ranke sagte, zu seiner Zeit richtig war, so ist es heute falsch, ja verhängnisvoll, und der Autor hätte die Pflicht gehabt dies zu betonen. In einer Zeit, in der sich rings um Europa relativ autarke Wirtschaftsreiche kristallisieren, sind alle innereuropäischen Gegensätze bei Gefahr des Verlusts der politischen Existenz des Erdteils zurückzustellen. Ziel kann nur noch die Schaffung eines ebenfalls relativ autarken Wirtschaftsreichs Kontinentaleuropa sein. Zu 2: Die These von der Unifizierung der Welt (die übrigens auch Guglielmo Ferrero in seiner Studie Die Einheit der Welt, verdeutschte von Antonina Vallentin /Berlin, S. Fischer/, verteidigt), gilt höchstens insofern, als die nichteuropäischen Kulturen durch starkes Eindringen der europäischen teilweise nivelliert werden. Sie gilt nicht in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Für die Politik bleibt das wirtschaftsimperiale Prinzip das ausschließlich die nahe Zukunft gestaltende. Rein hätte dies eher erkannt, wenn er, wie Karl Sapper in seiner in dieser Rundschau (1930 III Seite 1027) gewürdigten Arbeit, eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Europäisierung exakt unterschieden hätte.

KUNST

Musik / Herbert Trantow

Operettenniederung—Das Genre der leichten Musik war in rettungslose Banalität in dem Augenblick verfallen, als das leichte Theater aus der ihm vorgezeichneten Stellung herausging und lächerliche Ambitionen zum Ernsthafteu bekam. Seit der Hochblüte der Operette, die mit Jacques Offenbach ihre ersten und immer noch künstlerisch bedeutendsten Triumphe feierte, ist eine Verflachung auf diesem Gebiet eingetreten, die jetzt zur völligen Verödung geführt hat. Die Gründe dafür liegen einmal im Schöpferischen: Offenbach erfaßte mit genialer Sicherheit das ureigene Wesen der Operette, des "Operchens", als den bewußten Gegenpol zum ernsthafteu Musiktheater; je sicherer diese Oppositionsstellung war, um so witziger und leichter konnte er seine Operetten gestalten, bis zu den Höhepunkten seiner großen Travestien Die schöne Helena und Orpheus in der Unterwelt. Selbst ein Werk wie Pariser Leben, das zum großen Revue-theater hinüberfiehlt, steht turmhoch über den langweiligen "Shows", die nach dem Krieg unter dem Einfluß des alles nivellierenden amerikanischen Geschmacks auf unseren Bühnen vorgeführt wurden. Die eigentliche Aufgabe des heitern Musiktheaters: mit Witz, Laune und Temperament der Zeit einen Spiegel vorzuhalten (womit zugleich die Berechtigung von Neubearbeitungen für unsere Zeit, wie sie Karl Kraus von Offenbach'schen Libretti als Meister des Geistes geschaffen hat, erwiesen ist), wurde unter Offenbach's Nachfolgern immer mehr in die banale Formel umgebogen: ein Stück zu schreiben, in dem auf den sogenannten Höhepunkten die Musik einsetzt, bei dem am 2. Akt-schluß (und seit dem Dreimäderlhaus und der Ära Rotter auch am 3. Akt-schluß) die Tränendrüsen einer leicht zu rührenden Masse angerührt werden. Der Anstoß hierzu kam von Wien. Erscheint uns heute etwa die Fledermaus als unvergängliches Glanzstück, bei dem die Grenzen zur Spieloper nicht mehr zu erkennen sind, die im Gegenteil den größten Teil der deutlicheu sogenannten Spielopernliteratur, was Erfindung, Heiterkeit und Glanz der Musik anlangt, mit Elan schlägt, hält auch noch meistens die Generation der Millöcker, Suppé, Zeller dieses Niveau, so ist es bei der folgenden Generation der Leo Fall, Emmerich Kalman und Franz Lehar rettungslos dem Verfall preisgegeben. Lichtpunkte wie Die lustigen Nibelungen von Oskar Straus

oder Feinheiten in Leo Falls besten Partituren ändern nichts entscheidend. Der Höhepunkt künstlerischer Barbarei wurde hier mit dem Dreimäderlhaus erreicht, dessen Macher sich nicht genierten Franz Schubert zu einem sentimentalen Trottel herabzuwürdigen und seine Musik in einer Weise zu entstellen, daß die ganze Oberflächlichkeit des Operettenpublikums dazu gehörte diesem Denkmal der Kultur-schande einen in Tausende gehenden Serienerfolg zu verschaffen. Die Methode hat Schule gemacht: Ein Komponist wie Erich Wolfgang Korngold, der als Wunderkind mit seinen Opern Der Ring des Polykrates und Violanta für die Richard-Strauß-Nachfolge Gutes verhiel, und der in der Toten Stadt immerhin neue Entwicklungsmöglichkeiten zeigte, beteiligte sich jetzt an dieser Leichenflederei und schreibt nach Musiken von Johann Strauß "neu" das Lied der Liebe (das unverständlicherweise im Verlag B. Schotts Söhne in Mainz erschien) im Auftrag seiner Geldgeber, der Operettenfürsten Rotter, und neuerdings im Auftrag Max Reinhardt's eine "Neubearbeitung" von Offenbach's Schöner Helena, die einer Fälschung gleichkommt (und im Prinzip nicht weniger schlimm ist als das Attentat auf Hoffmann's Erzählungen, das Reinhardt in Berlin verübt hat). An dem Tiefstand der heutigen Operette wird sich nichts ändern, solange der jetzige Operettenbetrieb in die verantwortungslosen Hände des reinen Unternehmertums gelegt ist und sich als Industrie vom Schöpferischen unabhängig macht. Die Stücke werden nicht mehr aus schöpferischem Einfall heraus geschrieben sondern für einen Tenor, eine Sängerin oder ein prominentes Berliner Theater; die Provinz übernimmt sie dann, weil es eben nichts Besseres gibt. Daß auf diese Weise immer das altbewährte Schema abgehandelt wird, ist klar. Es ist das selbe System wie bei 99 von 100 deutlicheu Tonfilmen: Man ist eine Industrie mit einem Kapital, das mit größtmöglicher Sicherheit angelegt werden muß; da aber alle neuen schöpferischen Ideen den Unsicherheitskoeffizienten a priori in sich tragen (wie viele Meisterwerke wurden nach ihrer Zeit entdeckt!), so gibt es da nur Platz für Leute, die es verstehen die Konjunktur zu wittern; alles andere ist Nebensache oder läßt sich für Geld kaufen.

Songstil

Von hier aus betrachtet bekommt Kurt Weills Dreigroschenoper ein neues Gesicht: sie ist seit Offenbach das erste Werk, das mit Geist, Witz und Laune

einen entscheidenden Vorstoß gegen die Verlogenheiten und Sentimentalitäten der Wiener Schmachtoperette unternimmt. Sieht man von dem sozialen Gehalt und der politischen Polemik des Stücks ab, hält man sich nur an die Art der musikalischen Ausführung und die tragende Atmosphäre, so kann es gar keinen Zweifel geben, daß wir hier ein Meisterwerk der Theatermusik vor uns haben, das durch seine Songs (dieser englische Ausdruck ist in dem anglierten Deutschland nun einmal gang und gäbe, obgleich er grade auf Villonische Texte am allerwenigsten paßt) imstande gewesen wäre dem ganzen "leichten" Genre einen entscheidenden Stoß nach vorwärts zu geben. Daß es dazu nicht kam, liegt an der kulturreaktionären Haltung unserer Zeit und an der Interesselohigkeit der maßgebenden Operettenindustrie am rein Künstlerischen. Diese Fabrikanten interessiert bei allen künstlerischen Erscheinungen ja nur der Geldpunkt. Immerhin, Ansätze zum Bessern sind, abseitig vom großen Trost zu spüren. Eine Erscheinung wie Mischa Spoliansky ist mehr als eine Hoffnung, ist in der entzückenden Revue *Wie werde ich reich und glücklich?* sogar Erfüllung. Spoliansky schreibt eine Musik, die äußerst gekonnt ist, und die in Zwei Krawatten (mit einem nicht sehr geglühten, im Äußerlichen haftenden Libretto von Georg Kaiser) Vorstöße ins Seriöse unternimmt, ohne wie Lehar oder Kalman sentimental zu werden. Leider steht Spoliansky vereinzelt da. Gelegentliche Songeinlagen in Schauspiele, wie etwa die von Ernst Toch in Alfred Döblins *Ehe*, sind Ausnahmen und fallen nicht ins Gewicht der niveaulosen Überproduktion gegenüber. Paul Abraham, der Komponist der *Drei Musketiere* und der *Blume von Hawaii*, hat sich nach seinem begabten Erstling in der letztgenannten Operette wieder einer üblen Kitschchromantik verschrieben; seine Einfälle sind kurzatmig, die glänzende Machete täuscht darüber nicht hinweg. Sieht es so um das leichte musikalische Theater äußerst trübe aus, so kommen doch von kleinerem Kreis her Vorstöße in Neuland, die um so mehr zu beachten sind. Den Songtypus, den Weill in der Dreigrößenmusik ausgebildet hat, und den er immer neu variiert, übernimmt Peter Nick in seiner *Kantate Leben* in dieser Zeit (Wien, Universal Edition). Hier sind Gedichte Erich Kästners zu einer Folge zusammengefaßt, die einen Ausschnitt aus dem Leben des sogenannten kleinen Mittelstands gibt. Die Art, wie Kästner das macht, ist bekannt. Nick

schreibt dazu eine Musik, die sich vielleicht stellenweise etwas zu sehr zurückhält, aber doch im ganzen als außerordentlicher Talentbeweis für eine neue Art Songlyrik zu werten ist. Er verhilft den Texten Kästners sogar manchmal zu einer Schlagerhaftigkeit, die sie an sich nicht haben, und bringt die ernstesten Stücke zu ergreifender Wirkung.

Symptomatisch sind Hanns Eislers *Politische Songs* (Wien, Universal Edition), die in ihrer suggestiven Schlagkraft politische Propaganda von mitreißender Wirkung mit musikalischen Mitteln treiben.

Klavieretüden Mit dem Aufkommen einer neuen Art Musikausübung geht die Frage der technischen Bewältigung der neuen künstlerischen Probleme Hand in Hand. Immer haben im Anfang nur wenige Menschen die Fähigkeit gehabt eine neue Kunst, deren Sinn sie verstanden, auch technisch reproduktiv zu bewältigen. (Ein Hauptgrund für die zu allen Zeiten immer nur langsame Verbreitung der jeweilig neuen Musik.) Wenn ein Komponist vom Rang *Ernst Toch*s jetzt eine, in den Schwierigkeitsgraden allmählich vorschreitende Etüdensammlung für Klavier vorlegt (10 Konzertetüden für Klavier Opus 55 und 10 Vortragsetüden für Klavier Opus 56/Mainz, B. Schotts Söhne/), so erwirbt er sich damit größtes Verdienst um die neue Klaviermusik. Diese Etüden geben eine vorbildliche Übersicht der aktuellen und durch die Neue Musik hervorgerufenen pianistischen Probleme: Den linearen Klavierfatz in Hindemiths Manier berücksichtigt Toch ebenso wie das Problem der schweren Lesbarkeit; rhythmische Probleme ebenso wie die neue, am Impressionismus geschulte Klanglichkeit. Dabei ist alles rein qualitativ äußerst sorgfältig fundiert, die technische Problematik wirkt nie als Selbstzweck sondern immer als Dienerin der kompositorischen Idee. Die langsamen Stücke besonders gehören zu den schönsten Eingebungen dieses klugen Komponisten, so daß diese Sammlung für Studium und Musizieren wärmstens empfohlen werden muß. Das bisher unübertroffene moderne Klavierwerk; die Klaviermusik Hindemiths mit der Reihe kleiner Stücke, wird hier ausgezeichnet vorbereitet. Mit den vor Jahren veröffentlichten Etüden Bela Bartoks und Karol Szymanowkiss und, im weiteren Sinn, den Etüden Claude Debussys verfügt die Neue Musik hier über ein Studienwerk, dem man in dieser stilistischen Geschlossenheit nur Chopins und Liszts Etüden gegenüberstellen kann.

Totenliste Der Münchener Komponist, Dirigent und Musiktheoretiker *Walter Courvoisier*

starb Ende Dezember 1931 in Locarno, in seinem 57. Lebensjahr. Von Geblüt war er zum Lyriker bestimmt, und in der Lyrik gab er sein Eigenes; sein größter Erfolg war die von Bruno Walter in München aufgeführte Totenfeier.

Der Musikreferent der Deutschen Allgemeinen Zeitung *Walter Schrenk* verunglückte, erst 38 Jahre alt, am 26. Februar 1932 auf einer Automobilfahrt tödlich. Er war einer der ersten Vorkämpfer der Neuen Musik und wurde bekannt durch sein Buch Richard Strauß und die Neue Musik.

In Wien starb der Musikkritiker und Musikschriftsteller *Richard Specht* Mitte März, im Alter von 62 Jahren. Er war ursprünglich Architekt, ging auf Brahms' Rat zur Musik über und hatte dann durch seinen glänzenden temperamentvollen Stil, mit dem er besonders für Strauß und Mahler eintrat, große Erfolge. Sein letztes Werk war eine Biographie Giacomo Puccinis.

Am 21. April starb in Berlin der Komponist *Hugo Kaun*, 69 Jahre alt. Er schrieb außer Kammermusik und Gesangswerken jeder Gattung die Opern *Sappho*, *Der Fremde* und *Menandra*. Seine größten Erfolge hatte er auf dem Gebiet des Männerchorgesangs zu verzeichnen.

Am 9. Mai starb in Wien der Gründer und Leiter der Universal Edition *Emil Hertzka*, im Alter von 63 Jahren. Mit der Entwicklung der Neuen Musik ist sein Name untrennbar verbunden; er setzte sich für Gustav Mahler, Arnold Schönberg und Bela Bartok ein, als sie noch heftig umstritten waren, und hat vielen jungen Begabungen den Weg gebahnt. Er hat die Universal Edition auf die Höhe geführt, wo sie heute steht.

Kurze Chronik 2 Elegien Goethes sind von *Darius Milhaud* vertont worden. ◊ Die Erstlingsoper *Hermann Windts* *Andromache* wurde am 16. März in der Berliner Staatsoper aufgeführt. Das Werk erschien in der Universal Edition in Wien. ◊ Das neue Oratorium *Hugo Herrmanns* *Jesus* und seine Jünger kam am 8. Mai in Weinheim an der Bergstraße zur Uraufführung. ◊ Die Vereinigung der französischen Schriftsteller, Komponisten und Musikverleger in Paris hat einen Beitrag von 1000 Mark zur Errichtung des von Peter Breuer geschaffenen *Beethoven Denkmals* in Bonn gestiftet. ◊ Am 17. Juni wurde zur Vorfier des 70. Ge-

burtstags Claude Debussys, der im letzten Kriegsjahr starb (siehe diese Rundschau, 1918 I Seite 655), in Paris ein *Debussydenkmal* besonderer Art eingeweiht; bei diesem festlichen Akt war auch der deutsche Botschafter Leopold von Hoelch zugegen. Arturo Toscanini dirigierte in Paris ein Orchesterwerk Debussys; ein anderes, das Felix Weingartner in Basel dirigierte, wurde in einen Pariser Konzertsaal übertragen. ◊ Dem Direktor der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin *Hans Joachim Moser* wurde von der Universität Königsberg die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Moser schrieb eine Geschichte der deutschen Musik in 3 Bänden und zahlreiche instruktive Aufsätze über musikwissenschaftliche Themen. Er ist auch Konzert- und Oratorienfänger. ◊ Der Führer der deutschen Musikkritiker *Hermann Springer* wurde am 9. Mai 60 Jahre alt. Seine Besprechungen in der Deutschen Tageszeitung sind durch feines Verständnis und künstlerisches Verantwortungsgesühl ausgezeichnet und darin geradezu vorbildlich zu nennen. Bezeichnend für seine geistige Haltung war ein kleiner Vorfall während der Kriegsjahre: Als das Berliner Deutsche Opernhaus Ignaz Brülls *Goldnes Kreuz* aufführte, aber in der Kriegspolychose aus der Napoléonischen Armee ein preußisches Heer machte, protestierte Springer (als einziger) gegen diese Verballhornung, weil sie dem Charakter der Komposition, die grade von der Weise französischer Clairons bestimmt ist, widerspräche. Die Enge eines ungeistigen Nationalismus ist diesem Mitarbeiter eines rechtsgerichteten nationalen Organs fremd. ◊ Am 4. Juni wurde *Erwin Lendvai* 50 Jahre alt. Der deutsche Chorgesang hat ihm eine grundlegende Erneuerung zu verdanken; er war der erste, der mit der Liedertafel des 19. Jahrhunderts brach und bewußt an die große Chortradition des 16. und 17. Jahrhunderts anknüpfte, die er in schöpferischer Weise zum neuen Blühen brachte. In den Sozialistischen Monatsheften hat er von 1919 bis 1924 diese Rundschau Musik bearbeitet.

Literatur Ein bibliophiles Prachtwerk, das Musikgeschichte in einer ganz ungewohnten Weise bietet, ist das in Lieferungen erscheinende *Handbuch der Musikwissenschaft*, herausgegeben von Ernst Bücken /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/. Das Einzigartige dieses Werks, von dem bisher abgeschlossen

vorliegen: Die Musik des Barocks von Robert Haas, Die Musik des Rokoko von Ernst Bücken und Die moderne Musik von Hans Mersmann, liegt in der Verbindung des Wissenschaftlichen mit dem Sinnfälligen; hier wird nicht trockene Musikgeschichte in einer abstrakten Form geboten, die dem Nichtfachmusiker schwer zugänglich ist, sondern eine Fülle von ausgezeichnet und charakteristisch ausgewählten Notenbeispielen und von technisch meisterhaften Reproduktionen zeitgenössischer Bildkunst unterstützt die fachliche Erörterung. Ein Werk, das in seiner prächtigen, ja fast verschwenderischen Ausstattung vielleicht gegen das Wesen unserer Zeit ist, das aber eine Höchstleistung deutscher Buchkunst ist.

Vortragskunst / Felix Stöflinger

Spielgemeinschaften In den letzten Monaten sind in Deutschland überall spontan Spielgemeinschaften von Schauspielern und Laienspielern entstanden. Der Zusammenbruch der Theaterwirtschaft hat die Schauspieler zu einer Selbsthilfe zusammengezwungen, so daß wieder der alte Typus der Wandertruppe erfunden ist. Sicher wird dies auch zu einer starken stilistischen Beeinflussung von Sprache, Vortrag und Ausdruck führen. Auch unter Schülern, Jugendlichen, Arbeitslosen ist infolge der vielen Zeit, die heute so manche haben, der Wunsch Theater zu spielen lebendig geworden. Alles, was ein falscher Modernismus für Theater und Spiel prophezeit hat, ist schnell genug von der Entwicklung überholt worden. Befördert wird diese Theaterleidenschaft durch den neuen Naturalismus der Zeitstücke. Wie sie selbst aus dem Leben oder der Zeitung abgeschrieben sind, verlangen sie Spieler, die ohne Lampenfieber sich geben wie sie sind, Spielen die Menschen nun gar sich selbst, dann spürt der Hörer mit eindringlicher Kraft die Bedeutung des Horazischen »Tua res agitur«. Und dieses Wort stand denn auch, frei übersetzt mit »Ich bin wie du«, auf der Stirnwand der kleinen Bühne eines Berliner Hotels, in dem erwerbslose Volkshochschüler der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Ulmenhof in Berlin ein Laienspiel von Hans Mühle Das werklose Heer mit erschütternder Eindringlichkeit zwischen selbstgemalten Papierkulissen aufführten. Abgesehen von einigen antifranzösischen Ausfällen (deren Sinn und Ziel der wohlmeinende Verfasser als Opfer der unwahrhaftigen Presseberichterstattung offenbar nicht ahnte) bringt dieses Spiel das typische seelen-

zermalmende Leid einer arbeitslosen Jugend in kurzen, bei aller Normalität nie abgegriffenen Szenen und Sätzen zum Ausdruck. Ein nur 8stimmiger und deshalb besonders ergreifender Sprechchor sagt das Gemeinfame aus, während die jungen Arbeitslosen ihre Einzelschicksale vorleben. Nur selbsterlittene Not bricht so vehement aus der Brust des Menschen. Man wird nicht nur durch das Martyrium physischen Leides, mehr noch durch die Vergeudung des Talents einer ganzen Generation erschüttert, die eine ebenso sinnlose wie verwerfliche Politik (an der alle Parteien in einer Einheitsfront schuld oder mit schuld sind) vor die Hunde treibt, während die Welt ihrer Aufbau lust dringender als je bedarf.

Hörgemeinschaften

Die Aktivierung des Rundfunks ist in dieser Rundschau (1932 I Seite 555) schon vom Programm, das heißt vom Sender aus behandelt worden. Damit ist aber weder die Möglichkeit noch der Bereich der Aktivierung des Rundfunks erschöpft. Auch die Aktivierung des Programms macht aus dem Konsumenten Hörer noch keinen Produzentenhörer. Aus seinem Bedarf hat sich aber im Lauf der letzten Jahre eine Hörform entwickelt, die in ganz besonderer Weise geeignet ist das Hören und den Hörer zu aktivieren, einen Rundfunkkonsumenten auf eine ganz besondere Weise in ein mitschaffendes Element der Funkendung zu wandeln. Das geschieht durch die Hörgemeinschaften. Ihr Wesen besteht darin, daß Hörergruppen zu einem gemeinschaftlichen Abhören zusammengebracht werden, das in einer gemeinsamen Besprechung des Gehörten ausklingt. Durch dieses gemeinfame Hören wird zunächst einmal die Isolierung des Rundfunkhörers aufgehoben. Der Rundfunk hat 2 Wirkungen, die einander polar entgegengesetzt sind. Die Sendung richtet sich an *alle*, aber der Empfang erfolgt durch *einen*. Diese Atomisierung ist durch die Entwicklung vom Kopfhörer zum Lautsprecher zum Teil bereits aufgehoben worden. Die Popularisierung des Lautsprechers, die Herstellung ganz billiger Serienfabrikate, hat zunächst einmal in Haus und Heim eine engere Hörgemeinschaft, die der Familie, der Wohnung, der Nachbarschaft, ermöglicht. Das ist als die Zelle der Hörgemeinschaften zu betrachten. Aus dieser ersten Möglichkeit gemeinschaftlichen Hörens entwickelte sich der Wunsch die Hörgemeinschaft nicht mit den zufälligen Haus- und Familiengenossen sondern mit

wirklichen Gefinnungsgenossen zu teilen. Das Bedürfnis des Hörers auf das Gehörte zu reagieren war immer groß. Grade aktiven Menschen genügte nicht die Möglichkeit unwillkommene Sendungen durch Abstellen des Apparats abubrechen, ebenfowenig die andere: auf empfangene Eindrücke brieflich zu reagieren. Wie groß das Hörerbedürfnis ist dem Eindruck einer Sendung etwas selbst hinzuzufügen, zeigt die große Menge der Hörerbriefe, die bei jedem Sender und jedem bekannten Rundfunkprecher eingehen. Kurz, das Mitteilungsbedürfnis und der Trieb Eindrücke weiterzuleiten sind sehr groß, bedeuten selbst schon einen Schaffenstrieb, und aus ihm sind die Hörgemeinschaften entstanden. In Deutschland bestehen Hörgemeinschaften seit dem Jahr 1929, in England und Rußland sind sie wesentlich älter. Wie Ase Neels in Rufer und Hörer berichtete, sind in England schon seit geraumer Zeit discussion groups von Verbänden ins Leben gerufen worden, an deren Spitze der Central Council for Broadcast Adult Education steht. In den englischen Grafschaften übernehmen area councils den Zusammenfluß zu Hörgemeinden für solche Einzelpersonen, die keinen eignen direkten Hörgemeinschaftsanschluß haben. In Einzelbezirken gibt es an 100 Hörgemeinschaften, die sich aus den verschiedensten Anschauungskreisen zusammensetzen. Das seit Jahrhunderten an öffentliche Diskussion gewöhnte englische Volk hat dieser Form aktivierter Teilnahme am Rundfunk von Anfang an großes Verständnis entgegengebracht. In Rußland sind ebenfalls die im Volk vorhandenen (vom Bolschewismus ganz unabhängigen) Kollektivierungstendenzen dem Gemeinschaftsempfang förderlich gewesen. Die Entwicklung des Klubwesens als Folge eines nicht mehr existierenden Eigenlebens in der Wohnung, ferner die von den Machthabern gewünschte Erleichterung staatlicher Propaganda haben die Entwicklung des russischen Gemeinschaftshörens zur Folge gehabt. Wenn auch in jedem Land andere Tendenzen das Gemeinschaftshören fördern, so steht doch überall der Drang des Hörers sich aus einem passiven Empfänger in einen aktiven zu verwandeln am Ursprung des Gemeinschaftsempfangs. In Deutschland haben die Politisierung der Menschen, der Sinn für modernisierte Volksbildung, schließlich die Arbeitslosigkeit zum Gemeinschaftshören geführt. Dementprechend waren es politische und religiöse Organisationen, Schulen, Volkshochschulheime, Bibliotheken, Vereine und Tages-

heime, ferner Institutionen zur Beratung und Fortbildung von Erwerbslosen, die das deutsche Gemeinschaftshören auf seinen heutigen beachtenswerten Stand gebracht haben. Da diese Hörgemeinden zum allergrößten Teil mit den Sendern in Verbindung stehen, ihnen ihre Wünsche, Erfahrungen, Beschwerden übermitteln, besitzen die Sendegesellschaften das beste Material über ihre Entwicklung. Die Deutsche Welle hat bisher 749 Hörgemeinschaften gezählt, davon 479 ländliche. Die Übersicht über die Leiter dieser Gemeinden zeigt den überwiegenden Einfluß von Lehrern, Vereinsvorständen, Geistlichen, Bibliothekaren. Auch die anderen Sender kennen den Umfang und die Bedeutung der Hörgemeinden; so hat der Westdeutsche Rundfunk eine Vortragsreihe Merich und Welt unter besonderer Berücksichtigung der Erwerbslosen geboten, die von etwa 500 verschiedenen Hörgemeinden verfolgt wurde. Schon diese Angaben zeigen die große Bedeutung der deutschen Hörgemeinschaften an. Sie treten nicht nur zum Empfang jener Sendungen zusammen, die von vornherein für Gemeinschaftsempfang angelegt sind, sondern auch zum Abhören von Kunst jeder Art. Der Bearbeiter dieser Rundschau weiß seit langem aus vielen Hörerbriefen, wie überraschend sicher das Urteil sehr vieler Hörer ist. So wurden in allen Briefen über Musikvorträge stets die Schallplatten, die unter sehr guten die besten waren, von den Hörern besonders gerühmt. In der Aussprache nach einem Gemeinschaftsempfang in der Berliner Arbeiterjugend konnte die selbe Beobachtung gemacht werden. Eine kleine Entgleisung im Rhythmus, die einem sehr guten Schauspieler passierte, wurde von zahlreichen Hörern sofort bemerkt und gerügt. Für die Teilnehmer eines solchen Empfangs ergibt sich aus der Diskussion eine Fülle von Anregungen. Es bedarf oft nur des Hinweises eines einzigen Hörers, daß den anderen Hörern bekannt wird, was sich mancher gedacht hat, was aber nicht bis in die Zone des Wortwerdens seines Bewußtseins gedrungen ist. Das selbe ergibt sich für alle Aussprachen. Die Gemeinschaft des Mithörens und Mitdenkens kommt einer Verstärkerwirkung geistiger Kräfte gleich. Deswegen ist der Andrang zu solchen Hörgemeinschaften groß. Der Rundfunk verliert durch sie noch mehr den Charakter eines Apparats. Es werden produktive und irrationale Kräfte in den Hörern entwickelt, aus denen neue Schaffensmöglichkeiten hervorgehen werden.

Schallplatten Auf dem Gebiet geistlicher Musik hat Columbia 2 französische Platten edelster Art herausgebracht. Les Chanteurs de la Sainte Chapelle singen Jachet de Berchem und Tommaso Ludovico da Vittoria mit einer Reinheit, die sich an den farbigen Fenstern der Kapelle unbeschreiblich schön brechen muß. Der belgische Tenor M. A. d'Arkor singt moderne französische geistliche Musik von César Franck und Ernest Chausson mit schöner Inbrunst. Das Lied, eine im modernen Konzert fast schon verschollene Kunstform, findet in Heinrich Schlusnus einen tonlich wohlklingenden, in Alexander Kipnis einen gestaltenden Sänger hohen Ranges. Schlusnus singt Schubert und vor allem Mahler /Grammophon Die Stimme meines Herrn/, Kipnis Brahms und, besonders schön, Schumann /Columbia/. Grammophon Die Stimme meines Herrn hat nun alle Vorpiele zum Pfiznerischen Palestrina unter Leitung des Komponisten herausgebracht; der Tiefinn des 3. hat die Sublimierung des Parifal. Mit dem Höchsten, was es in der Kunst gibt, kann man verbunden sein, und man wird doch nicht aufhören die 'Anklage Des Grioux' Ah Manon mitradisce aus dem innigsten Werk Puccinis hören zu wollen, die Aureliano Pertile aufwühlend schön singt /Electrola/.

Totenliste Am 19. Januar starb, fast 80 Jahre alt, *Franz Mann-Itaedt* in Wiesbaden, wo er bis 1924 als Opern- und Chordirigent gewirkt hat. In Berlin leitete er schon mit 24 Jahren, von 1876 ab, die Berliner Symphoniekapelle. Er war ein Schüler Hans von Bülow's und wie sein Meister ein Vorkämpfer des Neuen. Durch den Tod *Max Stanges*, der am 25. Januar, im Alter von 76 Jahren, starb, hat Berlin einen Gefanglehrer von gründlichen Kenntnissen, den Dirigenten des Erklichen Männergesangsvereins und einen populären Chorkomponisten verloren. In den ersten Februartagen starb in Wien *Rosa Papier*, im Alter von 74 Jahren, seit Jahrzehnten durch einen legendären Ruhm von Generation zu Generation getragen. Sie hat an der Wiener Oper von 1881 ab, etwa 10 Jahre, gleichzeitig die großen Alt- und Sopranrollen von Meyerbeer bis Wagner, Gluck bis Halévy gesungen. Sie war wohl eine Sängerin von dämonischer Kraft, aber auch eine Meisterin des kleinen Lieds. Die Größe ihrer Schülerinnen spricht für ihr Vorbild; denn zu ihnen gehörten Anna Mildeburg und Helene Wildbrunn.

Auch *Johanna Gadski*, die am 23. Februar durch einen Automobilunfall in Berlin ums Leben kam, war eine Sängerin großen Stils. Sie wirkte vor allem in Amerika, ist aber auch von der alten Sommeroper bei Kroll her in Berlin bekannt. Ihr edler Sopran verband sich schön mit der Stimme Enrico Carufos.

Am 3. März erlag *Eugen d'Albert* in Riga einem Herzschlag, in seinem 68. Lebensjahr. Es ist schon viele Jahre her, daß d'Albert als Pianist die Konzertsäle Europas und Amerikas beherrschte. Sein erstes Auftreten wirkte, wie die Briefe Hans von Bülow's und Johannes Brahms' beweisen, alarmierend. Er war ein Schüler Ernst Pauers, Hans Richters, Franz Liszt's und Ichien eine neue Geistigkeit im Klavierpiel zu repräsentieren. Grade diesen Ruhm hat unsere Zeit nicht mehr anerkannt. Während ein Bufoni als geistiger Pianist durch sein kompositorisches Schaffen bestätigt wurde, wurde d'Albert darin demontiert. Er besaß allerdings als Pianist ein Temperament und eine Griffkraft einziger Art. Aber sie setzte sich über das Werk hinweg; man spürte keine Ehrfurcht vor der Schöpfung sondern eine Sucht sich selbst "auszuleben". An großen Abenden war er freilich von einer Monumentalität, die übermannte. Der ehemalige Germanist der Universität Leipzig *Eduard Stevers*, der Ende März starb (siehe die Rundschau Anthropogeographie, in diesem Band Seite 639), kam von der Metrik zur Phonetik, von der Phonetik zur Schallanalyse. Er war mit einer Art Schallmagie begabt, konnte aus Schrift und Wort den Schall und seine Dynamik ertönen. Er hat ein großes ungedrucktes Material hinterlassen, das nun zu erforschen bleibt.

Am 10. Juni erlag in Berlin *Carl Wessel*, im Alter von 53 Jahren, einer Lungenentzündung. Er war der beliebteste Anführer der Berliner Funktunde. Bei wenigen Rundfunkprechern hat in solchem Maß wie bei Wessel das Wesen des Menschen die Wirkung des Sprechers und Sprechens bestimmt. Wessel war nur Anführer. Er hatte nach seinem eignen Scherzwort am Mikrophon am wenigsten zu sagen und am meisten zu reden. Aber er tat es mit einer Berliner Jovialität, die auf den Hörer immer angenehm wirkte. Leider hat die Funktunde aus falscher Scheu vor seinem legeren Humor ihn stark unterbunden. Aber ganz konnte man ihn doch nicht unterdrücken. Seine Anlage zu Musik und Schallplatten blieb durch ihre Natürlichkeit das weitaus Beste, was der Berliner Sender an Anlagekunst zu bieten hatte.

Kurze Chronik Der dänische Rundfunk hat für Hörspiele *Preile* von 5000, 3000 und 2000 Kronen ausgeföhrieben. ◊ Die Arbeitsgemeinschaft zwischen *Königsberger Opernhaus und Ostmarkenrundfunk* hat zu einem vollen wirtschaftlichen und finanziellen Erfolg geführt. ◊ Die Funktion eines Anlagers in der Berliner Funktunde übt jetzt nach dem Tod Carl Welfels Gertrud von Eyleren aus. Der Berliner Sender bedient sich einer *anlagenden Frauenstimme* zum erstenmal. Andere Sender tun dies schon lange. Über die Anlagerin des römischen Senders wurde in dieser Rundschau (1931 I Seite 198) ausführlich gesprochen; sie ist mittlerweile in ganz Europa durch den Klang ihrer Stimme und die Kunst ihres Sprechens berühmt geworden. ◊ In den Berliner Kunstwochen dieses Jahres sind im Schlüterhof des Berliner Schlosses 4 *Schloßmusik* bei Fackelchein veranstaltet worden, die einen starken und malerischen Eindruck hinterließen. Namentlich die Wiedergabe des Mozartischen Konzertanten Quartetts für Oboe, Klarinette, Horn und Fagott mit Orchesterbegleitung unter Fritz Stiedry am 2. Juni war in diesem Hof der Vergangenheit ein Vorgang, der in eine neue Zukunft zu führen schien.

Literatur

Obwohl Singen und Sprechen zu den natürlichsten Äußerungen des Menschen gehören, gehen doch seit Jahren die Anlichten darüber, wie man singen und sprechen soll, weit auseinander. Es gibt ebenso viele Methoden wie es Lehrer gibt, und doch gibt es nur eine Art richtig zu singen und zu sprechen. Der Apparat freilich, mit dem der Ton erzeugt wird, ist überaus kompliziert. Kein Wunder, daß der Mensch zwar leicht natürlich singen kann, aber sehr schwer zur zweiten Naivität, das heißt zur Kunst des natürlichen Sprechens, zurückfindet. Die Literatur über diese Materie wird durch ein kleines Buch *Adolf Molls Singen und Sprechen* /Leipzig, Philipp Reclam/ glücklich bereichert. Der Verfasser gibt vor allem eine instruktive Übersicht über die Instrumente der menschlichen Tonerzeugung, die Sprachwerkzeuge, den Kehlkopf, das Atmen, den Gaumen, die Resonanz, die Lautbildung. Er lehrt weder singen noch sprechen. Aber er lehrt uns den Apparat kennen, der so kompliziert ist, daß er nur dann gut funktionieren kann, wenn er seinen innersten Gesetzen gemäß behandelt wird. Manche weitverbreiteten Irrtümer stellt das verdienstvolle Buch richtig.

KULTUR

Außenkolonisation / Herman Kranold

Indien: Industrie Wie Benoy Kumar Sarkar in seiner Broschüre *The Railway Industry and Commerce of India in Comparative Railway Statistics* /Kalkutta, Calcutta Oriental Press/, einer sehr klaren, materialreichen und statistisch-methodisch korrekten Arbeit, hervorhebt, ist Britisch Indien, an seinem Eisenbahnwesen gemessen, vom Standpunkt der Industrialisierung und der technischen Entwicklung »vielleicht bereits eine der größten Mächte der Welt«. Dies gilt freilich, wie er selbst anschließend ausführt, nur absolut, aber nicht im Verhältnis zur Fläche und zur Bevölkerung. Doch auch mit dieser Einschränkung ist es begreiflich, daß das Interesse Europas sich der indischen Industrie immer mehr zuwendet. 5 instruktive Arbeiten liegen vor, die dieses Interesse durch Vermittlung der erforderlichen Kenntnisse und durch Schärfung der Urteilsmethoden zu befriedigen vermögen. Sarkar selbst hat außer dem genannten Heft noch ein anderes verfaßt (*Rationalization in India Cotton Mills, Railways, Steel Industry and other Enterprises* /Kalkutta, Calcutta Oriental Press/), und es wundert einen bei näherer Beschäftigung mit dem Stoff nicht dort zu lesen daß »einer oder zwei der indischen Baumwollbetriebe moderner sind als mancher derartige Betrieb in Großbritannien«. Für die Eisen- und Stahlwerke der Firma Tata in Jamshedpur, die 100prozentig indisch geleitet sind, haben 8000 Inder ursprünglich das Kapital (etwa 32 Millionen Mark) aufgebracht, und die modernsten Produktionsmittel sind, namentlich seit der mit einem erneuten Kapitalaufwand von 45 Millionen Mark durchgeführten "Rationalisierung" von 1924 bis 1926, dort in Gebrauch. Das Tataunternehmen ist, nach deutschen Begriffen, ein Vertikalkonzern. Es besitzt eigne Bergwerke, fördert Eisenerz und Kohle (von der es allerdings einen Teil immer noch zukaufte). Im Geschäftsjahr 1928-1929 bezog es aus konzern eigenen Werken unter anderem folgende Rohstoffe: Eisenerz 831 000, Dolomit 2 000, Kalkstein 16 000, Manganerz 13 000, Magnesit 1 400, Feuerton 1 400 Tonnen. Und obwohl Schwierigkeiten nicht fehlten, obwohl Streiks und sogar eine Aussperrung zu verzeichnen sind, konnte die Verwaltung doch rechtsverbindlich die Erklärung abgeben, daß das Werk von 1934 an »auf eignen Füßen stehen und ohne Zollschutz aus-

kommen könne«, eine Erklärung, die man von einem Großunternehmen der deutschen Schwerindustrie gewiß so bald nicht zu hören bekommen wird. Ebenso rationell wirtschaftet (auf Grund nicht-indischen Kapitals) die Petroleumindustrie von Burma, während der Kohlenbergbau noch ganz altmodisch ist («eigentlich eine Hausindustrie«, sagt Sarkar sehr gut): 900 bis 1000 von einander unabhängige Unternehmungen fördern zusammen jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle (in Deutschland 1930 253 Betriebe, die noch viel weniger Unternehmungen gehörten, 143 Millionen Tonnen Kohle; in Deutschland also pro Betrieb und Jahr 565 000 Tonnen, in Indien pro Unternehmung 20 000 Tonnen, das heißt etwa $\frac{1}{28}$ davon). Daß die Unternehmungen so klein sind, hat bewirkt, daß modernere, größere Umlätze voraussetzende und größere Anlagekapitalien erfordernde Produktionsmethoden im indischen Kohlenbergbau sich bisher nicht haben durchsetzen können. Ebenso auffallend («höchst skandalös«, sagt Sarkar) ist das völlige Fehlen moderner Methoden in der Industrie der Pflanzenöle. Dagegen bietet die Baumwollindustrie wieder ein sehr viel «europäischeres» Bild.

Über diese liegt jetzt eine ausführliche deutsche Arbeit vor: Friedrich von Lupins Buch Die indische Textilindustrie als Industrie eines kolonialen Rohstofflandes /Jena, Gustav Fischer/. Die Arbeit, die 1931 erschien, befriedigt ökonomisch-theoretisch kaum, ist wenig ausgereift. »Es ist kein Zweifel, daß gegenüber dem Umfang der Kaufkraftminderung die verbesserten Einkommensverhältnisse belanglos blieben.« Da mache sich einer einen Vers drauf. Die Bevölkerung Indiens hat sich seit 1870 nach dem Verfasser ständig vermehrt, »aber die statistischen Unterlagen lassen auf eine Verkürzung der Lebensdauer schließen«. Ist das Mystik? In den Folgerungen ist der Verfasser oft voreilig, die Schrift enthält endlose Wiederholungen und hat den sehr ernsthaften Fehler in der Materialauswahl, daß sie die seit Jahren vorliegende große Agrarenquete nicht berücksichtigt. Aber sie bringt doch auch eine sehr gute, entwickelnde Darstellung der Geschichte der Textilindustrie in Indien. Die Schilderung des Kampfs der englischen Baumwollindustrie für Herabsetzung der Arbeitszeit in der indischen Baumwollindustrie in Analogie zur gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit in der selben englischen Industrie bietet ein sehr gutes Beispiel für die Tendenz der Sozialpolitik sich vermöge

des Eigeninteresses der Kapitalisten wie ein Ölfleck auf einem Blatt Papier zugleich mit der Ausbreitung kapitalistischer Wirtschaftsverfallung in der Weltwirtschaft auszubreiten; hierfür bringt das Buch an zahlreichen Stellen Belege, ebenso wie es den Prozeß der Erletzung der britischen durch indische (und japanische) Baumwollwaren in Indien sehr gut durchleuchtet.

Eines der Hauptzitate Lupins über die sozialpolitische Fürsorge der Master Cotton Spinners von Lancashire für die indischen Spinner und Weber stammt aus einer älteren Arbeit von Rajani Kanta Das, von dem ein sehr gutes neues Buch The Industrial Efficiency of India /London, P. S. King & Son/ systematisch (sogar das Systematische manchmal überlappend) die industrielle Leistungsfähigkeit des Vaterlands dieses ausgezeichneten indischen Gelehrten erörtert. Die Arbeitskraft von etwa 60 unter 86 Millionen arbeitsfähiger Frauen wird heute vergeudet, und ebenso geht es mit der Arbeitskraft von 65,5 unter 92 Millionen arbeitsfähigen Männern. Danach bleiben von der menschlichen Arbeitskraft Indiens zurzeit 70% ungenutzt. Die Gesellschaft der Spinner hat den (von Gandhi und den Swaradchilten propagierten) landesüblichen Handwebstuhl, die Charka, so unwirksam gefunden, daß sie einen Preis von 100 000 Rupien für die Erfindung eines bessern Modells ausgesetzt hat. Das in Indien gehortete Gold schätzt Das auf 4,5 Milliarden Rupien (fast 7 Milliarden Mark). Manche Bemerkungen des Verfassers sind allerdings ziemlich oberflächlich. Zum Beispiel: »Der größte Mangel des modernen Industriesystems ist vielleicht Arbeitslosigkeit. Indessen empfängt das Problem die Aufmerksamkeit der modernen Gesellschaft.« Derartiges ließe sich mehrfach anführen. Dafür entschädigt dann reichlich die Unbefangenheit, mit der der Verfasser populäre Forderungen seiner Nation sachlich zu würdigen weiß, und gleichzeitig die unumwundene Art, in der er sich zu solchen Swaradchforderungen bekennt, die er teilt. Für das erste ist charakteristisch die scharfe Kritik an dem Handwebereideal: »Im besten Fall ist sie bloß eine Schwitzindustrie, ihr Erfolg beruht in großem Umfang auf Patriotismus. Aber Patriotismus, auf unwirtschaftliche Produktion begründet, kann nicht lange dauern. Vom wirtschaftlichen Standpunkt bedeutet sie großen Verlust.« Das ist gewiß deutlich und ungeniert. Die andere Behauptung wird durch das radikale Bekenntnis Das' zum

Schutzzoll erhärtet: »Bisher ist Indien praktisch das Schwanzende der britischen Industrieorganisation zur Beschaffung der Rohstoffe und zum Verkauf der Fertigware gewesen. Diese Politik hat... Indien wirtschaftlich ruiniert.« Auch gegen Reichsvorzugszölle wendet sich Das: »Das ist nur eine neue Methode die Interessen der Dominions, Kolonien und Dependenzes dem Interesse Großbritanniens unterzuordnen.« Sein wirtschaftlicher Nationalismus geht weit über das in Europa und Amerika übliche Maß hinaus: »Alle nationalen Industrien... sollten den Eingeborenen vorbehalten werden«, und für Gesellschaften mit fremdem Kapital, die in Indien Geschäfte machen wollen, verlangt er handelsgerichtliche Registrierung in Indien, Teilbesetzung der oberen Verwaltungen und Direktorien mit Indern, Beteiligung der Eingeborenen am Kapital. »Die Regierung muß das System des Schutzes und der staatlichen Hilfe, zum Beispiel mit Rabatten, Subsidien und Darlehensgewährung, für die Entwicklung der nationalen Industrien annehmen... Indien kann es sich nicht leisten Freihandel weiterhin zu behalten... Das Ziel der Staatshilfe muß auch auf Künste und Kleingewerbe sowie Hausgewerbe ausgedehnt werden.« Gar nicht schnell genug kann es ihm damit gehen: »Indien muß reißend industrialisiert werden... Es hat keine Zeit die langsame Stufenleiter industrieller Entwicklung zu durchlaufen; es braucht industrielle Revolution... Was es braucht, ist das Überspringen verschiedener Stufen.« Dazu zu helfen ist ihm dann allerdings Auslandskapital grade recht. Dabei stößt er sich nicht an der Seltsamkeit mancher Erzeugnisse, für die er die Wiedererobertung des Weltmarkts durch Indien fordert; Kunstwerke, Schals, Juwelen, Stickereien, Elfenbeinschnitzereien; aber der "Weltmarkt" in diesen ausgesprochenen Luxusgütern würde sehr klein sein, und seine Monopolisierung für indische Erzeugnisse für dieses Land wirtschaftlich sehr wenig bedeuten. So tritt also vieles in Das' Buch erscheint, so lehrreich ist es doch für die Kenntnis der Ideen der Führer des intellektuellen Fortschritts in diesem riesigen Rätsel Land. Die objektive Belehrung über Indiens industrielle Möglichkeiten tritt in dem Buch daneben zurück. Wer darüber einiges Gute lesen will, dem sei die ausgezeichnete Abhandlung Theodor Witts Moderne Industrien in Vorderindien, in der Kolonialen Rundschau 1931, empfohlen, der, ihrer in jeder Hinsicht ausgezeichnet orientierenden Quali-

täten wegen, eine selbständige Buchausgabe sehr zu wünschen wäre; der Aufsatz ist das Beste, was in dieser Zeitschrift seit Jahren erschienen hat. Treffliche Kartendarstellungen helfen dem Verständnis weiter. Die Standortfragen, die übrigens auch Lupin für sein Sonderthema gut behandelt, sind bei Witt besonders erfolgreich bearbeitet; sein Urteil kommt im wesentlichen darauf hinaus, daß die industriellen Standorte in Indien sich immer mehr von den Folgen historischer Bedingungen befreien und immer vollkommener ökonomisch-rational verlagern. Das rasche Tempo der industriellen Entwicklung Indiens im letzten Jahrzehnt wird sehr deutlich, ebenso, daß alles noch in den Anfängen steckt, und daß noch ganz überraschende Dinge erwartet werden müssen. Für alle Erwägungen über die Zukunft der europäischen Exportindustrien ist alles dies sehr aufschlußreich, und es wäre zu wünschen, daß die Völker Europas den da sich anbahnenden neuen Dingen rechtzeitig Rechnung trügen.

Angola: Völker- Ausführlich schildert den heutigen Zustand der größten portugiesischen Kolonie an der Westküste Afrikas ein Buch des Ehepaars Gabrielle und Joseph Vassal Français, Belges et Portugais en Afrique Equatoriale /Paris, Pierre Roger/. Joseph Vassal ist Tropenmediziner in hoher Verwaltungstellung in Französisch Äquatorialafrika, Gabrielle Vassal, die offenbar den Hauptteil des Buchs geschrieben hat, und von der eine ganze Reihe von Büchern über andere Kolonialgebiete (zum Teil auch in englischer Sprache) bereits vorliegt, ist in der Fürsorge für eingeborene Kinder praktisch tätig und begleitete 1930 ihren Mann zu dem in Loanda /Angola/ abgehaltenen 1. Ärztlichen Kongreß Westafrikas. An das auf dieser Reise Gesehene knüpfen die Darstellungen des Buchs an. Das Bemerkenswerteste hieran scheinen die Ausführungen über das Problem der Vermischung der europäischen Kolonistoren mit den eingeborenen Negervölkern (überwiegend der Bantugruppe angehörend). Ausgangspunkt der Betrachtung ist die zahlenmäßige Schwäche der Portugiesen im Verhältnis zu den ungeheuren Kolonialgebieten, die sie hatten und noch haben. Brasilien ist auch heute noch ein Land, in das jährlich viele Portugiesen gehen, und besonders von ihm gilt, was als Ausspruch des Generalgouverneurs von Angola, Norton de Matos, in dem Buch der beiden Vassal zitiert ist: »Wir hatten eine Bevölkerung

von 1½ Millionen, als wir uns auf die Eroberung der Erde warfen.« Auch heute noch beträgt die Volkszahl des portugiesischen Stammlands knapp 6 Millionen, ist also in der Gesamtbevölkerung des Portugiesischen Reichs von 15 Millionen nur eine 40prozentige Minderheit; bei der Würdigung der Bedeutung dieses Zahlenverhältnisses darf man allerdings nicht vergessen, daß gelegentlich (zum Beispiel 1849) auch die Bevölkerung Brasiliens als Quelle von Koloniatoren für die afrikanischen Gebiete Afrikas gedient hat und dafür auch künftig gelegentlich wieder dienen könnte. Immerhin ist die populationistische Kraft des Mutterlands auch heute noch sehr schwach. Die Fläche der afrikanischen Besitzungen Portugals ist über 2 Millionen Quadratkilometer, das heißt 22mal so groß wie die des Mutterlands, und auf jeden kolonialen Quadratkilometer kommen nur knapp 3 Menschen im Mutterland. »Die Portugiesen, die sich im Land niederließen, haben die Gewohnheit Frauen aus Angola zu nehmen, was den Typus im Küstenland stark modifiziert hat. Es gibt bei den Portugiesen der Kolonien kein Farbenvorurteil wie in den englischen Kolonien. Diese Mischehen finden sich nicht bei den Offizieren und Beamten, die nur für eine gewisse Dienstzeit kommen, sondern lediglich bei den Geschäftleuten und Kolonisten, die sich endgültig in der Kolonie niederlassen. . . . Diese Mischlingsfrauen . . . benehmen sich wie Europäerinnen.« Die portugiesischen Mischlinge zählen etwa 30 000: »Keine Rasse mischt sich so leicht wie die portugiesische und ist mit den schwarzen Rassen so nachkommenreich. Schon im 17. Jahrhundert gab es 30 000 Neger in Lissabon [heute übrigens, nach Hübner-Jurascheks Geographisch-Statistischen Tabellen /Wien 1925/ Seite 59, im ganzen europäischen Portugal nur 3000]. Die Vermischung ist eine Notwendigkeit, der Portugal sich nicht entziehen konnte, und die ihm die hervorragenden Eigenschaften der Rasse nicht geraubt zu haben scheint. Hier liegt ein Problem von enormer Tragweite, an das jede Nation sich mit sehr verschiedenen Vorurteilen heranmacht.« Über die Stellung der mutterländischen Portugiesen melden die Verfasser dann allerdings: »Portugal selbst wäre geneigt die Rassenmischung nicht weiter zu treiben.« Und sie begründen das mit dem Hinweis darauf, daß, bei dem heutigen und zu erwartenden Stand der Tropenhygiene, »die Hochebenen Angolas es gestatten würden die Wiederverbevölkerung mit portugiesischen Bauern zu begünstigen, die ziemlich reiner Ab-

stammung geblieben sind, und den gemischten Elementen Reserven weißer Familien entgegenzustellen«. Obwohl dieser Hinweis auf die von den Verfassern schließlich doch bloß vermutete künftige Stellung derjenigen Portugiesen, die nicht in der Kolonie leben, eher als Hinweis auf die (im übrigen sorgfältig verchwiegene) Stellungnahme der beiden Vassals zu der Frage angelehnt und in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden darf, deutet er in der Tat auf ein wichtiges Element des Problems. An sich hat Portugal heute zweifellos Menschen genug, um seine beiden großen afrikanischen Gebiete mit so viel europäischen Einwanderern zu versehen wie für eine kolonialistische Europäisierung nötig ist. Portugals Auswanderer zählten allein im Jahr 1921 24 500. In Westafrika hat Nigerien zum Beispiel im ganzen 5200 Einwohner europäischer Abkunft (bei 19 Millionen Einwohnern); ein Bruchteil einer einzigen portugiesischen Jahresauswanderung würde also genügen, um Angola auf den selben Grad von europäischer Durchsetzung seiner Bevölkerung zu bringen wie Nigerien (wenn es ihn nicht schon längst überschritten hätte). Heute ist also in Angola Rassenkreuzung zur Hervorbringung einer gegen das Klima widerstandsfähigen europäisierten Führungsschicht nicht mehr "notwendig". Aber was ist denn das Argument von der Notwendigkeit der Rassenkreuzungen überhaupt wert? Bei Licht besehen nichts. Kaum einer wird beim Eingehen einer exogenen Verbindung die Absicht gehabt haben eine solche klimaresistente Mischrasse zu schaffen. Und wenn das Regime gegen solche Mischehen nichts tat (was ihm heute von Leuten, die nachträglich sich, und anderen, eine Raison für alles machen, als Begünstigung einkonstruiert wird), so einfach deshalb, weil diesen Menschen der Rassenhochmut kein notwendiges organisatorisches Requisite der Macht der ausbeutenden Klasse bedeutete, und weil es deshalb ihnen nicht in den Sinn kam von Staats wegen da zu diskriminieren, wo offenbar Gottheit und Natur nicht diskriminiert hatten. Es ist stark zu bezweifeln, ob sich an diesem Stand der Dinge etwas ändern wird; ja, bei der sehr guten Bewährung dieser Mischmenschen, die grade aus den Angaben beider Vassal über den Stand der Entfaltung der produktiven Kräfte in Angola wieder hervorgeht, darf man hoffen, daß dieses Gebiet von einer Wiederholung der südafrikanischen Experimente im Organisieren des Rassenhaffes mit den Mitteln der Staatsgewalt verschont bleibt.

Totenliste Am 25. August 1931 starb *Dorothea Fairbridge*, die eine Reihe interessanter Bücher über die Kolonialgeschichte Südafrikas verfaßt hat. Ihr letztes Buch *Historic Farms of South Africa* /Oxford, University Press/ wurde kurz nach ihrem Tod veröffentlicht.

Im September starb *Fred Struben*, im Alter von 81 Jahren. Er hatte im Jahr 1884 das Gold Südafrikas entdeckt und starb als armer Mann.

Am 4. November starb, im Alter von 59 Jahren, in Brüssel *William Périer*, der Schöpfer des Brüsseler Kinematographischen Kolonialmuseums.

Am 15. November starb in London der Chefredakteur des *Jewish Chronicle* *Leopold Greenberg*, 71 Jahre alt. Auf dem 6. Zionistenkongreß veranlaßte er den Beschluß durch eine Kommission Uganda auf seine Eignung für jüdische Kolonisation unterluchen zu lassen.

Am 16. November starb *William Albert Samuel Hewins*, ursprünglich Direktor der London School of Economics /1895 bis 1903/, später Sekretär der die Chamberlainische Tarifreform verfechtenden Tariff Commission, 1917 bis 1918 Parlamentarischer Unterstaatssekretär für die Kolonien. Der 1. Band seiner Erinnerungen *The Apologia of an Imperialist* /London, Constable & Co./ wurde in dieser Rundschau (1930 III Seite 1072) angezeigt; auch sonst war er ein fruchtbarer und interessanter Schriftsteller.

Am 28. November starb das langjährige Mitglied des Kolonialwirtschaftlichen Komitees in Berlin *Hermann Thoms*, 72 Jahre alt. Er hat sich um die Kautschukwirtschaft Verdienste erworben.

Im Dezember starb, 76 Jahre alt, *Sir David Bruce*, der Entdecker des Erregers der Schlafkrankheit, des Trypanosoma, und seiner Übertragung auf Mensch und Haustier durch die Tsetsefliege.

Im selben Monat starb, 61 Jahre alt, *Hugh Cholmondeley Lord Delamere*, ein Großgrundbesitzer in Kenya, Großzüchter von Rindvieh und Schafen, und der bedeutendste Führer der eingeborenenfeindlichen Politik der weißen Siedler. Da die Verwaltung diese nicht mitmachte, inszenierte er einen Windmühlenkrieg gegen die Bureaukratie.

Kurze Chronik Durch einen Vertrag zwischen der Regierung des Irak und der Iraq Petroleum Company ist die Anlage von 2 Rohrleitungen für das Erdöl nach Haifa in Palästina und nach Tripoli in Syrien beschlossen worden, wo das Öl in die Tank-

dampfer hinübergepumpt werden soll. ◊ *Der Kaffeebau* auf Madagascar vermochte keine Erträge von 1925 bis 1930 von 3900 auf 6300 Tonnen zu steigern. Immerhin bedeutet das zum Kaffeeverbrauch des französischen Mutterlands, der im Jahr 1929 170 000 Tonnen betrug, bisher nur einen recht bescheidenen Zulchuß. Bei günstiger Wendung der Weltmarktslage in Kaffee dürfte diese Produktion auf der großen afrikanischen Insel einen neuen Aufschwung nehmen. ◊ Im Territorium Tanganyika sind bei Dodoma umfangreiche *Nickel*erzvorkommen entdeckt worden. Eine amerikanisch-canadische Kapitalistengruppe hat bereits für ein Gelände von 3370 Quadratkilometer die Mutungsrechte erworben. ◊ Im Distrikt Stanleyville der Kongokolonie, dem letzten, der noch *Wildkautschuk* produzierte, ist dessen Gewinnung Mitte 1931 eingestellt worden. Diese Kolonie hatte besonders lange diese urchümliche Form kolonialer Ausbeutungswirtschaft festgehalten. ◊ In Modderfontein in der Südafrikanischen Union ist eine Fabrik für *synthetischen Stickstoffdünger* errichtet worden. ◊ Die ansteckende *Rinderperipneumonie*, die in Nordrhodesien, Angola und in der Kongokolonie eine große Gefahr für die Viehzucht darstellt, wird von dem ultramikroskopisch kleinen, filtrierbaren *Asterococcus mycoides* erregt. Dieser kann jetzt als erstes Gebilde dieser Art künstlich auf Nährböden weitergezüchtet werden. Die gefährdeten Tiere werden durch Impfung mit dem Erreger geschützt, nachdem dieser durch Kaninchenpassage und Kultur auf Bouillon abgeschwächt ist.

Literatur Im 14. Heft der Sammlung *Deutschtum und Ausland* /Münster, Alchendorff/ behandelt *Walter Hagemann* das in dem Titel *Die Revision der Kolonialmethoden in Afrika* genannte Thema leider nur sehr fragmentarisch, dafür aber mit einer seltenen Mischung von Gefühl für die Menschenrechte und die Bedeutung pflegerischer Behandlung der Eingeborenen einerseits und Mangel an Achtung vor ihnen andererseits. Das Kapitel über Frankreichs tropische Kolonien in Afrika ist eine üble Philippika. Daß im französischen Afrika der Eingeborene 10 Tage jährlich beim Wegebau arbeiten muß, wird heftig getadelt. Dagegen findet die Verjagung der Eingeborenen in Kenya vom brauchbaren Boden in ihm einen milden Richter: »2 Weltanschauungen begegnen sich hier, und es ist nicht unseres Amtes hier Werturteile zu fällen.« Noch mehr: »Nachdem aber einmal der

Weisse als Produzent in Ostafrika aufgetreten ist ... würde es weissen Rassen-selbstmord bedeuten diese verheissungsvollen Anfänge um der Integrität der schwarzen Rasse willen völlig fallen zu lassen.« Aber Kenya ist ja britisch, nicht französisch; das ist natürlich ganz etwas anderes. ◊ Großes Interesse erweckt die Sammlung von 21 Reden und 3 Aufsätzen aus den zahlreichen Arbeitsgebieten Sir John Allebrook Simons, zurzeit britischen Außenministers und Führers eines Flügels der Liberalen Partei; *Comments and Criticisms* / London, Hodder & Stoughton/. Simon war bekanntlich Vorsitzender der indischen Verfassungskommission 1927 bis 1930, deren Schlußbericht, sein ganz persönliches Werk, die Grundlage für die englischen Bestrebungen zur Weiterentwicklung der Selbstverwaltung Britisch Indiens darstellt (siehe auch Report of the Indian Statutory Commission, 1. Band: Survey, 2. Band: Recommendations / London, Stationary Office/). Die Reden behandeln sozialpolitische Fragen, Home Rule, Kirchenfragen, Juristisches (Simon ist ein sehr bedeutender Jurist, war 1910 bis 1913 Solicitor-General, 1913 bis 1915 Attorney-General, 1915 bis 1916 Innenminister). Die einzige Rede über indische Verfassungsfragen stammt aus einem wenig sagenden parlamentarischen Zwischenaktadium der Sache. Bemerkenswert sind aber seine Studien über ein indisches Dorfgericht (Pantschajat) und über künstliche Bewässerung als Staatsunternehmen in Indien; darin eine (ungewollte) Kapitulation vor den leitenden Ideen des Sozialismus; »Sie [der Damm von Sukkur und der Lloydamm in den Ghats] haben Tausende von Arbeitern verlammt ... und sie im Verlauf von Jahren jede gelernte Arbeit gelehrt, die zu dem Ganzen erforderlich ist ... Wenn Sozialismus die Ausschaltung des profitmachenden Unternehmers bedeutet, dann ist dies sicherlich eins der weitestreichenden Beispiele der Anwendung dieses Grundsatzes in der Welt ... Wasser ist in einem durstenden Land eine schreckliche Verfluchung. Von keiner strengen und unparteiischen Verteilung durch ein Heer unterer Beamter hängen Erfolg oder Fehlschlag ab.« Und Simon zitiert das Wort eines Großgrundbesitzers: »Das ist nicht Wasser, das ist Gold.« Enthält also das Buch auch nicht sehr viele Kapitel, die von kolonialen Fragen direkt handeln, so klärt es dafür über Werden und Wesensart eines großen britischen kolonialen Staatsmanns weitgehend auf. Man ist von der Lektüre bezaubert.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberselmer

Bauplanlosigkeit Den engen Zusammenhang zwischen Städtebau und bestimmten Wirtschafts- und Produktionsformen läßt die gegenwärtige Wirtschaftskrise erkennen, durch die die strukturelle Veränderung der Städte aufgezeigt wird. Große Industrieanlagen sind stillgelegt, Geschäftshäuser stehen leer, Villen werden geräumt und sind unvermietbar, Großwohnungen können nur noch als unterteilte Kleinwohnungen vermietet werden. Die immer mehr zunehmende Arbeitslosigkeit hat eine Abwanderungstendenz zur Folge. Diese Stadtfucht ist nicht mit der Siedlungsbewegung zu verwechseln, die in krisenfehlen Zeiten als Protest gegen die planlose Anlage der Städte mit ihrem Durcheinander von Wohn- und Arbeitsstätten entstand. Heute handelt es sich nicht mehr darum, daß die Stadt als Wohnstätte zu wenig Rücklicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nimmt, sondern daß sie keine Existenzmöglichkeit mehr bietet.

Diesem katastrophalen Notstand ist daher auch mit einer Wohndiylle, als die sich die Stadtrandfiedlung manchen Kreisen darstellt, nicht abzuhelfen. Die Stadtrandfiedlung, wie sie heute propagiert wird, ist bestenfalls eine Notstandsmaßnahme, die einem kleinen Kreis von Menschen zugute kommt; als solche ist sie von augenblicklichem Nutzen, keineswegs aber ein Ausweg aus der Krise. Der heutigen Stadtrandfiedlungsidee geht die sogenannte wilde Siedlung voran; eine Art Selbsthilfe, bei der die vielleicht aktivsten Kräfte der arbeitslosen Bevölkerung, ohne nach Erlaubnis zu fragen, Besitz von städtischem Boden ergriffen und, ohne sich um die Bauvorschriften zu kümmern, in primitivster Weise zu bauen begannen. Diesen gesetzlosen Zustand zu legalisieren versucht die Stadtrandfiedlung, die systematisch eine Umfiedlung von Industriearbeitern vornehmen will, wobei die Siedlungsstelle als ein Mittel zum Nebenwerb in Zeiten gekürzter Beschäftigung oder als eine Hilfe neben der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit gedacht ist. Soll das Kapital für solche Siedlungen nicht verschwendet sein, muß ihrem Aufbau aber eine sorgfältige Untersuchung des ganzen Wirtschaftsorganismus und der Arbeitsmarktlage der einzelnen Teile Deutschlands vorangehen. Es besteht sonst die Gefahr, daß man der arbeitslosen Bevölkerung zwar Wohnstätten, aber keine Arbeitsgelegenheit verschafft,

so daß sie die neue Wohnstätte genau so wenig halten kann wie die alte. Man würde also neben die verlassene Großstadt eine neue bauen, die ebenföwenig lebensfähig ist wie die bestehende.

Auf die Notwendigkeit Arbeiterwohnstätten zu schaffen, die als Nebenerwerb neben der Arbeitsstelle dienen können, hat schon vor Jahren Leberecht Migge hingewiesen. Zur planmäßigen Umfiedlung der Industrie und im Zusammenhang damit zur Schaffung einwandfreier Arbeiterfiedlungen hat, besonders für Berlin, Martin Mächler bereits vor mehr als einem Jahrzehnt umfassende Vorschläge gemacht; die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen seine Gedankengänge aus seinen hier veröffentlichten Arbeiten. Noch vor einem Menschenalter benötigte die Industrie hauptsächlich qualifizierte Arbeitskräfte, wie sie in der verlangten Anzahl nur der großstädtischen Arbeitsmarkt bot. Heute, da durch den Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß der qualifizierte Arbeiter mehr und mehr ausgelchaltet wird, ist die Industrie nicht mehr an den großstädtischen Arbeitsmarkt gebunden. Sie bedarf der produktionsverteuernd wirkenden Großstadt nicht mehr und kann sich dort anliedeln, wo sie günstigere Produktionsbedingungen findet. Daß sich diese Tendenz infolge der Wirtschaftskrise heute nicht voll auswirkt, beweist nichts gegen ihre Richtigkeit.

Statt diese entscheidenden Wandlungen der Wirtschaft und Produktion bei dem umfangreichen Wohnungsbau der Nachkriegszeit zu berücksichtigen, wurde dieser völlig planlos betrieben, und es besteht die große Gefahr, daß auch die Idee der jetzt beabsichtigten Umfiedlung an der gleichen Planlosigkeit scheitert. Bei der Abhängigkeit der städtebaulichen Struktur von der Gesamtwirtschaftsform des Landes können Teillösungen wie die heutigen Umfiedlungspläne nur dann Erfolg haben, wenn die Wirtschaft selbst sich den nach dem Krieg völlig veränderten Voraussetzungen und Bedingungen anpaßt. Dem Vorkriegsdeutschland als einem Exportindustrialienland war es möglich gewesen seine Bevölkerungszahl erheblich zu steigern, ohne gleichzeitig seine Agrarbasis zu erweitern. In der Nachkriegszeit führte der Prozeß der sinnlosen Überindustrialisierung zur Katalstrophe.

Soll die Menge der aus dem Arbeitsprozeß Ausgelösten je wieder Beschäftigung finden, muß das Wirtschaftsgebiet Deutschlands vergrößert werden. Aber nicht durch den völlig auslichts-

lofen Versuch zu Vorkriegsmethoden zurückzukehren und eine wirtschaftliche Expansion in andere Länder (Südosteuropa) zu unternehmen, die nicht die mindeste Neigung haben sich von Deutschland und gar noch gegen Frankreich, führen zu lassen. Sondern dadurch, daß das Wirtschaftsgebiet Deutschlands der gesamteuropäischen Wirtschaft eingeordnet wird. So wie der Zollverein und die Reichsgründung Deutschland ert zu einer Wirtschaftseinheit machte, so kann auch nur der Vereinigte Europäische Kontinent Voraussetzung für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit seiner Staaten sein. Die bloße Vergrößerung des Wirtschaftsgebiets genügt freilich noch nicht. Sie muß unter dem Aspekt einer planmäßigen Bewirtschaftung des Kontinents gelchehen, die zum Optimum der Produktivität seiner Nationen und damit auch zu einer richtigen, dem Schaffen dienenden Bedarfsdeckung führt.

Wachsendes Haus Zu den durch die Umfiedlungspläne besonders aktuell werdenden Bauproblemen gehört das Wachsende Haus. Im Herbst 1931 wurden von dem Berliner Stadtbaurat Martin Wagner eine Anzahl älterer und jüngerer Architekten zu einer Arbeitsgemeinschaft aufgefordert, mit dem Zweck das Wachsende Haus als praktische Tagesaufgabe wie auch als theoretische Zukunftslösung zu bearbeiten. Im Verfolg dieser Arbeit wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich mehr als 1000 Architekten beteiligten. In der Ausstellung Sonne, Luft und Haus für alle, die jetzt in Berlin zu sehen ist, werden in einer Abteilung Das Wachsende Haus die Häuser, die nach den Entwürfen der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Architekten ausgeführt wurden, sowie ein Teil der preisgekrönten Arbeiten des Wettbewerbs gezeigt. Das Problem wurde auf 3 verschiedene Arten gelöst: durch das Anbauhaus, das Aufbauhaus und das Ausbauhaus. Beim Anbauhaus erfolgt die Erweiterung des Hauses durch allmählich erfolgenden Anbau von Bauteilen, beim Aufbauhaus durch Hinzufügung eines Geschosses und beim Ausbauhaus dadurch, daß das Haus in seiner Grundform von vornherein fertiggestellt, aber ert nach und nach wirklich ausgebaut wird.

Das Wachsende Haus gestattet es zunächst ein verhältnismäßig geringes Kapital im Hausbau festzulegen, was bei der herrschenden Geldknappheit von großer Bedeutung ist. Es bietet weiter

den Vorteil entsprechend den Bedürfnissen und Mitteln der Bewohner nach und nach ausgebaut werden zu können. Außerdem eignet es sich, besonders in der Form des erdgehoffigen Hauses, speziell zur Industrialisierung, wodurch eine erhebliche Kostenreduzierung möglich ist. Eine solche Industrialisierung braucht keineswegs gleichbedeutend mit einer Typisierung des Hauses zu sein, sie bedeutet nur die Typisierung der Elemente seines Aufbaus. Diese müssen in ihren Abmessungen so festgelegt werden, daß sie jede Möglichkeit der Grundrißbildung zulassen. Als letzter und wichtigster Punkt ist noch zu erwähnen, daß das aus einzelnen industrialisierten Elementen aufgebaute Haus die leichte Demontage und Wiedermontage und damit einen relativen Standortwechsel ermöglicht.

In einer zur Ausstellung herausgegebenen Schrift Martin Wagners *Das Wachsende Haus* /Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co./ werden alle damit zusammenhängenden Probleme erörtert: Bedarf und Deckung, neues Wohnen, Kosten und Produktion, technische Ausstattung und Bewirtschaftung, Haus und Garten, Hauserweiterung, Baulandbeschaffung und Aufschließungskosten, Städtebau, Finanzierung und Beleihung. Wagner hält die Selbsthilfe auf dem Gebiet des Bauwesens für eine Gefahr; er nennt sie einen »gefährlichen Selbstbetrug«, der »sich vornimmt der Öffentlichkeit einzureden, daß bei dieser Methode etwas gelpart werden kann«. In einem Anhang werden die Entwürfe der auf der Ausstellung gezeigten Häuser zusammengefaßt und durch kurze Berichte der einzelnen Architekten erläutert.

Totenliste

Am 13. März starb in Krefeld der Direktor des Krefelder Museums *Max Creutz*, im Alter von 56 Jahren. Von 1908 bis 1916 leitete er das Kölner Kunstgewerbemuseum, seit 1922 das Krefelder Institut, wo er sich um die Vervollständigung der Volkskunstabteilung sowie auch um die Abteilung moderner Malerei sehr verdient gemacht hat. Im April starb der holländische Architekt *Johannes Lodovicus Mattheus Lauweriks*. Er gehörte zu den Architekten, die um die Jahrhundertwende die architektonische Entwicklung Hollands entscheidend beeinflußt haben. Er hat auch in Deutschland gearbeitet und in Hagen für Olthaus gebaut. Von 1909 bis 1916 unterrichtete er an der Düsseldorfer Kunstgewerbeschule.

Kurze Chronik Vor 10 Jahren wurde die *Freie Deutsche Akademie des Städtebaus* gegründet; aus diesem Anlaß fand am 19. März im Plenarsitzungsaal des Reichswirtschaftsrats eine Feier statt. Vor kurzem hat sich diese Akademie an die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen angeschlossen. **◇** Die *Berliner Hewigskirche*, seit der Errichtung des katholischen Bistums in Berlin Bischofskathedrale, ist im Innern umgebaut und nach Entwürfen des Düsseldorfener Architekten Clemens Holzmeister (der auch das Salzburger Festspielhaus erneuert hat) erheblich verändert worden. **◇** Das bayrische Kultusministerium beauftragte Adolf Abel einen Vorentwurf für den Bau eines neuen Kunstausstellungsgebäudes auf dem Gelände des *Münchener Glaspalasts* auszuarbeiten, den es ersetzen soll. Dieser Entwurf, dessen Vergebung die Freie Künftlerschaft leinerzeit zu den heftigsten Protesten veranlaßte, ist nunmehr fertiggestellt, was jedoch einen spätern Wettbewerb, wozu er als programmatische Grundlage dient, nicht ausschließt.

Literatur

Der Internationale Kongreß für Neues Bauen, der 1930 in Brüssel tagte, gab unter dem Titel *Rationelle Bauweisen* einen Bericht heraus /Frankfurt, Englert & Schloffer/. Obgleich das Hochhaus auf diesem Kongreß gegenüber dem Flach- und dem Mittelbau sehr propagiert wurde, mußte man doch zu der Erkenntnis kommen, daß »von der rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise her der Hochhausbau nicht als irgendwie überlegen anzusehen ist«. Le Corbusier und auch Walter Gropius behandelten das Hochhausproblem als Konzentrationsform, wodurch im Gegensatz zur flachgebauten Gartenstadt die Stadt nicht mehr flächenmäßig ausgedehnt sondern vertikal konzentriert ist, die Stadtoberfläche auf ein Minimum reduziert wird. Alle diese Hochhausvorschläge unterstellen aber den heutigen Zustand der Großstädte mit ihrer Überbevölkerung, den unhygienischen Verhältnissen und den Verkehrskalamitäten als den gegebenen, den sie durch ihre Vorschläge verbessern wollen. Es ist ihnen dabei durchaus bewußt, daß zur Durchführung ihrer grundlegend verändernden Vorschläge eine völlig geänderte Gesellschaftsstruktur Voraussetzung ist. Offen bleibt dann freilich die Frage, ob unter so veränderten Verhältnissen noch Massenkonzentrationen der Bevölkerung in Großstädten notwendig sind.